DER RABE RALF

Volksentscheid - wie weiter? *Seite 5-7*
Juristische Aspekte, Rekommunalisierung und Umsetzung

Bohrinsel Usedom *Seite 14*
Erdölbohrungen am Achterwasser

Atomkonsens - halber Ausstieg? *Seite 19*
Noch viel zu tun für den Erfolg der Energiewende

Die Berliner Umweltzeitung **August / September 2011**

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

Heute teuer, morgen teuer

Gentrifizierung in Berlin – Hohe Mieten können in Zukunft viel mehr kosten als nur Geld

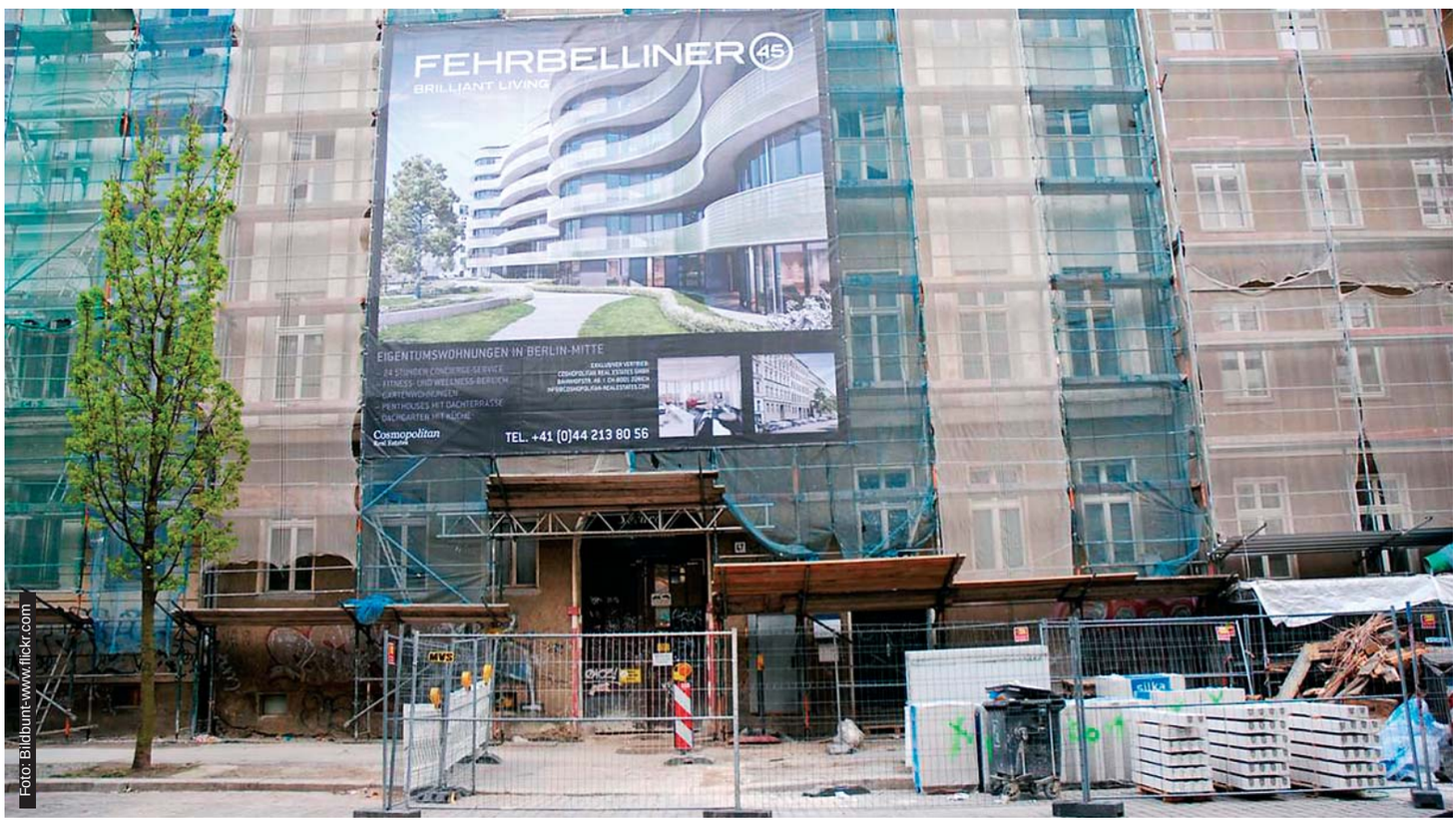


Foto: Bildbunt-www.flickr.com

In den letzten Jahren ist in Berlin etwas passiert. Was genau, ist unklar. Einen Namen dafür gibt es aber schon: Gentrifizierung.

Wer das sagt, meint meistens eines: steigende Mieten, vorzugsweise in der Innenstadt. Selbst die Gegend um das Kottbusser Tor in Kreuzberg, vor knapp fünf Jahren noch als „Brennpunkt“ gebrandmarkt, ist heute für Studenten und Langzeittouristen Traumziel. Und in Prenzlauer Berg, in der Sprache vieler Bewohner liebevoll „Prenzlberg“, ersticken die pastellfarbenen Fassaden jegliche Bezeichnung, die seit jeher für Berlin steht. „So dreckig und grau“, siehe Peter Fox, gilt hier nicht. Dafür: rosafarbene Häuser, Latte-Macchiato und vegane Küche. Der LoHa hat sich sein Rückzugsgebiet erobert. LoHa? Eine Person mit einem *„Lifestyle of Health and Sustainability“*, also mit bewusst gesunder und nachhaltiger Lebensweise. Jemand, der Wert legt auf biologisch angebaute Nahrung, auf Natur und Umwelt. Hört sich erstmal nach stinknormalem „Öko“ an, ist er aber nicht. Was den Öko und den LoHa unterscheidet, ist vor allem eines: das Einkommen. Und hier beginnt das

Fortsetzung auf Seite 4

PVSt - DPAG - A 14194 - IV (2011) - Entgelt bezahlt • GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33 • ISSN 1438-8065 • 22. Jahrgang, Nr. 163

Liebe RABE RALF-Leser/-innen,

überall in Berlin hängen schon die Plakate der Parteien. Denn am 18. September werden das Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamen-

Editorial

te neu gewählt. Diesmal gibt es im RABEN RALF keine „Wahlprüfsteine“ mit Aussagen der Parteien zu Natur- und Umweltschutz. Stattdessen zwei Schwerpunktthemen, die sicherlich im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen werden.
Gentrifizierung - eine Entwicklung der letzten Jahre in Berlin. Dieser Begriff beschreibt Umstrukturierung und steigende Mieten, vorzugsweise in der Innenstadt. Lesen Sie dazu unser Titelthema.
Zweiter Schwerpunkt ist die Umsetzung des erfolgreichen Wasser-Volksentscheids mit Texten zu juristischen Aspekten, Rekommunalisierung und weiterer Strategie.
Weitere Themen in dieser Ausgabe sind: Abfallvermeidung bei Großveranstaltungen, bürgerschaftliches Engagement, Erdölbohrungen auf Usedom, Atomkonsens nur ein halber Ausstieg und vieles mehr.

Die Redaktion wünscht viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe.
Für Anregungen, Kritik und Lob sind wir immer dankbar - schreiben Sie uns!

Jochen Mühlbauer

Aus dem Inhalt

Menschenkette - Grünzüge 3
Gentrifizierung in Berlin 4
Volksentscheid juristische Schritte . 5
Gegenschlag Privatisierungslobby . 6
Wasser-Volksentscheid umsetzen . 7
Feste feiern, Abfall mindern 8
Großstadtdschungel-grüne Oasen 9
Wenig Verschwendung hilft nicht . 10
Infodienst Gentechnik. 11
Genfood verletzt Menschenrechte 12
Mitentscheiden - Mitverantworten 13
Bohrinsel Usedom 14
Kanadische Teersand-Lobby 15
WWF - Vorwürfe 16
Umweltkommunikation 17
Jenseits des Wachstums!?. 18
Atomkonsens - halber Ausstieg? . 19
Volksbegehren Nachtflugverbot . . 20
Titanwurz - stinkende Sensation . 21

Ralf kocht 24
Kleine Umwelthelden 25
Umweltbibliothek 26/27
Termine/Kleinanzeigen 28/29
Impressum/Leserbriefe 30
Umweltadressen 31

Von der Ruine zur Begegnungsstätte

Das GRÜNE HAUS für Hellersdorf – für viele ein zweites Zuhause

Der Verein „Grünes Haus für Hellersdorf“ ist seit 1998 Mitglied der GRÜNEN LIGA Berlin und leitet die Begegnungsstätte GRÜNES HAUS in der Boizenburger Straße 52-54.

Vor 10 Jahren, am 31. August 2001, pflanzte der Berliner Kultursenator einen Apfelbaum. Der Baum steht heute noch, wächst und trägt Früchte. Dies sehen wir als unsere Verpflichtung. Wir haben die Möglichkeit bekommen, mit öffentlichen Geldern in Höhe von etwa 1,5 Millionen Euro ein Haus zu sanieren und ihm neues Leben zu geben. Nun hat dieses Haus wie auch der Baum seinen 10. Geburtstag. Viele, die von Beginn an dabei waren, sind uns treu geblieben. Es kamen aber auch andere Mieter und Nutzer des GRÜNEN HAUSES dazu, die sich genauso gern hier treffen, hier lernen, ihrer Arbeit nachgehen oder ihre Freizeit verbringen. Das Haus lebt. Darauf sind wir stolz.

Nicht nur der Apfelbaum, sondern auch alle anderen Teilgärten, wie unter anderem der Gebirgsgarten, der Heidegarten, der Beet- und Staudengarten, der Wassergarten und der Farngarten, haben sich sehr gut entwickelt und sind sehenswert. Eine Besonderheit unserer Gartenanlage ist der Kräutergarten, der nach den Lehren der Hildegard von Bingen zusammengestellt wurde. Er ist nach unseren Erkenntnissen der einzige Kräutergarten dieser Art östlich der Elbe. Der Garten findet Interesse bei Besuchern aus dem gesamten Stadtgebiet von Berlin und der Umgebung.

Einmal im Monat bietet Frau Engel, eine langjährige Mitarbeiterin des Vereins, einen Seminarnachmittag zu Themen der gesunden Ernährung unter Einbeziehung der Erkenntnisse Hildegard von Bingens an. Kräuterführungen

Sehenswerte Gärten am GRÜNEN HAUS

Foto: Grünes Haus Hellersdorf

für Gruppen sind nach Anmeldung immer möglich.

Besonders wichtig ist uns die gesunde Lebensweise. Im Haus treffen sich Sportgruppen; Gruppen, die Handarbeiten anfertigen, Englisch lernen und sich mit kreativem Gestalten beschäftigen.

Für Kinder bieten wir offene Clubarbeit an. In den Ferien gibt es ein vielseitiges Programm. Während der Schulzeit besuchen uns Vorschulkinder, Klassen- und Hortgruppen zu Projekttagen mit Themen wie Umwelt- und Naturschutz und kreatives Gestalten mit Naturmaterialien. Das Angebot wird mit großem Interesse genutzt.

Wir wissen, dass wir dem durch die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für die Sanierung des Hauses entgegen gebrachtem Vertrauensvorschuss gerecht geworden sind und weiter gerecht werden wollen.

Das GRÜNE HAUS gibt sich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Durch die Firma *nitsche BSP*, eine Tochterfirma des Vereins, wird geprüft, ob eine nahe dem Haus gelegene, schon verwilderte Fläche von etwa 10.000 Quadratmetern zu neuem Leben erweckt werden kann.

Es ist vorgesehen, eine Mehrgenerationenwohnanlage mit 79 Wohneinheiten zu errichten. Die Wohnungen sollen barrierefrei gebaut werden. Geplant sind drei Etagen, die alle mit einem Aufzug erreicht werden können. Die einzelnen Gebäude werden als Niedrigenergiehäuser konzipiert und können bei Nutzung von Solarenergie, Blockheizkraftwerken und Windkraft sogar noch Energie an das Stromnetz liefern.

Das GRÜNE HAUS in Hellersdorf ist also insgesamt ein gutes Konzept mit Beispielwirkung. *Barbara Nitsche*

Kontakt:
Tel. 030/ 56298081
www.gruenes-haus-hellersdorf.de

Zukunft der GRÜNEN LIGA

Bundesverband des Netzwerkes ökologischer Bewegungen trifft sich in Berlin

Nach 21 erfolgreichen Jahren ist eine Standortbestimmung und Diskussion über die Zukunft der GRÜNEN LIGA angebracht. Wir möchten mit euch sowohl darüber diskutieren, was an unserem Netzwerk unbedingt beibehalten werden soll, als auch wo uns vielleicht der Schuh drückt und Veränderungen nötig sind. Wie werden wir bundespolitisch wirksamer? Wie beziehen wir Einzelmitglieder stärker ein? Wie verbessern wir Finanzierung und Nachwuchsarbeit? Wie können unsere Bundeskontaktstellen, Sprecherräte und das Netzwerk insgesamt vitaler werden?

Das Treffen beginnt mit einem öffentlichen Vortrag: **„Gemeingüter - ein anderes Betriebssystem für unsere Gesellschaft?“**
Vortrag und Diskussion mit Brigitte Kratzwald, Graz
Freitag, 23. September, 19.30 Uhr
Restaurant Merhaba, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Wer sich im Vorfeld einlesen möchte, findet Grundgedanken auf:
www.commons.at

Am Samstag, 24. September, von 10-17 Uhr findet dann die Tagung der GRÜNEN LIGA im Beratungsraum der Bundesgeschäftsstelle, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin statt. Wir erwarten spannende Diskussionen.

Katrin Kusche
GRÜNE LIGA Bundesverband

Anmeldung bis zum 1. September:
GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
bundesverband@grueneliga.de
www.grueneliga.de

Zeitzeiche(N)-Preis 2011

Vom 7. bis 9. Dezember findet in Hannover der fünfte Netzwerk21Kongress statt. Ein Höhepunkt wird auch in diesem Jahr wieder die Verleihung des Deutschen lokalen Nachhaltigkeitspreises Zeitzeiche(N) sein. Kandidaten hierfür können sich noch **bis zum 31. August** durch Eigenvorschlag oder auf Anregung Dritter bewerben.

Der **Zeitzeiche(N)-Preis** wird in den Kategorien
+ Initiativen
+ Unternehmen
+ Kommunen
+ Jugend
+ Internationale Partnerschaften und
+ Zeitzeiche(N)-Ideen vergeben.

Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. *jm*

Alle Infos zum Zeitzeiche(N)-Preis und Netzwerk21Kongress/ Kongress Rio+20:
zeitzeichen@netzwerk21kongress.de
www.netzwerk21kongress.de
www.rioplus20kongress.de

Im Grünen durch Berlin

Menschenkette 13. August: 50. Jahrestag des Mauerbaus - Grünzüge verbinden statt verbauen!

Zusammenhängende Freiflächen sollen öffentliche Grünflächen werden, Grünzüge, die bestehende Parks und Grünflächen verbinden. Ein grünes Netz, prägend für eine Großstadt: im Grünen zur Arbeit gehen oder zur Schule radeln; am Wochenende Ausflüge ins grüne Umland schon vor der Haustür beginnen; Alltagswege, verbunden mit dem kleinen Urlaub nebenbei; und im Sommer eine kühle Brise.

Für diese Vision, verbunden mit ganz aktuellen Zielen, ruft jetzt das *Berliner Netzwerk für Grünzüge* zu einer Menschenkette auf. Neugier auf Gelände und Lust an der gemeinsamen Aktion soll Menschen aus der ganzen Stadt anlocken, um das hochsommerliche Ereignis mit Fantasie zu zelebrieren. Am 13. August findet die Menschenkette statt.

Den Anfang machen

„Wo früher die Mauer Berlin zerschnitt, soll das Grüne Band Berlin die Stadt wieder vereinen. Wir nehmen den 50. Jahrestag des Mauerbaus zum Anlass, die Fertigstellung dieses Projekts einzufordern, bevor der Mauerstreifen weiter verbaut wird“, heißt es in dem Aufruf der Initiative. Es geht zugleich um Möglichkeiten, die mit diesen Flächen verbunden sind - „auch langfristige, heute nicht einmal absehbare“.

Weitsichtiges Handeln braucht bürgerschaftliche Unterstützung ganz besonders. Die Aktion ist ein Anfang. Ihr sollen weitere folgen, dann auch anderswo. Deshalb sucht das *Berliner Netzwerk für Grünzüge* die Zusammenarbeit mit Initiativen in allen Teilen der Stadt.

Die diesjährige Aktion - gefördert von der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN), von der GRÜNEN LIGA Berlin und dem NABU - wirbt entlang des „Grünen Bandes“ exemplarisch für Grünzüge. Jetzt geht es darum, den Anfang zu machen.

Flächenkauf als Bürgerprojekt

Das *Berliner Netzwerk für Grünzüge* hat sich darüber hinaus sehr konkrete Ziele gesteckt. Es sammelt über die gemeinnützige Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz (BLN) Spenden für den Flächenkauf in Berlin. Aktuell geht es um das ehemalige Grenzgelände zwischen den S-Bahnhöfen Schönholz und Wilhelmsruh, welches die nördliche Teilstrecke der Menschenkette bildet. Nur eine Spende kann die Fläche als unbebauten Grünzug erhalten.

Spenden zum Flächenkauf will auch die Mauerpark-Stiftung Welt-Bürger-Park einwerben. Das Gelände, das für die Erweiterung und Fertigstellung des Mauerparks gebraucht wird, ist ebenfalls in die Aktion der Menschenkette einbezogen.

Zu den Unterstützern des Aufrufs gehören neben der Mauerpark-Stiftung Welt-Bürger-Park das Bürgerinitiativen-Netzwerk BIN-Berlin, der Verein Panke.Info, in dem Freunde der Panke organisiert sind, die AG Gleisdreieck und die Bürgerinitiative Westtangente, die bereits im alten West-Berlin Grünverbindungen ersann - anstelle eines Autobahnbaus. Außerdem die Berlin-Flaneure, die aus dem Netzwerk für 20 grüne Hauptwege in Berlin hervorgingen - ihnen ist eine Karte des 600 Kilometer umfassenden Netzes von Erholungswegen zu verdanken, die zurzeit markiert werden.

Schönholzer Heide in Pankow

Der Streckenverlauf der Menschenkette

Die Menschenkette wird, wie es in dem Aufruf heißt, „den grünen Faden durch Berlin ziehen.“ Konkret zeichnet sie am 13. August den ungefähren Verlauf der Grünverbindung nach, deren Realisierung sie einfordert. Sie verbindet

* den erst 2009 eröffneten, lang gestreckten Park am Nordbahnhof (Liesenbrücke!)
* mit dem über 130jährigen Volkspark Humboldthain,
* mit dem Mauerpark, weltberühmt, allerdings noch immer unvollständig, weshalb eine Trennung von Ost und West ausgerechnet hier neu eingekehrt ist,
* mit dem offenen Gelände am Nassen Dreieck, einer Bahnbrache,
* mit dem noch unentdeckten Grünzug entlang der S-Bahnlinie 2 nach Osten,
* mit dem Bürgerpark - übrigens das Vermächtnis eines Pankower Bürgers an seine Mitbürger-,
* mit dem Volkspark Schönholzer Heide, einem weitgehend naturbelassenen Waldpark, schließlich:
* mit dem „Grünen Band Berlin“ entlang der ehemaligen Grenze, das hier außer vom Mauerradweg auch von zwei grünen Hauptwegen durchzogen wird: dem Lübarser Weg und einem Abschnitt des Tiergartenrings.

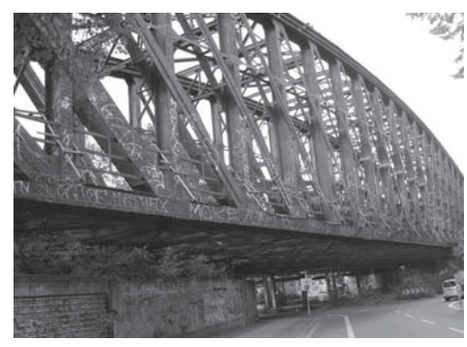
Wie es geht

Am 13. August zwischen 16 Uhr und 16.30 Uhr soll die Menschenkette zwischen dem Park am Nordbahnhof und der Schönholzer Heide geschlossen werden. Wo Lücken sind, werden grüne Bänder oder Papiergirlanden zu Hilfe genommen.

Das *Berliner Netzwerk für Grünzüge* bittet die Teilnehmer/-innen, keinen Müll zu hinterlassen und Bänder, Flugzettel, eventuelle Picknick-Überbleibsel wieder mitzunehmen.

Die Menschenkette verläuft über Grünflächenwege und Bürgersteige. Straßen werden nicht gesperrt. Sie sollen deshalb symbolisch überbrückt werden, vielleicht mit aufgemaltem, grünem Faden. Ordner und Helfende sind im Einsatz, um das Gelingen zu befördern. *Eva-Maria Epple*

Weitere Infos:
kontakt@gruenzuege-fuer-berlin.de
www.gruenzuege-fuer-berlin.de



Liesenbrücke in Berlin - Mitte

Fotos: Antje Henning

Fortsetzung von Seite 1: ***Heute teuer, morgen teuer***

Problem der Gentrifizierung.

Waren die ersten, die ab 1990 nach Prenzlauer Berg zogen, noch die westlichen Alternativen auf der Suche nach billigem Wohnraum und einem anderen Lebensstil, so kamen ab Ende der 90er immer mehr Besserverdienende hinzu. „Prenzlberg“ entstand. Ein Begriff, den kein Alt-Prenzlauer-Berger jemals in den Mund genommen hatte, wurde nun zum Aushängeschild der neuen Lebenskultur. Doch wodurch nahm diese Wandlung soviel Schwung auf, das heute, fast 22 Jahre nach dem Fall der Mauer, über 50 Prozent der Bewohner neu Hinzugezogene sind? Begeben wir uns in die Zeit unmittelbar Anfang der 90er Jahre.

Die Berliner Verwaltung stellte mit Schrecken fest, dass allein in Prenzlauer Berg über 30.000 Wohnungen zu sanieren seien. Die zur Verfügung stehenden Mittel: 50 Millionen DM, deutlich zu wenig, um die marode Bausubstanz rundum zu erneuern. Man beschloss also, private Investoren zu beteiligen. Die Abschreibungsmöglichkeiten waren gewaltig, und so wurde der Bezirk zum Tummelplatz von Immobilienmaklern. Die Sanierungen wurden so umfangreich betrieben, dass während der Renovierungsmaßnahmen oftmals keine Möglichkeit bestand, in der Wohnung zu bleiben. Anstelle einer zeitweiligen Umsiedelung ließen sich viele alte Mieter abfinden oder zogen einfach aus.

Die Folge: die Wohnung konnte neuvermietet werden, und das natürlich zu deutlich gestiegenen Preisen. Teilweise um bis zu 800 Prozent, beispielsweise von 1990/91 für 80 DM zu nach der Sanierung für 1.000 DM. Die Wohnungspolitik des Landes legte also den Grundstein für die massive Umwälzung, die in den Jahren danach stattfand. Mittlerweile sind auch viele der Alternativen, die aus dem Westen Berlins kamen, wieder ausgezogen.

Das Problem

Gentrifizierung wäre kein Problem unserer heutigen Zeit, wenn es lediglich die Aufwertung der Stadtgebiete bedeuten würde. Tut es aber nicht. Gentrifizierung bedeutet auch immer: Verdrängung. Bezirke in der Nähe zum Zentrum, in Berlin also alles innerhalb des S-Bahn-Ringes, werden immer beliebter. Das liegt unter anderem auch am veränderten Familienmodell. Wenn beide Partner arbeiten, ist die Nähe zu Supermärkten, Arbeitsplätzen und Kindergärten besonders wichtig. Infrastruktur wird zu einem bestimmenden Faktor für die Wahl des Wohnorts, und dafür zahlt man auch gerne mehr Miete. In den früheren Problembezirken der Innenstadt steigen die Preise.

Die Gegend um den S-Bahnhof Sonnenallee zum Beispiel ist bei Neu-Berlinern und Studenten mittlerweile extrem beliebt. Zwischen 2009 und 2010 sind dort die Mieten deutlich gestiegen, um 10 bis 20 Prozent, das Klima hat sich spürbar gewandelt. In der Schudomastraße sitzen an den Sommerabenden junge Menschen vor einem Cafe. Sprachen aus aller Welt wirbeln durcheinander, Spanisch, Französisch, Arabisch, Englisch, Deutsch, es ist deutlich heterogener geworden, nicht mehr nur Türkisch oder Deutsch. Unangenehm sind die neuen Freiräume nicht. Die Neuköllner Oper floriert, und man gewinnt den Eindruck, das Neukölln sich aus seiner Verelendung befreien kann.

Unsanierte Enklave in Prenzlauer Berg

Foto: Vincent Nörig

Doch ist dem wirklich so? Es ist ein Unterschied, ob ein Viertel an Wert gewinnt, oder ob es seinen Bewohnern besser geht. In Neukölln werden die Veränderungen von den Hinzugezogenen bestimmt. Selbst wenn die Alteingesessenen noch nicht gezwungen sind, sich billigere Wohnungen zu suchen, so haben sie doch kaum Anteil an den neuen Geldflüssen. Denn die neuen Nachbarn kaufen anders ein, sie haben ihre eigenen Bars und Restaurants. Es ist insgesamt ein so anderer Lebensstil, dass es kaum Berührungspunkte gibt. Räumliche Nähe schafft keine soziale Nähe, und die sozialen Räume der Studenten und Kreativen unterscheiden sich massiv von denen der HartzIV-Empfänger.

Doch die Umstrukturierung von Neukölln steht mit Sicherheit noch am Anfang, und längst nicht alle Straßenzüge wurden vom neuen Wind erfasst. Dennoch ist klar, in welche Richtung sich der Bezirk in der nächsten Zeit entwickeln wird: jung und immer noch billig, aber eben deutlich teurer als vor einigen Jahren. Ganz billig ist die Innenstadt eben nicht mehr. Kreative und Studenten gelten als die Vorboten der Gentrifizierung, als nächstes folgen immer mehr Leute mit gehobenem Einkommen, die am Puls der Stadt leben möchten, und irgendwann werden Carlofts und Townhouses gebaut, Luxuswohnungen für diejenigen, die nicht als spießig gelten möchten. Das ist der Zyklus der Gentrifizierung.

Und immer noch wäre daran nichts schlimmes, wenn nicht andere Menschen fortgehen müssten, an Orte, an denen sie wieder unter sich sind. An denen mehr Arbeitslose als Arbeitende wohnen. Motivation für die Jugend? Vorbilder sind rar in solchen Gegenden, aber genau das ist es, was ein/e 15-Jährige(r) braucht. Sehen, dass es auch anders geht. Abhilfe könnten hier der Soziale Wohnungsbau und stadteigene Wohnungen schaffen. Sozialer Wohnungsbau, das hört sich nach Plattenbausiedlungen am Stadtrand an, wie die *Banlieue* in Paris. Genau solche Siedlungen werden aber auch in Berlin in den kommenden Jahren zu Problemfällen werden. Die Thermometersiedlung in Lichterfelde-Süd oder die Kosmos-Siedlung in Köpenick sind Präzedenzfälle der neuen Ghettos am Stadtrand.

Die Lösung?

Sozialer Wohnungsbau geht aber auch anders. Der Soziologe und Stadtforscher Hartmut Häussermann sieht neue Möglichkeiten. Er empfiehlt, einzelne Wohnungen in besseren Vierteln zu kaufen, in die dann sozial schwache Familien einquartiert werden können. Auch die „kleinteilige Bebauung städtischer Baulücken“ sei eine Möglichkeit, der sozialen Entmischung beizukommen. Ebenso könne man Haushalte des Mittelstandes in Problembezirke bringen, indem man dort Wohnungen subventioniert.

Doch der soziale Wohnungsbau existiert in Berlin quasi nicht mehr. Ganz im Gegenteil, seit 2004 hat Berlin zur Sanierung des Haushalts etwa 110.000 Wohnungen verkauft, das ist ungefähr ein Drittel des Gesamtbestandes an Wohnungen in öffentlicher Hand. Und auf dem freien Markt ist die soziale Entmischung, Segregation, bares Geld wert. Den Wohnungsmarkt also ausschließlich durch Angebot und Nachfrage zu regulieren, führt in die Sackgasse. Und Wohnungen aus öffentlicher Hand an private Investoren zu verkaufen, ist gröbster Unfug, genau wie die massiven Subventionierungen in Prenzlauer Berg kurz nach der Wende. Wenn neuer Wohnraum gebaut wird, auf ehemaligen Freiflächen, ist daran im Sinne der Gentrifizierung nichts Schlechtes zu finden. Die neuen Luxusquartiere am Potsdamer Platz wie das Beisheim Center sind zwar teuer, verdrängen aber keine Milieus aus ihren Wohnlagen.

Doch wie sollte Wohnungspolitik in Berlin überhaupt aussehen? Wenn man nach London schaut, sieht man, was der freie Markt mit einer Stadt macht. Ehemalige Arbeiterquartiere sind nun teure Wohnungen für Reiche, und dem Großteil des Mittelstandes bleibt nur der Wohnraum weit außerhalb der Innenstadt. Zur Arbeit müssen die Bewohner einen weiten Weg auf sich nehmen. In Paris ist die Mitte der Stadt nahezu unbezahlbar, und in der *Banlieue* nimmt die Kriminalität und Brutalität zu. Soziale Durchmischung ist weit und breit nicht zu finden. Doch gerade diese ist für eine gesunde Gesellschaft unablässig.

Der Häussermannsche Ansatz ist nicht der schlechteste: wie Akupunktur, hier und dort sollen Gutverdienende unter Arbeitslosen, Schulabbrecher unter Studenten wohnen. Wenn Kinder von klein auf daran gewöhnt sind, mit Kindern zu spielen, die eine andere Hautfarbe haben oder die Urlaub nicht im Heimatdorf in Anatolien, sondern auf den Kanarischen Inseln machen, baut das Vorurteile ab. Wenn aber ein einziges Kind einer Klasse gar nicht in den Urlaub fährt, während alle anderen am Meer baden, dann grenzt das aus.

Wohnungspolitik bestimmt in einem großen Ausmaß unser soziales Miteinander, das ist den wenigsten in dieser Schärfe bewusst. Gentrifizierung ist Abschottung und Verdrängung, es bedeutet ein fremdbestimmtes Leben für diejenigen, die am Rande der Stadt wohnen. Gentrifizierung bedeutet, hier in Berlin eine Entwicklung zuzulassen, die uns am Ende viel kosten wird.

Vincent Nörig

Nach dem Wasser-Volksentscheid

Erste juristische Schritte gegen die Geheimverträge sind eingeleitet – weitere folgen!

Nach dem gewonnenen Volksentscheid am 13. Februar begann die eigentliche Arbeit: Die offen gelegten Verträge müssen juristisch geprüft werden. Seit Anfang März hat sich unter dem Dach der GRÜNEN LIGA Berlin eine Arbeitsgruppe von 10 Juristen gefunden, die auf rein ehrenamtlicher Basis diese Herausforderung in Angriff genommen hat. Erste Ergebnisse liegen vor und wurden auf einer Pressekonferenz am 19. Juli vorgestellt.

Die Volljuristin Sabine Finkenthei, die die Arbeitsgruppe koordiniert und eng mit dem EU- und Kartellrechtler Prof. Kessler, Vorstandsvorsitzender der Verbraucherzentrale, zusammenarbeitet, stand dem RABEN RALF für ein Interview zur Verfügung.

Zunächst unseren Glückwunsch, dass es gelungen ist, mehrere Juristen zur Mitarbeit zu gewinnen. Wer sich mit der Veröffentlichung des ersten Arbeitsergebnisses zur Umsetzung des Wasser-Volksentscheids näher befasst, der gewinnt nicht nur einen Einblick in die Komplexität der Thematik, sondern auch den Eindruck, dass jetzt die Stunde der Experten schlägt.

Es dürfte sich weniger um Stunden, als um Wochen handeln. Allein die Vorarbeiten haben viel Zeit in Anspruch genommen. Doch es ist richtig: Jetzt ist natürlich juristischer Sachverstand gefragt. Angesichts der komplexen juristischen Fragestellungen bin ich sehr froh, dass sich mehrere Kollegen mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten zur Mitarbeit bereit erklärt haben...

Ganz grob zusammengefasst, geht es im ersten Arbeitsergebnis darum, dass gegenüber der europäischen Kommission die Ansicht vertreten wird, die Gewinngarantien in den Geheimverträgen zur Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe seien eine Subvention und würden gegen das EU-Beihilferecht verstoßen. Außerdem seien auch die Ausschreibungsregeln nicht eingehalten worden.

Das stimmt in der Tendenz. Wir haben ein Schreiben an die EU-Kommission verfasst, um ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren herbeizuführen, weil wir uns von diesem Weg am ehesten einen Erfolg erhoffen. Dazu mussten wir nicht nur eine Meinung in Form einer Rechtsansicht formulieren, sondern detailliert mit einer argumentativen Beweisführung unsere Rechtsansicht untermauern. So etwas zu entwickeln, ist nicht einfach. Ein wichtiger Baustein in dieser Argumentation ist beispielsweise der Nachweis, dass ein privates Unternehmen anstelle des Landes Berlin eine Verpflichtung, die das Betriebs- und Finanzierungsrisiko derart einseitig zu seinen Lasten verteilt, unter keinen Umständen eingegangen wäre.

Wie ist die Einschätzung? Welches Gewicht wird die EU-Kommission dem Antrag auf Einleitung eines Beschwerdeverfahrens beimessen?

Zunächst steht es jedem Bürger frei, dieses Beschwerdeverfahren in Anspruch zu nehmen. Um dem Schreiben jedoch mehr Gewicht zu verleihen, haben wir uns in der Arbeitsgruppe entschieden, das Schreiben an die EU nicht als Einzelpersonen einzureichen, sondern über Bündnispartner. Thomas Rudek konnte Frau Prof. Müller, die Vorstandsvorsitzende von Transparency International und Prof. Keßler gewinnen. Prof. Keßler hat ja nicht nur als Vertrauensperson den Wasser-Volksentscheid unterstützt, sondern uns mit seiner Kompetenz als EU- und Kartellrechtler maßgeblich mit Rat und Tat zur Seite gestanden.
Auch unser Schreiben konnte dank seiner Mitwirkung noch etwas verbessert werden. Darüber hinaus ist er auch für die Berliner Verbraucherzentrale Mitglied im EWSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss). Die Auseinandersetzung um die Zulässigkeit der Geheimverträge ist nicht einfach und da ist es gut, kompetente Partner an seiner Seite zu wissen.

Also ein guter Schachzug, verbunden mit der Hoffnung, dass dadurch dem Schreiben von Seiten der EU-Kommission die nötige Aufmerksamkeit beigemessen wird?

Exakt, denn auch die Psychologie ist ein sehr wichtiger Faktor, wenn es um die abschließende Klärung juristischer Streitfragen geht.

Wie geht es weiter mit der Arbeitsgruppe?

Nachdem wir die Möglichkeiten des Europarechts erstmal ausgeschöpft haben, beschäftigen wir uns jetzt mit verfassungs-, haushalts- und zivilrechtlichen Aspekten. Zu diesen Bereichen sind bereits die Fragestellungen formuliert worden, die jetzt abgearbeitet werden müssen. Sehr erfreulich ist es, dass Thomas Rudek mit einem Verleger in Kontakt getreten ist, der bereit ist, unsere juristischen Ergebnisse zu publizieren, ohne dass uns hierdurch Kosten entstehen. So hoffen wir, noch vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September allen Berlinern und Politikern unseren „Argumentationsleitfaden“ vorstellen zu können.

Wir bedanken uns für das Gespräch und freuen uns auf den Leitfaden mit guten Argumenten!

Wer Juristen kennt, die Interesse haben, sich entweder an der Vertragsüberprüfung zu beteiligen oder die weiterführende Hinweise haben, der wendet sich bitte an:

Sabine Finkenthei
S.Finkenthei@gmx.de
Tel. 030/ 6930842 oder
mobil: 0176/ 25213726

Sabine Finkenthei

Anzeige

MITTE	Arkonaplatz	Freitag	12:00 - 19:00 Uhr
	Mauerpark	Sonntag	10:00 - 16:00 Uhr
TIERGARTEN	Thusneldaallee	Mittwoch	12:00 - 18:00 Uhr
PRENZLAUER BERG	Kollwitzplatz	Donnerstag	12:00 - 18:00 Uhr
		Samstag	09:00 - 16:00 Uhr
KREUZBERG	Lausitzer Platz	Freitag	12:00 - 18:00 Uhr
NEUKÖLLN	Maybachufer	Dienstag	11:00 - 18:00 Uhr
		Freitag	11:00 - 18:00 Uhr
		Samstag	11:00 - 17:00 Uhr
	Schillermarkt	Samstag	10:00 - 16:00 Uhr
CHARLOTTENBURG	Karl-August-Platz	Mittwoch	08:00 - 13:00 Uhr
		Samstag	08:00 - 14:00 Uhr
FRIEDENAU	Breslauer Platz	Donnerstag	12:00 - 17:00 Uhr

Weitere LichtBlick-Standorte unter 030-39 50 64 41.

Gegenschlag der Privatisierungslobby

Als ob es den Wasser-Volksentscheid nicht gegeben hätte

Die Freude nach dem ersten erfolgreichen Volksentscheid zur Offenlegung der Geheimverträge sollte nicht lange andauern. Denn die Privatisierungslobby holte schnell zum Gegenschlag aus. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) gab ein Gutachten der besonderen Art in Auftrag (1). Zusammengefasst lautet die Botschaft: Rückkauf der Anteile von RWE und Veolia ist zu teuer und die Spielräume für Preissenkungen sind nur minimal vorhanden. In der Bilanz einer Rekommunalisierung würde die Schuldenlast bei weitem den geringen Preissenkungseffekt überwiegen. In absoluten Zahlen, würden die Berliner im Jahr lediglich 1,19 bis 5,87 Euro weniger für ihr Wasser bezahlen, während die Rekommunalisierungskosten angeblich eine Pro-Kopf-Neuverschuldung von 557 beziehungsweise 652 Euro zur Folge hätte (2).

Rekommunalisierung Berliner Wasserbetriebe-wie viel wird das kosten?

Foto: Berliner Wassertisch

Es ist sowohl aufschlussreich wie bezeichnend, dass nahezu alle großen Berliner Medien ausführlich über das IHK-Gutachten berichteten. Die Zielsetzung war klar und unmissverständlich: 1. Die Rekommunalisierung ist zu teuer und 2. eine Rekommunalisierung zahlt sich für die Verbraucher nicht aus. Der Volksentscheid und seine Zielsetzung, zentrale Passagen, die für die Höhe der Wasserpreise und damit der Gewinnausschüttung durch die Offenlegung juristisch angreifbar zu machen, fielen unter den Tisch - und zwar nicht nur in dem Gefälligkeitsgutachten, sondern auch in der Medien-Berichterstattung. Statt Himmel und Hölle in Bewegung zu setzen und unabhängigen juristischen Sachverstand zu mobilisieren, um die Vertragsdokumente auf den Prüfstand zu stellen und kritisch durchleuchten zu lassen, inszeniert die IHK einen riesengroßen Paukenschlag und verkündet die Botschaft: An der Teilprivatisierung darf nicht gerüttelt werden, vergesst den Volksentscheid, wir stehen zu den Konzernen, wir stehen zum Vertrag!

Für eine kostengünstige Rekommunalisierung

Dabei hätte die Rechnung auch anders ausfallen können: Allein im Jahr 2009 wurden 270 Millionen Euro an Gewinnen bei den Berliner Wasserbetrieben ausgewiesen. Wenn die Rekommunalisierung als betriebswirtschaftliches Modell definiert wird, in dem die Wassertarife nach dem Prinzip der reinen Kostendeckung berechnet werden und auf eine Gewinnerzielung und Gewinnausschüttung verzichtet wird, dann hätte dieses Modell allein für das letzte Jahr eine Entlastung von - grob gerechnet - etwa 320 Euro für einen 4-Personen-Haushalt (80 Euro pro Kopf) zur Folge haben können. Eine Summe, die in vielen Betriebskostennachzahlungen einen positiven Effekt für die betroffenen Verbraucher, Mieter und Hauseigentümer hätte aufweisen können. Dass die Entlastungseffekte für Gewerbetreibende noch wesentlich höher ausfallen könnten, versteht sich von selbst und es ist ein Armutszeugnis für die IHK, dass sie keine seriösen Anstrengungen erkennen lässt, um die Gewerbetreibenden zu entlasten und sich für eine kostengünstige Rekommunalisierung einzusetzen.

Statt das Modell der Gewinnmaximierung bei einem natürlichen Monopol auf den Prüfstand zu stellen, konzentrieren sich IHK und einige Parteien der Opposition auf das Grundwasserentnahmeentgelt (GWE). Es ist richtig, dass das GWE im Vergleich mit anderen Bundesländern in Berlin sehr hoch ausfällt. Aber zum einen handelt es sich nicht um einen Gewinn, sondern um zweckgebundene Einnahmen. Und zum anderen fließen diese Gelder nicht in private Taschen renditeorientierter Konzerne, sondern in den Berliner Haushalt. Gerade vor dem Hintergrund bereits jetzt bestehender Probleme beim so genannten „Grundwassermanagement“ - vielen Hausbesitzern laufen infolge des hohen Grundwasserpegels in Berlin die Keller voll, was Eigentümer und Mieter gleichermaßen belastet (3) - aber auch die durch den Klimawandel zu erwartenden zukünftigen ökologischen Herausforderungen beispielsweise an den Gewässerschutz in Berlin, hat das GWE seine Bedeutung und Berechtigung. Das sollte jedoch nicht als Freifahrschein für die Verwendung dieser sprudelnden Einnahmequelle missverstanden werden. Denn die zweck- und sachgebundene Verwendung dieser Einnahmen ist transparent darzustellen und gegebenenfalls „nachzubessern“. Wer die Streichung des GWE fordert, der lenkt vom eigentlichen „Grundübel“ ab: Und das ist die Gewinnerwirtschaftung.

Komplette Ausblendung zukünftiger Belastungen

Was jedoch am IHK-Gutachten am meisten verwundert, ist die komplette Ausblendung der zukünftigen Belastungen, die in Form von weiteren Preissteigerungen durch die vertraglichen Rahmenbedingungen der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe bis zum Jahr 2028 aller Wahrscheinlichkeit nach zu erwarten sind. Bereits bei der Vorstellung des Wasserversorgungskonzepts 2040 war bei all den schönen Hochglanzfolien, Tabellen und Zukunftsszenarien dann doch auffällig, dass die Frage der zukünftigen Preisentwicklung ausgeblendet wurde. An der „Preispolitik“ soll offensichtlich weder gerüttelt werden noch über das Geschäftsmodell einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Wasserbewirtschaftung diskutiert werden - das ist die Maulkorbpolitik der Privatisierungslobby.

Dabei hat Wirtschaftssenator Harald Wolf (Die LINKE) selbst, gewiss auch unter dem Druck des Volksbegehrens, das Thema eröffnet, indem er das Bundeskartellamt eingeschaltet hat. So begrüßenswert dieser Tabubruch auch ist, so darf nicht vergessen werden, dass das Bundeskartellamt sich ganz auf die Trinkwasserpreise konzentriert! Die hohen Abwasserkosten bleiben unberücksichtigt (4). Diesen Sachverhalt sollten sich alle ins Gedächtnis rufen, wenn - im Fall einer Preissenkungsverfügung durch das Bundeskartellamt (!) - die Berliner Tagespresse lauthals verkündet, dass jetzt auch endlich in der Hauptstadt die Wasserpreise sinken. Da die Abwasserpreise nicht abgesenkt werden, ist zu befürchten, dass es auf eine symbolische Preissenkung hinauslaufen könnte, die uns dann von den Medien als ein riesengroßer Erfolg verkauft wird.

Entscheidend ist die Frage, wer darüber zu entscheiden hat, wie viel beziehungsweise wie wenig die Konzerne für ihre Anteile an den Wasserbetrieben erhalten sollen und es ist allerhöchste Zeit, für diese „Schlüsselfrage“ den Schlüssel zu finden. Politik und Wirtschaft haben nur den Schlüssel zu unseren Geldbeuteln. Wer eine kostengünstige Rekommunalisierung fordert, der benötigt einen passenden Schlüssel zu den Tresoren der Konzerne.

Thomas Rudek
Sprecher des ersten erfolgreichen Volksentscheids in Berlin für die GRÜNE LIGA.
Der Mitbegründer des „Berliner Wassertischs“ hat kürzlich die „Berliner Wasserbürger“ gegründet.

(1) Das Gefälligkeitsgutachten im Internet: www.ihk-berlin.de/linkableblob/1350084/data/Gutachten-Wasserpreise-data.pdf

(2) Siehe die gute Zusammenfassung von Jörn Boewe: „Wirtschaft warnt vor Rekommunalisierung. IHK-Gutachten: Keine Preissenkung durch Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe zu erwarten“, in: „junge welt“ vom 1.4.2011

(3) Siehe die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift vom Berliner Mieterverein „MieterMagazin“ (Juli/August 2011) „Mit nassen Füßen auf den Rechtsweg“

(4) So steht Berlin mit 364,80 Euro im bundesweiten Vergleich an der Spitze. (Quelle: Statistisches Bundesamt - Kosten für die Entsorgung von Abwasser aus privaten Haushalten 2005 bis 2010)

Weitere Infos:
Tel.: 030/ 2613389 (AB)
ThRudek@gmx.de
info@wasserbuerger.de
www.wasserbuerger.de

Den Volksentscheid umsetzen

Überlegungen des Berliner Wassertischs zur weiteren Strategie

Am Abend des 13. Februar war es eindeutig: zum ersten Mal ging ein Volksentscheid in Berlin erfolgreich zu Ende. 678.507 Berliner/-innen (27,5 Prozent) hatten sich beteiligt, 666.235 (98,2 Prozent) hatten mit Ja, 11.590 (1,7 Prozent) mit Nein gestimmt. 692 Menschen (0,1 Prozent) gaben ungültige Stimmen ab. Die höchste Beteiligung gab es in den Bezirken Reinickendorf, Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf; die höchste Zustimmung erfolgte in den Bezirken Pankow, Treptow-Köpenick und Charlottenburg-Wilmersdorf, wobei die Zustimmung berlinweit nur zwischen 97,8 und 98,6 Prozent schwankte.

11. Februar: Abschlußkundgebubg vor Wasser-Volksentscheid

Vorausgegangen war eine Abstimmungskampagne, an der auf den Straßen nur eine Seite teilnahm - der Berliner Wassertisch und die ihn unterstützenden Berliner/-innen, einschließlich der GRÜNEN LIGA, die wertvolle logistische Unterstützung leistete. Die Parteien des Abgeordnetenhauses hüllten sich in mehr oder minder verschämtes Schweigen; Zeitungen und der Rundfunk berichteten nur sporadisch; das rbb-Fernsehen, das bei voran gegangenen Volksentscheiden den Kontrahenten viel Sendezeit zugebilligt hatte, entschied sich diesmal fürs Schweigen. In der „Amtlichen Information zum Volksentscheid“ empfahlen Senat und rot-rote Abgeordnetenhausmehrheit, mit „Nein“ zu stimmen. Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei), zugleich auch Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Wasserbetriebe, warb für die Nichtteilnahme am Volksentscheid. Das alles half nichts, die Argumente des Berliner Wassertischs überzeugten so viele Menschen, dass das Beteiligungsquorum von 25 Prozent für manche überraschend übersprungen wurde.

Bilanz des Wasser-Volksentscheids

Obwohl keine Auswertung durch Meinungsforscher vorliegt, lässt sich bilanzieren, dass vor allem dort die Zustimmung hoch war, wo der Wasserverbrauch am höchsten ist. An Infoständen zeigte sich immer wieder, dass das zentrale politische Anliegen des Volksentscheids - die Transparenz politischen Handelns, ausgedrückt im Slogan „Schluss mit Geheimverträgen“ - auch zentrales Anliegen vieler Bürger/-innen ist. Die Haltung, dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr oder Energieversorgung in Gemeineigentum bleiben sollen beziehungsweise wieder dorthin zurückkehren sollen, war ebenfalls für viele Berlinerinnen und Berliner typisch.

Mit dem Wasser-Volksentscheid wurde zum ersten Mal ein Gesetz angenommen, das nicht wie bisher das Abgeordnetenhaus, sondern - so lautet der Satz im Gesetz- und Verordnungsblatt - „das Volk des Landes Berlin“ beschlossen hat. Zuständig für die Umsetzung des „Gesetzes für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe“ ist in erster Linie das Parlament. Es muss jetzt alle für den Landeshaushalt relevanten Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe prüfen und sein Votum abgeben. Die Prüfung hat öffentlich - unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen - zu erfolgen.

Prüfung der veröffentlichten Dokumente

Der Berliner Wassertisch ist bei der Prüfung vorangeschritten. Seine Arbeitsgruppe „Klärwerk“ hat die veröffentlichten Dokumente einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie ist zu dem Schluss gekommen, dass der Vertragstext eine Missachtung des Berliner Abgeordnetenhauses und des Verfassungsgerichts bedeutet, dass er die Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichtshofes aushebelt, dass er „eine zu Papier gebrachte Missachtung unserer Demokratie“ ist.

Der Berliner Wassertisch hat in den vergangenen Wochen mit den Fraktionen von CDU, SPD, Linkspartei und Grünen Gespräche geführt, wie sie sich diese Umsetzung vorstellen. Die FDP-Fraktion war an einem Gespräch nicht interessiert. Auf die Position des Wassertischs, dass die bisher offen gelegten Dokumente derart gegen Recht und Gesetz verstoßen, dass sie für nichtig erklärt werden müssen, mochte sich leider keine Fraktion festlegen. Diese Haltung kann sich noch ändern, das Abgeordnetenhaus hat ja mit der Prüfung noch nicht begonnen. Damit ist erst nach den Wahlen vom 18. September zu rechnen. Alle angesprochenen Fraktionen teilten die Auffassung, dass die Verträge zur Teilprivatisierung seinerzeit „schlecht verhandelt“ wurden und ein Rückkauf der privaten Anteile von *RWE Aqua* (gemeinsam mit *Veolia Wasser* Anteilseigner von 49,9 Prozent der Berliner Wasserbetriebe) zu günstigen Konditionen wünschenswert wäre, wobei die CDU am Modell der Öffentlich-Privaten Partnerschaft festhalten will.

Kreative Aktion beim Karneval der Kulturen am 12. Juni

Fotos: Berliner Wassertisch

Daraus ist zu schlussfolgern, dass die Berlinerinnen und Berliner die Umsetzung des Volksgesetzes nicht allein den Abgeordnetenhausparteien überlassen dürfen. Laut Presseberichten möchte RWE 800 Millionen Euro für den Verkauf seines Anteils an Veolia und das Land Berlin erlösen. Das sind 800 Millionen Euro Belohnung fürs Nichtstun. Diese Forderung steht ganz im Geiste der offen gelegten Verträge und der 1999 getätigten Abschlüsse: bezahlt mit einem billigen Kommunalkredit, versehen mit einer Gewinngarantie, geschützt durch ein Schweigegebot. Doch genau gegen diesen Geist hat sich der erfolgreiche Volksentscheid gerichtet. Wer im Sinne des Volksentscheids handeln will, muss deshalb verhindern, dass den privaten Anteilseignern noch einmal das Geld der Berliner Bevölkerung zugeschanzt wird.

Den Parteien, die für eine „kostengünstige“ Rekommunalisierung eintreten, sei gesagt: Nur eine Rückabwicklung der Teilprivatisierung, die den internationalen Konzernen *RWE* und *Veolia* nicht erneut unrechtmäßige Gewinne zuspielt, ist für die Berliner/-innen kostengünstig.

Der Berliner Wassertisch wird deshalb in den kommenden Wochen die Kandidaten für das Abgeordnetenhaus zu ihrer Haltung zum Vertragstext und zu ihrer Bereitschaft befragen, die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe gerichtlich zu Fall zu bringen. Auch die Leser/-innen des RABEN RALF können sich daran beteiligen.

Zuerst strebt der Wassertisch die Rückabwicklung der Verträge auf juristischem Wege an. Ob wir ein weiteres Volksbegehren benötigen, um die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe durchzusetzen, wird die Zeit nach den Wahlen zeigen. Derzeit steht es laut Beschluss des Berliner Wassertischs nicht auf der Tagesordnung.

Gerhard Seyfarth
Mitglied des Sprecherteams des Berliner Wassertischs

www.berliner-wassertisch.net

Feste feiern, Abfall mindern

GRÜNE LIGA Berlin startet Untersuchung zur Müllreduzierung bei Großveranstaltungen

Großveranstaltungen wie der Karneval der Kulturen, der Christopher Street Day oder der Berlin-Marathon sind internationale Aushängeschilder für Berlin. Bei öffentlichen Veranstaltungen entstehen in Berlin jährlich schätzungsweise 1.600 Tonnen Müll. Die Hälfte davon entfällt auf Großveranstaltungen mit mehr als 100.000 Besucher/-innen. Das soll nach Ansicht der GRÜNEN LIGA Berlin nicht so bleiben. „Einfluss auf das Abfallaufkommen können Besucher/-innen, Händler, Veranstalter und die Verwaltung nehmen, indem sie ein Abfallkonzept entwickeln“ sagt Stefan Richter, Geschäftsführer der GRÜNEN LIGA Berlin.

Der richtige Weg zur Reduzierung von Abfallmengen sind unter anderem Mehrweggeschirr und Mehrwegbesteck. Auch die Vermeidung von Portionspackungen für Zucker, Mayonnaise oder Ketchup ist wichtig. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, Papier- und Bioabfälle der Wertstoffsammlung zuzuführen. Das sorgt für eine saubere Stadt und schont die natürlichen Ressourcen.

„Berlin hat schon vor über zwanzig Jahren vorbildliche Verwaltungsvorschriften zur Abfallvermeidung bei Großveranstaltungen entwickelt. Aktuell haben wir eine Verwaltungsvorschrift für ein umweltverträgliches Beschaffungswesen erarbeitet, die zusätzliche Vorgaben für Großveranstaltungen enthält. Diese muss noch von der EU notifiziert werden. Die Herausforderung bleibt, alle Verantwortlichen für die Einhaltung dieser hohen Standards zu gewinnen“, sagt Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz.

Die GRÜNE LIGA Berlin startete im April 2011 mit einem Pilotprojekt zum Thema „abfallarme Großveranstaltungen“. Ziel ist es, den Veranstaltern Möglichkeiten aufzuzeigen, wie große Abfallmengen vermieden werden können. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Förderfonds Trenntstadt Berlin, einer Initiative der BSR und ihrer Partner Berlin Recycling, ALBA und der Stiftung Naturschutz.

Nach entsprechenden Untersuchungen sollen konkrete Vorschläge für die Umsetzung abfallvermeidender und- reduzierender Maßnahmen erarbeitet werden. Unter anderem werden 2011 der Karneval der Kulturen und der Berlin-Marathon sowie das Müllerstraßenfest untersucht. Berlin soll nicht nur für große, internationale Events stehen, sondern künftig auch für Ressourcenschonung und umweltbewusstes Handeln.

Größere Behälter sind nicht die Lösung

Foto: Ulrich Nowikow

Umweltfestival quasi abfallfrei

Dass Großveranstaltungen nicht zwangsläufig Tonnen von Abfall hinterlassen müssen, beweist die GRÜNE LIGA Berlin jährlich mit ihrem Umweltfestival Anfang Juni. Das Festival, mit mehr als 100.000 Besuchern/-innen ist quasi abfallfrei. Durch ein durchdachtes Konzept werden ausschließlich Mehrwegverpackungen verwendet und jeder Aussteller ist dazu verpflichtet, den eigenen Abfall wieder mitzunehmen. Imbiss- und Lebensmittelstände müssen einen für die Besucher frei zugänglichen Abfallbehälter aufstellen und dessen Inhalt selbst entsorgen. Jegliches Verteilen von Informationsmaterial, Werbegeschenken und ähnlichen Dingen außerhalb des eigenen Standes ist untersagt. Somit wird am Ende der Veranstaltung kein Entsorger zum Aufräumen benötigt.

Im Projekt der GRÜNEN LIGA werden Konzepte zur Abfallvermeidung und -reduzierung bei Großveranstaltungen und Straßenfesten erarbeitet. Zum Abschluss wird im März 2013 ein ökologisch-nachhaltiges Handlungskonzept als Gesamtergebnis mit Auswertung aller Projektaktivitäten vorgelegt. „Hier erhoffen wir uns dann übertragbare Lösungsansätze, um künftig die Abfallmengen bei Berliner Großevents stark zu reduzieren“, fasst Stefan Richter die Pläne zusammen. „Wir werden uns mit Politik, Verwaltung, aber auch mit Veranstaltern zusammen an einen Tisch setzen und konkrete Konzepte erarbeiten“.

„Dieses Projekt ist eines von 29, die aus dem Förderfonds unterstützt werden. Es transportiert die Idee des Förderfonds Trenntstadt besonders gut, weil es wichtig ist, dass die Themen Abfallvermeidung und -trennung den Menschen überall begegnen“, sagte Sabine Thümler, Pressesprecherin der BSR. Abfallarme Veranstaltungen sind aber auch für die BSR hilfreich. „Zwar sind wir nicht für die Reinigung auf Veranstaltungsflächen verantwortlich, aber bei abfallintensiven Veranstaltungen verschleppt sich der Müll immer auch nach außerhalb der eigentlichen Fläche. Das bedeutet dann viel Arbeit für unsere Straßenreinigung. Abfallarme Großveranstaltungen sind nicht nur ökologisch begrüßenswert, sie erleichtern es uns auch, die Stadt sauber zu halten“, so Sabine Thümler. *Ulrich Nowikow*

Kontakt:
GRÜNE LIGA Berlin e. V.
Ulrich Nowikow
Tel. 030/ 44339170
ulrich.nowikow@grueneliga.de

Förderfonds Trenntstadt Berlin:
www.stiftung-naturschutz.de/wir-foerdern/foerderfonds-trenntstadt

Kopytziok/Pinn:
Abfallvermeidung und -trennung auf Straßenfesten und Märkten, wissenschaftliche Studie im Auftrag der Stiftung Naturschutz Berlin
www.uwi-berlin.de/texte/strassenfeste.pdf

Beispiel für eine Befragung bei Großveranstaltungen

Bei Großveranstaltungen fällt eine Menge Müll an. Viel Abfall könnte vermieden werden, wenn bei Veranstaltungen dieser Art Mehr- statt Einweggeschirr benutzt werden würde. Befragt wurden acht Jugendliche und junge Erwachsene, wie sie zur Abfallvermeidung stehen. Fakt ist, dass nur drei Leute der Einwegpappe den Vorzug geben, während fünf von ihnen Mehrwegplastik oder Porzellan präferieren. Ein Problem ist hier aber, dass die Rückgabe von Pfandgeschirr im Trubel der Veranstaltung schwierig sein kann.

Gefragt wurde auch, ob man denn bereit sei, Pfand zu zahlen. Hier meinten nur drei Befragte, nämlich diejenigen, die das Pappgeschirr bevorzugten, dass sie ungern Pfand bezahlen würden. Nur drei der fünf anderen sagten, dass sie ihr Pfandgeschirr zurückbringen, was man sicher als „suboptimal“ bezeichnen muss.

Die Verwendung von Mehrweggeschirr hat natürlich auch ihre Schattenseiten. Der Händler muss etwas für die Reinigung der Teller zahlen; womöglich sogar extra einen Tellerwäscher anstellen. Dafür einen Zuschlag zahlen wollen aber nur die Hälfte der Befragten, und das auch nur, wenn er nicht über 30 Cent liegt. Eine junge Frau will keinen Zuschlag zahlen, da der Händler auch weniger für die Entsorgung seiner Abfälle zahlen müsste, was ihm ja einen Vorteil beschere.

Und da ist auch das nächste Problem: der Abfall. Besonders auf den Wiesen und Plätzen abseits der Feste türmte er sich auf. Und man muss an der Sehfähigkeit der Mitmenschen zweifeln, denn obwohl der Abfalleimer hoffnungslos überfüllt war, wurde einfach weiter Müll hineingeworfen.

Dazu wurde selbstverständlich auch eine Frage gestellt.

Werfen sie ihren Abfall in die Tonnen, trennen sie vielleicht auch?

Die Antwort darauf war häufig „Ja, aber…“. Alle Befragten sagten, dass sie ihren Müll in die Eimer werfen. Die Meisten wollen ihren Müll sogar trennen, dass tun sie aber nur, wenn sich ihnen die explizite Gelegenheit bietet. Ist keine geeignete Tonne in der unmittelbaren Nähe, wird einfach nicht getrennt.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Maßnahmen wie Geschirrrückgabe und Mülltrennung müssen wesentlich bequemer werden, damit sie bei den Besucher/-innen von Großveranstaltungen Fuß fassen können. *Joshua Woller*

Großstadtdschungel und grüne Ruheoasen

Gewinner des Hofwettbewerbes stehen fest

Die Würfel sind gefallen! Die Gewinner des von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der GRÜNEN LIGA Berlin ausgelobten Wettbewerbs „Grüne Höfe = Gutes Klima“ stehen fest. Aus der Vielzahl an Bewerbungen, die in den vergangenen Wochen bei der GRÜNEN LIGA eingegangen sind, hat die Jury 12 Höfe am 8. Juli gekürt.

Die Jury bestand aus zahlreichen Expert/-innen aus den Bereichen Gartenbau, Garten- und Landschaftsplanung sowie Stadtentwicklung. Beate Profè von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung leitet hier das Referat für Freiraumgestaltung und Stadtgrün. Sie hob bei der Jurysitzung hervor, dass die Anzahl der eingegangenen Bewerbungen für Berlin beeindruckend sei. Rechnet man die Fläche aller eingesendeten Höfe zusammen, so kommt man auf mehr als 26.000 Quadratmeter. „Die eingereichten Beiträge zeigen ein breites Spektrum an Ideen für die nachhaltige Begrünung von Hinterhöfen in der Stadt. Die Arten der Umsetzung zeigen eine Vielzahl an Möglichkeiten auf, wie die Stadt selbst mit geringen Mitteln nicht nur grüner, sondern auch lebens- und liebenswerter gestaltet werden kann“, so Ulrich Nowikow, Leiter der Jury.

Allen Jurymitgliedern wurden die Finalisten in kurzen Zusammenfassungen vorgestellt. Professorin Cordula Loidl-Reisch von der Technischen Universität Berlin zeigte sich von den Einsendungen und der Leidenschaft der Hofgärtner beeindruckt und freute sich über die vielseitig, liebevoll und aufwendig gestaltete Gesamtpräsentation.

Beatrix Zeiske vom Rundfunk Berlin-Brandenburg saß ebenfalls in der Jury und konnte als erfahrene Redakteurin der Sendung „Gartenzeit“ die einzelnen Beiträge sehr genau analysieren und bewerten. Der Jury gehörten auch Vertreter der Unternehmen an, die Sachpreise für die Gewinner stiften: Stephanie Schmidt von ENTEGA und Bernhard Furtner, der „Pflanzendoktor“ im Gartencenter „Der Holländer“.

Höfe als Begegnungsstätte aller Hausbewohner

Die Höfe, die in die engere Auswahl kamen, verteilen sich über ganz Berlin. Beachtlich ist, dass viele Höfe tatsächlich eine lebendige Begegnungsstätte aller Hausbewohner sind, die gemeinsam an dem Hof und der Begrünung arbeiten. Ein Hof, der in die engere Auswahl gelangt ist, befindet sich an der Rostocker Straße in Moabit. Hier fällt besonders auf, dass die Begrünung und Pflege des Hofes durch Anwohner aus der Nachbarschaft erfolgt und somit einen wichtigen Wettbewerbspunkt erfüllt: Die Integration verschiedener Nationalitäten und Altersklassen.

Pflanzenvielfalt und Farbkontraste genießen die Bewohner an der Jägerstraße 22 in Berlin-Mitte täglich

Foto: Ursula Seriot

Als einladende Visitenkarte präsentiert sich der Vorgarten des Hauses an der Pankower Heynstraße

Foto: Georg Gaisser

Ruhe im Großstadtdschungel - der Hof in der Wönnichstraße als Zufluchtsort der Bewohner vor Lärm und Hektik der Haupstadt

Foto: Daniel Kubiak

Einen ganz anderen Hintergrund hat der Wettbewerbsbeitrag aus der Bernkasteler Straße in Weißensee. Der „offene Garten“ ist Teilprojekt des Kultur- und Bildungszentrums (KuBiZ) Weißensee, unter dessen Dach soziale, kulturelle und edukative Projekte geführt werden. Bei dem Projekt wurde ein ehemaliger Schulhof entsiegelt und zu einem Garten mit Gemüsebeeten und einer Streuobstwiese umgestaltet. Der Garten hat sich zu einer „offenen, selbst organisierten Plattform“ für vielfältige Nutzungen entwickelt.

Die Bewohner der Heynstraße 20 in Pankow haben einen ehemals verwahrlosten Hof zu einer grünen Oase der Ruhe umgestaltet. Das Projekt beinhaltet die Gestaltung von zwei Höfen und zwei Vorgärten. Anliegen der Eigentümer ist es, die versiegelten und verwahrlosten Höfe in hochwertige Gärten umzuwandeln. Heute kann der Hof sowohl von den Bewohner/-innen als auch von den Beschäftigten der ansässigen Büros genutzt werden. Durch diese Mischung ist das Areal zu einer besonderen Art von Begegnungsort geworden.

In der Pflugstraße in Mitte ist ebenfalls ein Hof, der durch die große Zahl beteiligter Akteure hervorsticht. Es sind über 200 Personen mit dem 2.300 Quadratmeter großen Gelände beschäftigt. Das Projekt besteht aus drei Teilbereichen. Der größte, zentral gelegene Hof führt zu zwei benachbarten Friedhöfen. Im Zuge der Modernisierung des Altbaus fand eine Neuplanung der Außenanlagen statt, an der sich die Bewohner beteiligen konnten. Teilbereiche wurden entsiegelt. Es entstanden neue Wegeflächen, Spielbereiche, ein überdachter Fahrradstellplatz und viele Beete. Außerdem wurden Obstbäume und Beerensträucher gepflanzt. Gepflegt wird der Hof von den Bewohner/-innen.

Im Ergebnis des Hofwettbewerbes wurden 12 Preise und 9 Anerkennungen festgelegt. Es handelt sich dabei um Geldpreise, Pflanzengutscheine, Bodenproben und Gartenberatungen vom Pflanzencenter „Der Holländer“ verbunden mit einer halbjährigen Beratung durch einen Experten vom Pflanzendoktor; Bäume aus der Aktion „Holywood - 10.000 Bäume für Berlin“ der Firma ENTEGA, außerdem weitere Pflanz- und Beratungsgutscheine. Der Gesamtwert der Preise beträgt 7.000 Euro. Diese werden am 1. September auf einer festlichen Veranstaltung überreicht.

Die Preise sollen den Gewinnern helfen, ihre Höfe noch schöner und grüner zu gestalten und so einen weiteren Beitrag für ein besseres Klima in der Hauptstadt zu leisten.

Stefan Weyer-Geers
www.hofbegruenung.grueneliga-berlin.de

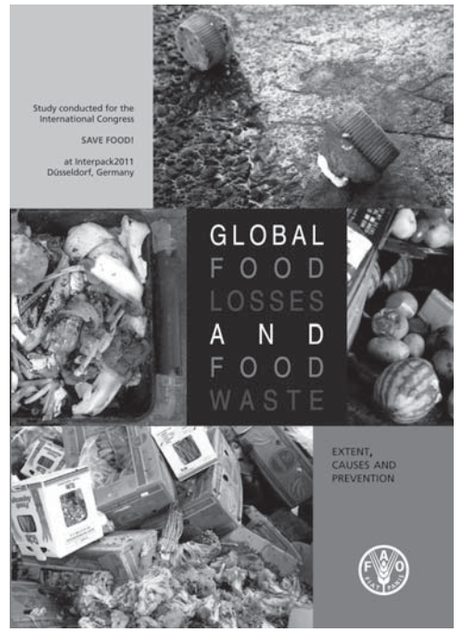
Weniger Verschwendung hilft nicht gegen Hunger

Wenn wir weniger Lebensmittel wegwerfen, werden mehr Hungernde satt - oder doch nicht?

Ausgerechnet bei der Leistungsschau der globalen Verpackungsindustrie, der Messe Interpack2011 im Mai in Düsseldorf, stellte die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation FAO bei einer Konferenz mit der Aufforderung „Save Food!“ eine Studie über „Ausmaß, Ursachen und Verhinderung von Nahrungsmittelverlusten und -verschwendung weltweit“ vor (*). Für den Partner Verpackungsindustrie war es natürlich eine PR-Steilvorlage, als UN-geadelter Helfer im Kampf um mehr Nahrung und weniger Hunger in der Welt fungieren zu dürfen. Denn dies war die Message: Wenn nicht so viel Nahrungsmittel zwischen Feld und menschlichen Mägen verloren gingen, müssten nicht nur weniger Land, Wasser und andere Ressourcen verbraucht und Treibhausgase freigesetzt werden - es gäbe dann auch weniger Hunger.

Zwar griff die FAO damit ein echtes Problem auf, einen Skandal von gewaltigem Ausmaß - nur leider, wie so oft, mit Scheuklappen gegenüber den wirklich entscheidenden Ursachen, was wiederum zu Schmalspurlösungen führt, die sich weitgehend auf Kosmetik und Oberflächenbehandlung beschränken. Die Studie schätzt, dass etwa ein Drittel der Nahrung, die für den menschlichen Verbrauch erzeugt wird, weltweit verloren geht. In den reicheren Ländern würden annähernd so viel Lebensmittel weggeworfen, wie in Afrika südlich der Sahara erzeugt werden. In ärmeren Ländern dagegen sind es vor allem Nachernteverluste bei der Lagerung oder beim Transport auf dem Weg zum Verbraucher, die die Verfügbarkeit schmälern - insgesamt allerdings weitaus weniger als die Mengen, die Verbraucher und Handel in die Tonne hauen.

Um der ländlichen Bevölkerung in ärmeren Ländern zu helfen, empfiehlt die FAO eine bessere Integration der Agrarproduktion in die Versorgungskette, bis hin zum Export. Mehr Kühlwagen, bessere Straßen für raschen Transport auf die Märkte und die Vertragslandwirtschaft würden - so die Hoffnungen - dazu führen, dass mehr Produkt zu Geld gemacht werden kann und folglich Armut und Hunger zurückgehen. In den meisten Fällen sind solche grandiosen Entwürfe aber gar nicht notwendig, sondern reichen einfache, preiswerte Maßnahmen wie verbesserte Vorratshaltung oder der Anbau weniger verderblicher Produkte, um Versorgung und Ernährung in den ländlichen Regionen zu verbessern.



Studie: www.fao.org>Publications

Am anderen Ende der Versorgungs- und Nahrungsmittelkette, wo die FAO mal wieder vor allem die Verbraucher als die Hauptschuldigen ausmacht, weil sie sich mehr in den Kühlschrank knallen als sie futtern können, empfiehlt die Studie, das Bewusstsein in der Nahrungsmittelindustrie, im Einzelhandel und bei den Verbrauchern für einen weniger verschwenderischen Umgang mit Nahrungsmitteln zu fördern und für überschüssige Lebensmittel andere Verwendungsmöglichkeiten als die Tonne oder die Tiermast zu suchen. Das könnte immerhin dazu führen, dass die ‚Tafeln‘ in den Industrieländern unter der Last des Angebots zusammenbrechen würden - für die Hungernden in den Ländern des Südens wäre das allerdings keine Lösung.

Keine Agrarindustrie ohne Müllproduktion

So berechtigt die Empörung darüber ist, dass Lebensmittel und natürliche Ressourcen massenhaft verschwendet werden und der Klimawandel beschleunigt wird - die Abfallproduktion gehört nun mal zur industriellen Nahrungsmittelerzeugung. Das fängt bei der Landwirtschaft an, die mit Maschinen und fossiler Energie auf immer größeren Flächen immer mehr produzieren muss. Dabei geht es weniger um menschliche Ernährung, geschweige denn um die Beseitigung des Hungers, sondern um das Streben nach mehr Profit. Und wenn er nicht mit Brötchen, Viehfutter oder Agrartreibstoffen realisiert werden kann, dann landet der Rest der Produktion halt auf der Kippe, wobei nicht selten Subventionen helfen, den Verlust zu mindern. Der Beifang der internationalen Trawlerflotten, der wieder ins Meer geschüttet wird, könnte für Millionen Menschen eine bessere Eiweißversorgung sicherstellen.

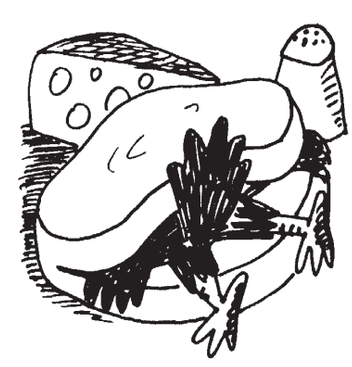
Die Qualitätsanforderungen der EU für Agrarprodukte, die nicht nur dem Verbraucherschutz, sondern auch dem Schutz der eigenen Märkte gegen unerwünschte Konkurrenz dienen, erklären weitere Millionen Tonnen zu Ausschuss. Die Konzentration der Verarbeitungsindustrie auf „hochwertige“ Produkte wie Hühnerbrust und -schenkel verwandelt Flügel und Füße in Restfleisch, das entweder im Viehfutter landet oder die Existenzbedingungen afrikanischer Geflügelhalterinnen auslöscht. Kurze Verfallsfristen bei verpackten Lebensmitteln sind ein billiger Weg, um den Markt wieder frei zu machen für weiteres Wachstum und kurbeln den Umsatz an.

Diese Beispiele zeigen: Die Ressourcenverschwendung im großen Stil, die Erzeugung unverkäuflicher Produkte und Überschüsse sind existenzieller Bestandteil kapitalistischer Produktionsweise. Parallel zur Herstellung mehr oder minder nützlicher und verdaulicher Waren werden auch wachsende Berge von Abfällen, Ausschuss und Überschuss in allen möglichen Formen produziert - und das durchaus sehr effizient und effektiv. „End-of-the-Pipe“-Vorschläge wie weniger Verschwendung und bessere Nutzung in den Industrieländern helfen dagegen allerdings wenig - und erst recht nützen sie nicht den Hungernden im Süden.

Andere Lösungen sind erforderlich. Zum Beispiel eine Nahrungsmittelversorgung der kurzen Wege, mit saisonalen Produkten, mit überschaubaren Produktions- und Absatzstrukturen, die auf Qualität statt Masse setzen. Sie gilt es zu stärken, sowohl in den Industrieländern als auch in den Ländern des Südens, anstatt zu versuchen, der industriellen Nahrungsmittelerzeugung mit erhobenem moralischem Zeigefinger ihren Wachstumszwang austreiben zu wollen, der doch allemal stärker ist als die FAO, stärker auch als Verbraucher, die - durch Aufklärung „bewusst“ gemacht - beginnen, ihre Einkäufe künftig besser mit ihren Essgewohnheiten abzustimmen. *Uwe Hoering*

www.globe-spotting.de

(*) FAO-Studie: „Global Food Losses and Food Waste - Extent, Causes and Prevention“ (www.fao.org > Publications)



Anzeigen

KÖPENICKER WEINLADEN
Faßverleih und mehr
Mo-Fr 14.00-18.30
Sa 10.00-18.00
Tel. 611 90 09
Köpenicker Straße 8 10997 Berlin-Kreuzberg

Lebensmittelmotten + Kleidermotten
Pflanzenschädlinge + Milben
natürlich bekämpfen mit BIp-Produkten
Biologische Beratung bei Insektenproblemen, Hosemannstr.8, 10409 Berlin
Tel.: 030 42 800 840 Fax-841
www.biologische-beratung.de

Schon den Geldhahn abgedreht?
Soll wirklich die Atomlobby von Ihrem Strombezug profitieren? Wo der Strom herkommt ist wichtig – wo das Geld hingeht noch wichtiger: Wir sind aus einer Bürgerbewegung entstanden und beziehen Ihren ökologischen Strom ausschließlich von Produzenten, die keine Beteiligung von AKW-Betreibern oder deren Tochterunternehmen haben. **Wechseln Sie! Umso schneller, desto besser.**
EWS ElektrizitätsWerke Schönau
• Einziger Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“ (Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
• Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!
• Förderprogramm mit über 750 Anlagen in Bürgerhand
guter Strom. guter Preis Elektrizitätswerke Schönau 07673/888 50 www.ews-schoenau.de

Infodienst Gentechnik

Nachrichten zu gentechnisch veränderten Organismen

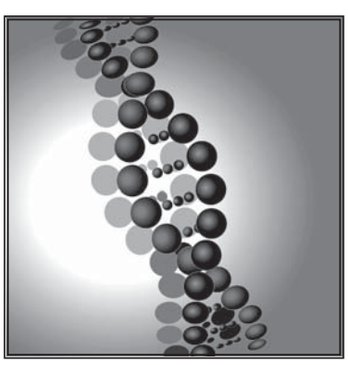
Mit der Überreichung von Urkunden an gentechnikfreie Kommunen machte der bayerische Umweltminister Markus Söder in den letzten Wochen Stimmung gegen Gentechnik. Akteure aus Industrie und Wissenschaft hingegen haben den Kampf um die Gentechnik noch nicht aufgegeben. Sie versuchen mit Diskussions-Veranstaltungen die Bürger/-innen von den angeblichen Vorzügen der Gentechnik zu überzeugen. Das Umweltinstitut München warnt deshalb vor „Pro Gentechnikwochen“ in München und kritisiert gleichzeitig die Verbreitung alter Thesen, die suggerieren wollen, dass mit Gentechnik beispielsweise der Hunger auf der Welt beseitigt werden kann. „Immer mehr Menschen hungern - trotz Gentechnik“, erklärt Gentechnikexpertin Anja Sobczak vom Umweltinstitut.

Odenwälder wollen keine Gentechnik

Zehn Odenwälder Organisationen verpflichten sich mit einer Selbstverpflichtungserklärung dazu, keine gentechnisch veränderten Pflanzen anzubauen. Damit wird erstmals der Beschluss des Kreistages von 2009 umgesetzt, der das Ziel einer gentechnikfreien Region Odenwaldkreis (Hessen) formuliert hatte. Demnach sollen sich Landwirte und Händler freiwillig zusammenschließen, um eine gentechnikfreie Produktion zu garantieren. Zu den Unterzeichnern der „Odenwälder Erklärung für gentechnikfreie Nahrungsmittelerzeugung“ gehören ein Schäferverein, die Arbeitsgemeinschaft Odenwälder Imker, die Landfrauen-Vereinigung, Odenwälder Direktvermarkter sowie der Verein für landwirtschaftliche Fortbildung.

Protest gegen Genkartoffeln in Belgien

Mitte Juni protestierten einige hundert Anwohner, Landwirte und Aktivisten gegen den Versuchsanbau einer Genkartoffel der deutschen Firma BASF in Wettern, im Nordosten Belgiens. Einige Protestierende durchbrachen trotz des hohen Polizeiaufgebots die Sicherheitsabsperrungen und ersetzten Teile der Gentechnikpflanzen mit einer gentechnikfreien Kartoffelalternative, die ebenfalls eine Resistenz gegen Braunfäule aufweist. Die Genkartoffel soll für den menschlichen Verzehr zugelassen werden.



EU ignoriert Gefahren durch Roundup

Das weltweit am meisten verkaufte Spritzmittel Roundup kann die Fruchtbarkeit beeinträchtigen, Krebs auslösen und Missbildungen verursachen. Das haben mehrere aktuelle Studien gezeigt. Laut einem neuen Bericht wussten sowohl die Industrie als auch die EU-Kommission schon seit langem von der Gefährlichkeit des Pestizids. Auch, dass der Wirkstoff schon bei geringen Mengen Schädigungen hervorrufen kann, war wohl bekannt.

Amflora in Schweden angepflanzt

Greenpeace-Aktivisten protestierten bis zum Schluss, doch am 9. Juni setzte die schwedische Polizei die Ausbringung der Gentechnik-Kartoffel Amflora durch. Der Anbau der BASF-Genkartoffel wurde letztes Jahr in der EU zugelassen. Dennoch wachsen nur wenige der Genknollen. Dieses Jahr sind lediglich zwei Hektar in Sachsen-Anhalt sowie die Felder in Schweden für den Amflora-Anbau angemeldet.

Gen-Snacks in Berliner Videotheken

Schlechter Film für die Mitarbeiter der Video World-Filiale in der Berliner Torstraße: Greenpeace-Aktivisten standen am 16. Juni vor dem Laden und protestierten gegen die dort verkauften Snacks aus gentechnisch veränderten Zutaten. In 26 von 36 Berliner Video World-Filialen fand Greenpeace Chips und Schoko-Snacks mit Gentechnik-Kennzeichnung. Besonders misstrauisch wurden die Aktivisten, als einige Produkte in der einen Filiale gekennzeichnet waren und in einer anderen nicht.

Vorreiter bei gentechnikfreien Regionen

Anlässlich einer NABU-Tagung am 21. Juni in Berlin betonte Staatssekretär Daniel Rühmkorf die Bedeutung der gentechnikfreien Regionen in Brandenburg: „Brandenburg war ein Vorreiter bei den gentechnikfreien Regionen und das soll auch so bleiben“, so Rühmkorf. Sowohl Verbraucher als auch die Politik müssten klare Zeichen gegen Gentechnik setzen, da gentechnisch veränderte Pflanzen unvorhersehbare Gefahren für die Umwelt mit sich bringen.

Warnung vor Giften in Nahrungsmitteln

Bisher wurden die Gesundheitsgefahren durch das Spritzmittel Roundup unterschätzt. Doch nun häufen sich Berichte, nach denen der Wirkstoff Glyphosat auch in die menschliche Nahrungskette gelangt. Wegen alarmierender Krankheitssymptome bei Nutztieren hat die Universität Leipzig Futtermittel für Nutz- und Haustiere untersucht und darin Rückstände des Spritzmittels gefunden. Der NABU kritisiert, dass es bisher keine Vorsorgemaßnahmen für Verbraucher gibt und hat sich deshalb mit einem Brief an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner gewandt.

Bürgerinitiative weist Ehrung zurück

Die Bürgerinitiative „Müritzregion gentechnikfrei“ sollte von der SPD des Müritzkreises wegen ihrer ehrenamtlichen Aktivitäten ausgezeichnet werden. Doch die Initiative hat beschlossen, die Ehrung nicht anzunehmen und damit gegen die Politik der Landesregierung zu protestieren. Zwar ist Mecklenburg-Vorpommern dieses Jahr frei vom kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Dennoch wird die Gentechnik im Land gefördert. Am AgroBioTechnikum in Groß-Lüsewitz finden nach wie vor Versuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen statt.

Prozess: Angeklagte lassen nicht locker

Der Strafprozess um die Zerstörung des Gen-Weizen-Feldes in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) geht in eine neue Runde. Eine Gärtnerin und zwei Landwirte wurden im November letzten Jahres zu Strafen von rund 300 Euro vom Amtsgericht Aschersleben verurteilt, gegen das sie Berufung eingelegt haben. Im April 2008 sind die Angeklagten zusammen mit anderen Aktivisten auf das Gelände des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben eingedrungen und hatten dort ein Feld mit Gen-Weizen zerstört. Die Aktivisten wollen nun die Rechtmäßigkeit ihres Handelns erneut beweisen.

Simone Knorr
Informationsdienst Gentechnik

Ausführliche und aktuelle Texte:
www.keine-gentechnik.de

RABEN - ABO

Ich bestelle den RABEN RALF

- ab der nächsten Ausgabe
- ab Monat .....

Den Betrag von 20 € (oder mehr) überweise ich jährlich auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin e.V., Nr. 306 05 02 bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00

Verwendungszweck:

“Abonnement RABE RALF“

Bei Beiträgen über 20 € unbedingt auf dem Überweisungsschein den Zeitraum angeben, für den die Zahlung erfolgt. Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn sie nicht gekündigt wird.

Ich habe das Recht, diese Vereinbarung jederzeit aufzukündigen.

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer **Lastschrifteinzugsermächtigung:**
Hiermit bitte ich Sie, widerruflich von meinem Konto:

Kto.-Nr.:.....

Bank:.....

BLZ:.....

ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt jährlich den Betrag von je 20 € als „Abonnement RABE RALF“ für die Versendung der Zeitschrift per Lastschrift einzuziehen. Mir ist bekannt, dass das Kreditinstitut eine Teileinlösung von Lastschriften nicht vornehmen kann. Mir ist ferner bekannt, dass eine Änderung oder Löschung dieser Einzugsermächtigung bis 1 Monat vor Ausführungstermin berücksichtigt wird:

.....
Datum Unterschrift

Verschenken!

Der RABE geht nicht an mich, sondern an:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

GÜNE LIGA Berlin e.V.
Redaktion DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
raberalf@grueneliga.de
Fax: 030/44 33 91 33

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

„Wer Genfood zulässt, verletzt die Menschenrechte“

Warum sie Deutschland bei der UNO verklagt hat, erläutert Christiane Lüst von der Aktion Gen-Klage im Interview

Frau Lüst, Sie haben die Bundesrepublik Deutschland vor dem UN-Menschenrechtsausschuss in Genf verklagt. Warum?

Weil die Nutzung von Gentechnik zur Erzeugung von Nahrungsmitteln die Menschenrechte von Konsumenten, Imkern und Landwirten in Deutschland verletzt. Deutschland hat mit rund 150 anderen Ländern den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert. Speziell geht es um die Rechte auf Nahrung, auf Selbstbestimmung der Völker, auf Gesundheit und auf Freiheit der Wissenschaft und Forschung. Das beinhaltet auch die Pflicht der Staaten, eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen zu fördern und die Verbraucher vor Desinformation und gesundheitlich bedenklichen Nahrungsmitteln zu schützen.

In Deutschland werden kaum noch Genpflanzen angebaut. Ist Ihre Klage damit nicht überflüssig?

Im Gegenteil: Langsam aber sicher öffnen wir der Gentechnik Tür und Tor. Nehmen wir die Freilandforschung: auf wie viel Hektar jedes Jahr neue Gentech-Pollen in Umlauf kommen, die nie wieder rückholbar sind! Bienen haben einen Einzugsradius von rund sechs Kilometern, damit sind alle Sicherheitsabstände eine Farce. Gegen den Imker Karl-Heinz Bablok wurde ein Grundsatzurteil gefällt, das klarmacht, wo es langgehen soll: Ein Freilandversuch des Freistaats Bayern kontaminierte seinen Honig. Den sollte er auf eigene Kosten als Sondermüll entsorgen. Er klagte auf Schadenersatz, doch das Gericht war der Ansicht, er müsse seine Bienen woanders hinbringen oder wegziehen. Schon heuer sind sieben Prozent des Maissaatguts kontaminiert, obwohl MON 810 seit zwei Jahren verboten ist und wir - bisher noch - die Nulltoleranz bei Saatgut haben. MON 810 soll außerdem EU-weit wieder zugelassen werden. Das Thema ist nicht vom Tisch. Immer mehr Genzulassungen werden auf EU-Ebene erteilt. Deutschland ist in der EU einer der stärksten Befürworter der Gentechnik! Oder nehmen wir die Genkartoffel Amflora, die immer noch erlaubt ist, obwohl ihre Antibiotikaresistenzen sogar gegen EU-Recht verstoßen. Oder das Genfutter, das wir aus Südamerika für unsere Tiere importieren. Damit ist Gentechnik in fast allen Nahrungsmitteln enthalten.

Haben Sie denn auch Nachweise für die Gefahren durch Gentechnikpflanzen?

Dazu gibt es mittlerweile viele Studien und - noch wichtiger - Praxiserfahrungen aus Ländern wie Indien und Argentinien. Dort werden die Menschen krank, bekommen Krebs, Frauen werden unfruchtbar, Neugeborene sind missgebildet. Auch Haustiere verenden, die Böden sind unfruchtbar, das Trinkwasser verseucht. In Argentinien ist die Armutsrate seit Einführung von Gensoja drastisch gestiegen. Auch die wissenschaftlichen Studien zeigen, dass Genfood zu Zelltod, Krebs, Missbildungen und Tod führen kann, immer häufiger auch beim Menschen. Entgegen allen Aussagen von Industrie und Politik ist bewiesen, dass sich durch Genfood gefährliche Rückstände im Körper anreichern. Die neueste Studie aus Kanada fand bereits Giftstoffe aus der Gentech-Landwirtschaft im Blut von Schwangeren und Embryonen.

Ihre Initiative hat vor dem Ausschuss auch gegen andere Staaten geklagt. Was kam dort heraus?

In Indien hatten wir den ersten großen Erfolg: Die UNO hat anerkannt, dass die Einführung von Gensaatgut die Armut verschlimmert hat. Die Regierung wurde aufgefordert, die Bauern zu unterstützen, damit sie vermehrungsfähiges Saatgut kaufen und ihre Abhängigkeit von den Konzernen beseitigen können. In Brasilien erhielt die Regierung eine Aufforderung zum Stopp der Urwaldabholzung - die in der Regel für Gensoja-Plantagen erfolgt und die Lebensgrundlagen der indigenen Völker und Kleinbauern zerstört. Letztes Jahr in Kolumbien forderte der UN-Ausschuss, dass die Regierung die Nahrungsproduktion für den Eigenbedarf an die oberste Stelle stellt - und nicht für den Export. Darunter fällt auch Anbau von Genmais, der sich dort immer mehr ausbreitet und die alten Maissorten zerstört.

22.Januar in Berlin: Demonstration „Wir haben es satt“ - Nein zu Gentechnik

Foto: Elisabeth Meyer-Renschhausen

Die Regierungen haben jeweils fünf Jahre Zeit, um Maßnahmen zu ergreifen. Glauben Sie, dass sich an der derzeitigen Politik etwas ändert?

Das wird sehr schwierig. Solche Staaten arbeiten mit Großgrundbesitzern zusammen, die am Export verdienen - was die ganze Misere mit Landlosigkeit, Vertreibungen und Urwaldabholzung mit sich bringt. Da gibt es viele rechtsfreie Räume. Oder die Staaten müssen sogar auf Druck von Ländern wie Deutschland für ihre wachsenden Auslandsverschuldungen Devisen erwirtschaften. Oftmals sind es leider auch unsere Exportsubventionen, die dort die Märkte mit billigem Fleisch oder Getreide zerstören. Ebenso unsere Forschungsgelder. Aus Mexiko berichten Insider, dass die dortige Saatgutforschung, die von Deutschland mitfinanziert wird, vor allem die „positiven“ Seiten von Genmais herausfinden soll.

Aber Deutschland wird doch reagieren müssen?

Nicht ohne Druck von uns als Konsumenten und Wähler. Zuerst müssen wir die Ausschussdokumente auf Deutsch einfordern. Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Entscheide zu verbreiten. Bisher ist das mangels Interesse und Nachfrage kaum passiert. 2001 haben wir die Regierung das erste Mal dazu gezwungen. Erst wenn ihr auf jeder Veranstaltung entgegengehalten wird, dass sie ja dem Pakt verpflichtet ist, wird sie etwas tun. Politik reagiert nur auf Druck.

Was wünschen Sie sich von der Öffentlichkeit?

Unterstützung! Die Bundesrepublik fordert gern von anderen Ländern die Menschenrechte ein. Es hilft uns sehr, wenn jetzt öffentlich diskutiert wird, dass auch die deutsche Regierung den Menschenrechten nicht gerecht wird. Helfen würde auch, wenn die 80 Prozent der Verbraucher, die gegen Gentechnik sind, keine mit Genfutter hergestellten tierischen Produkte mehr kaufen. Dann würde die Politik von selbst nachziehen.

Christiane Lüst leitet in Gauting bei München ein Umweltzentrum. Sie hat die Aktion Gen-Klage gegründet, um EU-Neuzulassungen von Genpflanzen auf juristischem Weg zu stoppen.

Interview: Matthias Bauer

Weitere Infos:
Aktion Gen-Klage
Tel. 089/ 89311054
christiane.luest@t-online.de
www.stopptgennahrungsmittel.de

Christiane Lüst

Foto: Peter Lüst

Mitentscheiden und Mitverantworten

Stadtgespräch Berlin stellt Memorandum zur bürgerschaftlichen Mitverantwortung vor

Wahlzeiten sind Chancen für Veränderungen und für den Versuch, Neues zu wagen. Interessant ist, dass alle politischen Parteien die stärkere Einbeziehung der Bürger/-innen ganz oben auf ihrer politischen Agenda darstellen. Die CDU schreibt: „Die Zukunft Berlins fängt bei den Bürgern an“, die Grünen wollen „*mit* der Stadt regieren und mehr echte Demokratie wagen“, die Linkspartei möchte „Mehr an öffentlicher Beteiligung Aller“ und die SPD schreibt: „Wir laden ein zur Partizipation, zur Mitwirkung, denn wir arbeiten bürgernah daran, die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik zu überwinden“. Die Fragen sind nur, warum sie es bisher nicht praktiziert haben und wie sie die Einbeziehung konkret gestalten wollen. Erst hier wird es interessant!

Das Stadtgespräch Berlin, ein Zusammenschluss von Bürger/-innen dieser Stadt, hat da Interessantes zu bieten: ein Memorandum zur bürgerschaftlichen Mitverantwortung. Die Analyse wird sicher von vielen geteilt. Dass Politik, Verwaltung und Entscheider sich in eine gravierende Vertrauenskrise laviert haben, ist offensichtlich. Massenproteste zum Atomausstieg, die lebhafte Flugroutendiskussion oder der erfolgreiche Volksentscheid Wasser, dem mehr Bürger/-innen zugestimmt haben als beiden Regierungsparteien, SPD und Linkspartei bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen zusammen, sprechen eine deutliche Sprache. Zwischen dem Wahlbürger auf der einen Seite und dem in Plebisziten sich die Entscheidungsmacht zurückholenden Bürger auf der anderen Seite klafft offensichtlich eine Lücke, die geschlossen werden muss. Die Parteien haben das erkannt, haben aber keine realitätstauglichen Rezepte. So dienen die meist viel zu späten Beteiligungsversuche in Flugroutenforen oder Bürgerwerkstätten eher der Schadensbegrenzung und der Akzeptanzbeschaffung. Floskeln wie „wir müssen die Bürger mehr mitnehmen“ bringen dieses verbal zum Ausdruck.

Gefragt sind neue Formen und Methoden bürgerschaftlicher Mitverantwortung und aktiver Mitwirkung. Das Memorandum arbeitet dafür nun sieben Gebote heraus, welche in jedem Fall einzuhalten sind. Nur Verfahren, die sich diesen Grundsätzen unterwerfen, verdienen das Prädikat einer echten bürgerschaftlichen Mitverantwortung. Zu den Geboten gehören die unmittelbare Teilnahme der endgültigen Entscheider am Verfahren, die Verbindlichkeit der Verabredungen und die Öffentlichkeit des Verfahrens. Diese Gebote werden am 12. September mit allen politischen Parteien öffentlich diskutiert. Sie sollen nach den Wahlen eine echte Beteiligung der Bürgerschaft sicherstellen.

Das Stadtgespräch Berlin erörtert seit etwa drei Jahren für die Stadt wichtige Zukunftsthemen in Arbeitsgruppen und öffentlichen Veranstaltungen. Beispiele sind die Reihe „Stadtgespräch Wasser“, wo es um die Sicherung unseres Lebensmittels Nr.1, aber auch um die Qualitätsverbesserung unserer Flüsse und Seen geht oder der Aktionstag „Unsere saubere Stadt“ am 17. September, wo sich Bürger/-innen ganz praktisch um ihren Kiez und ihre Stadt kümmern. Mitentscheiden und Mitverantworten sind dabei zwei Seiten einer Medaille. In den Stadtgesprächen haben wir Erfahrungen mit der Frage ernsthafter Mitverantwortung von Bürger/-innen an der Entwicklung ihrer Stadt gesammelt. Darauf können alle Willigen aufbauen - wenn sie keine besseren Vorschläge haben. Hinter diese Grundsätze sollte bürgerschaftliche Mitverantwortung nicht mehr zurückfallen.

Stefan Richter
Geschäftsführer GRÜNE LIGA Berlin
Kerngruppe Stadtgespräch Berlin

Stadtgespräch: „Bürgerschaftliche Mitverantwortung ernst nehmen“

12. September,18 Uhr

Zur Frage ernsthafter Mitverantwortung von Bürgern an der Entwicklung ihrer Stadt haben wir ein Papier entwickelt, das wir mit allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien erörtern wollen.
Mit den Parteien diskutieren: Volker Hassemer, Sven Iversen, Andreas Kleine-Kraneburg, Urs Kohlbrenner und Stefan Richter.
Moderation: Lea Rosh
Ort: dbb-Club im dbb Forum, ehemaliges „Haus der Demokratie“ Friedrichstraße 169/170 Berlin-Mitte

Infos: stadtgespraech-berlin.de/home

Berliner Wahlen

Am 18. September Umwelt- und Naturschutz sowie Nachhaltigkeit wählen!

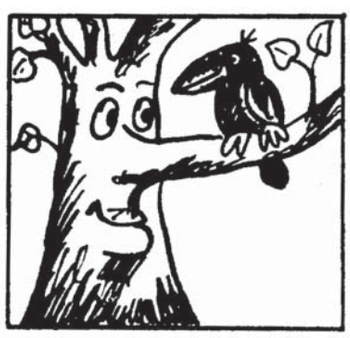
In Berlin werden am 18. September das Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente neu gewählt. Bei diesen Wahlen stellt sich für die Redaktion des RABEN RALF vor allem die Frage: Was sind die Forderungen und Ideen der Parteien im Bereich der Umweltpolitik?

Da gibt es seit den letzten Wahlen 2006 viele ungelöste Fragen. So wurden wichtige Entscheidungen wie zum Beispiel beim Klimaschutzgesetz oder über den umstrittenen Weiterbau der Stadtautobahn A100 von Neukölln nach Treptow einfach vertagt.

Ein weiteres Thema ist die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 für Berlin. Hier hat das Abgeordnetenhaus 2006 in einem Beschluss die „Berlin-Agenda“ zum Leitbild der Berliner Politik erklärt.

Der Verein Berlin 21 wandte sich deshalb vor wenigen Wochen mit Fragen zur Wahl an die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. Es ging darum zu erfahren, welche Schritte zur Umsetzung der „Berlin-Agenda“ bisher unternommen wurden und wie sich die Parteien die zukünftige Umsetzung und Weiterentwicklung der Lokalen Agenda vorstellen. Zu diesem Thema gibt es am **30. August** die Veranstaltung „ Fragen zur Wahl - Berlin 21 diskutiert mit den Parteien die zukunftsfähige Gestaltung Berlins“ *(siehe Kasten)*.

Dies waren nur einige Beispiele für aktuell nicht gelöste Fragen in der Berliner Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Deshalb, am 18. September wählen gehen und die Parteien wählen, die sich umfassend für Umwelt- und Naturschutz sowie Nachhaltigkeit einsetzen! *Jochen Mühlbauer*



Fragen zur Wahl - Berlin 21 diskutiert mit den Parteien die zukunftsfähige Gestaltung Berlins

30. August,
19 bis 21.30 Uhr mit anschließendem Ausklang (Einlass ab 18.30 Uhr)

Ort: DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstraße 1-3, Eingang Kleiststraße 10787 Berlin, Nähe U-Bahnhof Wittenbergplatz

Infos: www.berlin21.net

Bohrinsel Usedom

Hoffentlich sind die Probebohrungen erfolglos

Es handelt sich um einen Konflikt mit vielen Interessen und Problematiken. Usedom ist in unseren Gefilden bekannt für günstigen und schönen Urlaub. „Mal schnell an die Ostsee fahren und Sonne tanken“. Ebenso schätzen Anwohner und Urlauber den Naturschatz der Insel. Hier sind zum Beispiel das Achterwasser und zahlreiche Vogelschutzgebiete zu nennen. Soviel zum Idyll.

Jetzt bohrt CEP *(Central European Petroleum)*! Es handelt sich um ein deutsch-kanadisches Unternehmen mit Firmensitz in Berlin am Alexanderplatz. CEP nimmt alleine für die Probebohrungen etwa 20 Millionen Euro in die Hand. Ab Juli steht für sechs Wochen in Pudagla ein 53 Meter hoher Bohrturm direkt hinterm Deich, direkt im Überschwemmungsgebiet nebst Achterwasser und Vogelschutzgebiet. Tag und Nacht wird gebohrt, Tag und Nacht ist es unter Flutlicht taghell. Das klingt nicht nach einem attraktiven Urlaubziel oder nach einem Lebensraum, wo sich Flora, Fauna und Mensch wohlfühlen.

Dunkle Wolken über Usedoms Achterwasser

Foto: Rüdis Fotos-www.flickr.com

Kohlenwasserstoffe und Geld

Das ist CEP egal. CEP interessiert sich für Öl, genauer gesagt für Geld. 20 Millionen Barrel Erdöl vermutet CEP unter dem Bodden. Da die OPEC vorzuhaben scheint, den Ölpreis erst einmal konstant über hundert Dollar zu halten, durch Beibehalten der Fördermengen, ist es ökonomisch wieder sinnvoll, in den fossilen „Energieträger Nr. 1“ zu investieren.

Der Turm soll laut Planung später nach Lütow umziehen. Hier versiegen die Quellen der DDR-Öllöcher. CEP will die Anlagen in diesem Sinne *repowern*. Auch auf der Halbinsel Gnitz stehen den Insulanern und Touristen also laute und schlaflose Wochen bevor.

Wieso lassen die Bürger des Dörfchen Pudagla einen neuen Bohrstandort auf ihrer geliebten Insel zu; in ihrer direkten Nachbarschaft? Die Antwort ist einfach und niederschmetternd. Sie wurden ganz einfach nicht gefragt und konnten nichts beitragen. Eines Tages schlugen die Pudaglaer den Lokalteil der Zeitung auf und lasen, dass sie einen neuen lärmenden Nachbarn bekommen.

Usedom ist nicht Sylt

Die ZEIT zitiert den Bürgermeister und Projektgegner Fred Fischer: „Wenn die das auf Sylt machten, ginge ein Riesenaufschrei durchs Land.“ Usedom ist nicht Sylt, und deshalb kümmert sich auch keiner richtig darum. In den Medien findet man kaum etwas zum Thema. Die Menschen aus Pudagla sind auf sich alleine gestellt. Sie müssen sich dem Bergrecht beugen. Fred Fischer beschreibt dieses Verhältnis als „David gegen Goliath, Natur gegen Ölmulti“. CEP-Chef Jacobus Bouwman nennt es schlicht „absolute Rechtssicherheit“ (nano-Beitrag „Das Öl von Usedom“, 3sat).

Das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie feiert in einer Pressemitteilung „50 Jahre Erdölförderung in Mecklenburg-Vorpommern“, anstatt sich um Umwelt- und Naturschutz zu kümmern.

Die größte Entscheidungs- und Blockiergewalt hätte jedoch das zuständige Bergamt Stralsund gehabt. Dementsprechend richtet sich auch ein Großteil der Kritik an die Genehmigungsbehörde, die das Bohrprojekt nach Meinung mancher einfach nur durchgewinkt hat.

Kaum Widerstand – wie auch?

Überhaupt vermisst man irgendwie den Biss der potenziellen Bohrgegner. Auf Anfrage bei der Usedom Tourismus GmbH beispielsweise versicherte man, keine Angst vor ausbleibenden Touristen und einem Imageschaden zu haben. CEP gehe „offen“ mit allen Beteiligten um. Es sei alles „eine Frage der Kommunikation“. Ende Juli gebe es einen Termin mit CEP an der Bohrstelle, wo man sich genau ein Bild machen könne, und außerdem laufe das Ganze ja erst an. Als Beispiel nannte man noch den Radweg durch Lütow. Die Radtouristen würden sich nicht an den Ölpumpen stören, so die Mitarbeiterin von Usedom Tourimus GmbH. In der Tourismusbranche reagiert man also abwartend zwischen Gutgläubigkeit und Unaufgeregtheit.

Im Gespräch mit Herrn Dr. Thomas Schröter von CEP stellte sich auf einmal alles ganz anders dar. Ich bekam das Gefühl, dass alle anderen Medienbeiträge falsch beurteilen. Nachdem am Darß, in Barth, die Bohrungen durchgeführt wurden, wartet man auf die Ergebnisse und zog mit dem Bohrturm nach Pudagla um. Der Doktor der Geologie verwies darauf, dass alles noch sehr lange dauern werde.

2013 könnte in Barth frühestens gefördert werden. Auf Usedom werde es eher noch ein Jahr länger dauern. Wichtig war ihm außerdem, dass nicht nur die schmutzige Seite der Erdölförderung dargestellt wird. Schröter stellte fest, dass ohne Kohlenwasserstoffe kein Windrad stehen würde. Damit hat er sicherlich Recht, aber muss man dafür diese bescheidenen Mengen Erdöl anzapfen und eine Havarie riskieren?

Schröter legte seine Sicht der Dinge folgendermaßen dar: **„Erneuerbare sind noch Jahrzehnte entfernt, und Kohlenwasserstoff haben wir!“** Gefragt nach der Akzeptanz teilte Schröter die Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern in zwei Hälften. Die eine Gruppe fände es „ganz Klasse“, denn es werde eine 50-jährige Tradition wiederbelebt. Etwa 50 Prozent der Belegschaft komme aus Usedom, somit entstehen Arbeitsplätze. Die andere Hälfte, laut Schröter „Zugereiste, die sich eine Datsche zugelegt haben“, möchte lieber, dass das Land „strukturschwach“ bleibe, was Umweltverbände wohl als naturnahen Lebensraum bezeichnen würden.

Selbstverständlich soll auch noch die ökologische Seite zu Wort kommen. Der Leiter des Naturparks Insel Usedom, Ulf Wigger, war sichtlich um Objektivität bemüht. Er berichtete sachlich, dass Schröter und Bouwman im Naturpark-Beirat referiert und sich aufs Bergrecht berufen haben. Sie seien sicher und professionell aufgetreten. Kein Wunder bei „absoluter Rechtssicherheit“. Aus Sicht des Naturparks konnte nicht mehr viel verändert werden.

Die einzigen Erfolge seien gewesen, den Transport des Bohrequipments und gegebenenfalls auch der Kohlenwasserstoffe, nicht mit LKWs auf den ohnehin überlasteten Bundesstraßen 110 und 111, sondern mit Flachwasserschuten zu Wasser durchzuführen. Zudem konnte erwirkt werden, dass während der Vogelflugzeit nicht gebohrt werden darf. „Wechselwirkungen auf den Naturraum“ durch Tourismus und die „Bodenschatzkomponente“ seien jedoch unstrittig. Selbst CEP gebe offen zu, dass im „unwahrscheinlichen Havariefall“ auch Öl ins Achterwasser gelangen könne.

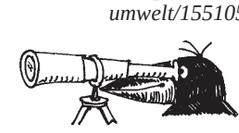
Getrieben vom „monetären Gedanken“

Bei einigen anfänglichen Kritikern sei, getrieben vom „monetären Gedanken“, ein „Sinneswandel“ eingetreten, so Wigger. Viel Widerstand gibt es also nicht mehr. Letztlich seien die Erdölbohrungen „eine Sache, die Usedom nicht gebraucht“ habe und „eine Belastung mehr für den Natur- und Urlauberraum Usedom“.

2014 könnte die Erdölförderung also beginnen und bei Vollausbeutung der Quelle unter dem Bodden können wir in Deutschland das fossile Zeitalter eine gute Woche länger aufrechterhalten, den heutigen Verbrauch vorausgesetzt. Dabei nimmt man wie immer bei solchen Projekten ein unkalkulierbares Risiko für die Natur in Kauf.

Spiegel Online meldete Anfang Juli, dass es „ungefähr einmal pro Woche“ in der Nordsee zu erheblichen Lecks auf Bohrinseln kommt. Vor einem Jahr wäre es in der Nordsee beinahe zu einem ähnlichen Vorfall wie im Golf von Mexiko gekommen. Nun ist die Nordsee nicht Usedom, aber mehr als nachdenklich stimmt es dennoch. *Felix Eick*

nano-Beitrag „Das Öl von Usedom“
3sat:
www.youtube.com/watch?v=6RDC2pEYd2E
www.3sat.de/page/?source=/nano/umwelt/155105/index.html



Teersand-Lobby setzt EU unter Druck

Die kanadische Regierung hofft auf Fortführung der extrem destruktiven Teersandausbeutung

Deutschland und andere europäische Staaten legten im Juli den Entwurf der Europäischen Kommission für die EU-Richtlinie für Kraftstoffqualität vor. Artikel 7a der Richtlinie ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Klimawandel. Demnach müssen Öllieferanten die Erzeugung von Treibhausgas durch ihre Produkte bis 2020 um 6 Prozent mindern (verglichen mit einer Richtlinie aus dem Jahr 2010). Die kanadische Regierung versucht dies zu verhindern.

Die zweitgrößten Ölreserven der Welt liegen unterhalb der natürlichen Nadelwälder der westkanadischen Provinz Alberta. Aber dies ist kein herkömmliches Öl, sondern eine besondere Form von fossilem Öl, das als Teersand bekannt ist. Der Teersand (auch Ölsand genannt) ist eine Mischung aus Lehm, Sand, Schwermetallen und einer teerähnlichen Form von Petroleum, das Bitumen genannt wird. Um dieses Öl zu gewinnen, braucht es riesige Mengen an Wasser und Energie, und die Gewinnung hinterlässt vergiftete Seen und zerstörte Landschaften. Laut James Hansen, Direktor des Nasa Goddard Instituts für Weltraumforschung, sind „die kanadischen Teersande eine der größten Bedrohungen für unseren Planeten" und tragen „zwei- bis dreimal mehr zur globalen Erwärmung bei wie die konventionelle Ölgewinnung".

Streit um den Standardwert für Teersande

Der Entwurf der Richtlinie für Kraftstoffqualität erwähnt explizit den hohen CO_2-Ausstoß bei der Gewinnung von Öl aus den Teersanden. Artikel 7a legt verschiedene Standardwerte für die unterschiedlichen Ölquellen fest, um den Öllieferanten zu helfen, den CO_2-Ausstoss ihrer Produkte zu verringern. So hat zum Beispiel herkömmliches Öl den Standardwert 86g CO_2 eq/MJ (*) während Öl, das aus Kohle gewonnen wird, einen Wert von 172 g CO_2 eq/MJ zugewiesen bekommen hat. Öl aus Teersand hat den Standardwert 107g CO_2 eq/MJ. Die kanadische Regierung streitet dies ab.

Der kanadische Botschafter bei der EU, Ross Hornby, schrieb am 25. Januar 2010 einen Brief an den leitenden Direktor der Umweltbehörde der europäischen Kommission, Karl Falkenberg, in dem er dagegen protestierte, dass in der Richtlinie "eine eigene Kategorie für die Teersande" kreiert werde. In seinem Brief behauptete Hornby, dass der Standardwert 107 für Öl der Teersande nicht "wissenschaftlich fundiert [sei] und nur zu der Diskriminierung der Teersande beitragen würde" Mit anderen Worten, dies wäre eine Handelsbarriere. Überraschend hat sich die Europäische Komission den Einwänden Kanadas gefügt, und der Standardwert für die Ölproduktion aus Teersanden ist aus der Richtlinie verschwunden. Damit wird der Teersand auf der gleichen Ebene bewertet wie die herkömmliche Ölgewinnung.

In den darauf folgenden Monaten verlangten *Greenpeace, Transport & Environment*, der *World Wildlife Fund*, die *Co-Operative und Friends of the Earth Europe*, den speziell für Teersand festgelegten Standardwert wieder aufzunehmen, damit „die Nutzung von Öl mit niedrigeren Treibhausgaswerten" in der EU durch Artikel 7a attraktiv gemacht werde. Diese Organisationen wiesen auch darauf hin, dass Hornbys Bezug auf die "Wissenschaft" nicht auf "unabhängigen oder repräsentativen Studien" basiere. Eine solche Studie, die im Namen der Europäischen Komission ausgeführt und im Mai 2010 vollendet wurde, stellte fest, dass 107g CO2 eq/MJ der korrekte Standardwert für Öl ist, das aus Teersand gewonnen wird.

Fast ein ganzes Jahr der Lobbyarbeit folgte, mit der kanadischen Regierung und großen europäischen Ölkonzernen mit Interesse an Teersanden *(Shell, BP, Total Oil, Statoil)* auf der einen und zivilen Einrichtungen auf der anderen Seite. Am 25. März schließlich verkündete die EU-Klimakomissarin Connie Hedegaard: „Es ist die Absicht der Kommission zu diesem Zeitpunkt, einen Entwurf der Richtlinie für Kraftstoffqualität vorzulegen (...) der die Standardwerte sowohl für Teersand als auch für Ölschiefer enthalten soll".

Die EU-Mitgliedstaaten werden in den nächsten Monaten über den Entwurf beraten. Ohne die Unterstützung einer Mehrheit von Mitgliedstaaten könnte der derzeitige Entwurf mit einem separaten Wert für Teersande am Ende sein. Großbritannien und die Niederlande haben bereits ihre Absicht geäußert, den Entwurf abzulehnen. Von Deutschland wird Zustimmung erwartet, doch auch hier könnte das "Teersand-Team" der kanadischen Regierung noch Einfluss nehmen.

Im Dezember 2009 startete die kanadische Regierung ihre "europäische Teersand-Strategie", um „die Teersand-Interessen Kanadas zu fördern und zu beschützen." Unter der Leitung der kanadischen Behörde für äußere Angelegenheiten war diese Einsatztruppe bereits in Oslo, London, Brüssel und Den Haag aktiv.

Protest vor der kanadischen Botschaft in Berlin gegen den Teersand-Abbau

Foto: Krystal Marois

London am 18.Juni - Internationaler Protesttag gegen Teersand-Abbau

Foto: Julia Spragg

Gezerre um die Richtlinie für Kraftstoffqualität

Das Gezerre um die Richtlinie für Kraftstoffqualität sollte in diesem Herbst zu Ende gehen. Das eigentlich Bizarre an der Sache ist aber immer noch die relativ geringe Menge von Öl aus Teersanden, die in der EU verkauft wird. Warum ist die kanadische Regierung so vehement für eine Änderung der Richtlinie? Rob Renner, der Umweltminister von Alberta, erklärt: „Es hat nichts mit dem Beschützen unseres Kundenstammes [in Europa] zu tun, sondern mit der Tatsache, dass Entscheidungen in Europa Einfluss auf die politischen Entwicklungen in der ganzen Welt nehmen".

Die kanadische Regierung will, dass die EU einen Präzedenzfall für die Teersande schafft. Wenn die EU festlegt, dass Teersande den gleichen CO_2-Ausstoss wie die herkömmliche Ölproduktion haben, könnten andere Länder diesem Beispiel folgen. Alle Zweifel der USA (größter Abnehmer von Teersandöl) über größere Importmengen würden beiseite gefegt.

Die EU hat die einzigartige Chance, mit dieser Richtlinie Geschichte zu schreiben. Den Standardwert für Öl, das aus Teersand gewonnen wird, festzulegen, wird Öl aus dieser Art unkonventioneller Quellen aus der EU fernhalten und wäre ein großer Schritt auf dem Weg, das größte und destruktivste Energieprojekt der Erde endgültig zu beenden: den Teersandabbau in Kanada.

Die Bürger Deutschlands und anderer EU-Mitgliedstaaten sollten ihr Umweltministerium kontaktieren und verlangen, dass ihre Regierung den derzeitigen Entwurf der Richtlinie unterstützt und damit hilft, den Weg in eine sichere, saubere und umweltfreundliche Zukunft auf unserem Planeten zu ebnen.

(*) 86 g CO2 eq/MJ = 86 grams of carbon dioxide equivalents per megajoule

Derek Leahy

Weitere Infos:
Derek.ourdecade@gmail.com
www.stoptarsands.eu

WWF - Vorwürfe

Entweder Betrug oder Diffamierung

Das Erste, was man sich nach dem Dokumentarfilm „Der Pakt mit dem Panda“ fragt, ist: „Kann das wirklich sein?“. Kann es sein, dass die größte Umweltschutzorganisation mit dem wohl seriösesten und besten Image so fernab von den Interessen ihrer fünf Millionen Mitglieder agiert hat?

Es fällt einem schwer, diese „Institution der Umwelt“ anzugreifen, ihr überhaupt etwas vorzuwerfen. Zu groß war der Glaube an den *World Wide Fund For Nature*, an den lieben Panda. Dennoch war die zweite Frage sogleich: „Kann es sein, dass sich ein dreifacher Grimme-Preisträger, wie Wilfried Huismann, dazu versteigt, grundlos den WWF derart in den Dreck zu ziehen? Welches Interesse hätte er daran? Sollte sich bestätigen, dass alle seine Vorwürfe an den Haaren herbei gezogen sind, könnte er seine berufliche Zukunft wohl vergessen. Das riskiert doch niemand.

Man kann auch mal etwas falsch verstehen, aber es handelt sich in der Tat um eine Fülle an Vorwürfen und belastenden Aussagen. Man muss sich also entscheiden. Entweder bezichtigt man den *World Wide Fund For Nature* der übertriebenen Wirtschaftsnähe und des Betrugs seiner Mitglieder oder man wirft dem Regisseur vorsätzliche Diffamierung des WWF vor.

Mangelnde Professionalität ist Fakt

Neben den Beschuldigungen der Begünstigung von Regenwaldabholzen für Palmölplantagen und dem damit verbundenen Grünwaschen der beteiligten Unternehmen, den Vorwürfen zum umweltschädlichen Tigertourismus und den Anschuldigungen zur Zusammenarbeit mit dem Gengiganten Monsanto ist doch eigentlich das Erschütterndste der „PR-Gau“ auf dem Weltkongress der Bio-Ethanol-Industrie namens Dörte Bieler.

Erst bietet sie der Industrie eine Zusammenarbeit *in punkto* Landopferung für Energiepflanzenanbau an, und danach folgt ein haarsträubendes Interview für Wilfried Huismanns Film. Ihr fällt auf Nachfrage kein Beispiel für gute Arbeit des WWF ein. Sie lässt es so aussehen, als habe der WWF keine Meinung zu genmanipulierten Pflanzen. Die Unsicherheit und zugleich Arroganz, mit der die Zuständige für Biomasse des deutschen WWF, Bieler, sich ausdrückt, ist unprofessionell und unsympathisch. So kann man nicht auftreten. In seinem Faktencheck entschuldigt der WWF dies damit, dass Bieler noch neu und unerfahren sei.

Auch andere Mitarbeiter wie zum Beispiel Amalia Prameswari vom WWF Indonesien, die sich um die Zusammenarbeit mit dem Palmölproduzenten Wilmar kümmert, wirken kaum kompetenter und informierter. Das ist wirklich peinlich.

Der WWF behauptet in der Unterüberschrift, dass sein Faktencheck die Aussagen des Films widerlegen würde. Dies ist nur bedingt der Fall. Auch die Videos der zuständigen Mitarbeiter sind eher voll von Emotionalität und Betroffenheit, als entkräftende Fakten zu liefern.

Sicherlich wird der Film an der einen oder anderen Stelle überzeichnen. Es ist beispielsweise nicht richtig, wenn man Interviews mit Indigenen aus älteren Filmen übernimmt, um seine Aussage zu unterstreichen und den WWF zusätzlich schlecht da stehen zu lassen. Auch die Aufarbeitung der Vergangenheit des WWF, seine Gründung, erscheinen suggestiv und ridikülierend. Dass der Ehrenpräsident Prinz Philip auch Präsident des Internationalen Reitsportverbandes war oder die Anekdote, dass die Gründung beim Segeln besprochen wurde, tun nichts zur Sache.

Außerdem ist es bedauerlich, dass der WWF zwölf Stunden braucht, um diese sieben kurzen Absätze, großspurig als Faktencheck deklariert, zusammenzuschreiben. Mittlerweile reagiert der WWF mit Anrufen. Alle, die aufgrund ihrer Unzufriedenheit beim WWF kündigen, werden telefonisch von angeworbenen Schülern und Studenten kontaktiert, damit die Spender nicht davonrennen. Aufgrund des unbefriedigenden Gesprächsleitfadens dürfte diese Maßnahme den Kündigenden eher noch darin bestätigen, sein Geld lieber einer anderen Umweltschutzorganisation zu geben. Es gibt viele andere unterstützenswerte Nichtregierungsorganisationen, die sich um Tier- und Regenwaldschutz bemühen. Man behauptete am Telefon, dass ARD und WDR die mit dem Film verbundenen Vorwürfe allesamt zurückgenommen hätten.

Es ist sicherlich empfehlenswert, die Dokumentation in viele Sprachen zu übersetzen, damit sich WWF-Spender in aller Welt ein Bild von den möglichen Methoden machen können. Bisher treten die WWF-Mitglieder beinahe nur in Deutschland aus. Genaue Zahlen gibt es natürlich nicht, aber selbst in der Schweiz gab es eine Woche nach Ausstrahlung „Des Paktes mit dem Panda“ laut Aussage des Chef des WWF Schweiz, Hans-Peter Fricker, bereits vierzig Austritte. In Deutschland dürften es erheblich mehr werden.

Der eigentliche Fehler des WWF ist jedoch schnell gefunden. Mit solchen Konzernen kann man einfach nicht verhandeln wollen. Monsanto würde am liebsten den ganzen Regenwald abholzen, um überall Genmais und –soja anzubauen. Sie haben kein Interesse an Regenwaldschutz. Es ist vermessen vom WWF, Monsanto ins Gewissen reden zu wollen. Die Energie hätte besser in die Organisation einer Kampagne zum Erwerb von Regenwaldflächen gesteckt werden sollen. Den Schulterschluss mit der Wirtschaft zu suchen ist richtig, aber Monsanto und Wilmar sind zu große Tiere für den Panda.

Es gilt den Panda zu hinterfragen

Foto: mag3737-www.flickr.com

Bitte weiter Regenwald schützen!

Ganz wichtig ist, dass sich alle Spender weiterhin engagieren, dass sie nicht den Glauben an Umweltschutzorganisationen an sich verlieren, sondern wenn, dann nur an den WWF. Es ist ja schließlich immer noch genauso wichtig wie vor der WWF-Affäre, Regenwälder, andere Ökosysteme, Artenvielfalt und die Rechte Indigener zu schützen. Die Sache ist wichtig, die Organisation nebensächlich.

Der WWF hat so oder so an Glaubwürdigkeit und Vertrauen verloren. Kaum jemand verteidigt ihn. Schon Anfang Juli hielt der WWF es selbst es nicht mehr für nötig, sich zu verteidigen. Auf der Startseite des WWF wird mit dem ersten Post schon wieder für die Tigerkampagne geworben. Unten rechts prangt in kleiner Schrift noch selbstbewusst „Der WWF klärt auf“. Scheinbar macht der WWF weiter wie bisher; was bleibt ihm auch übrig. Seine Facebookseite ist voll mit enttäuschten, galgenhumorigen und verbitterten Beiträgen. Der WWF versucht verzweifelt einen offenen Dialog zu ermöglichen, aber es ist wohl schon zu viel kaputt gegangen. Die ersten Kündigungsbestätigungen sind schon raus.

Es ist unzweifelhaft, dass der WWF auch viel Gutes getan hat, aber jetzt richten sich zumindest auch massive Vorwürfe in Richtung Genf, dass er auch an viel Bösem beteiligt ist.

Felix Eick

Der Film “Der Pakt mit Panda”:
www.youtube.com/watch?v=Jnqg12v4qJQ&feature=related
www.wwf.de/themen/huismann-kritik-pakt-mit-dem-panda-faktencheck
Antwort des Regisseurs:
www.wilfried-huismann.de

Anzeige

Alleine kämpfen, gemeinsam machen

Kommunikation wichtiger Schlüssel

Zunächst ist wohl zu klären, worum es bei Kommunikation allgemein geht und welche Variablen es gibt. Selbst Wikipedia weiß, dass Kommunikation „teilen, mitteilen, teilnehmen lassen; gemeinsam machen, vereinigen“ heißt. Was für ein tolles Wort in der Theorie.

In der Realität kommt es auf die Charaktere, auf die jeweiligen Interessen an. Es ist die Frage, ob sich die Akteure auf Augenhöhe bewegen oder ob eine Seite dominiert. Die Energie muss in die Sache gehen, in ein Für und nicht in ein Gegen. Nur dann wird Kraft für Kreativität frei. Es geht um Sachlichkeit, keine kategorische Kritik, um Zuhören und Dialog. Das gehört zur Fairness den Mitstreiter/-innen gegenüber dazu; funktioniert aber nur beidseitig.

Mit Monsanto Regenwald schützen – haha

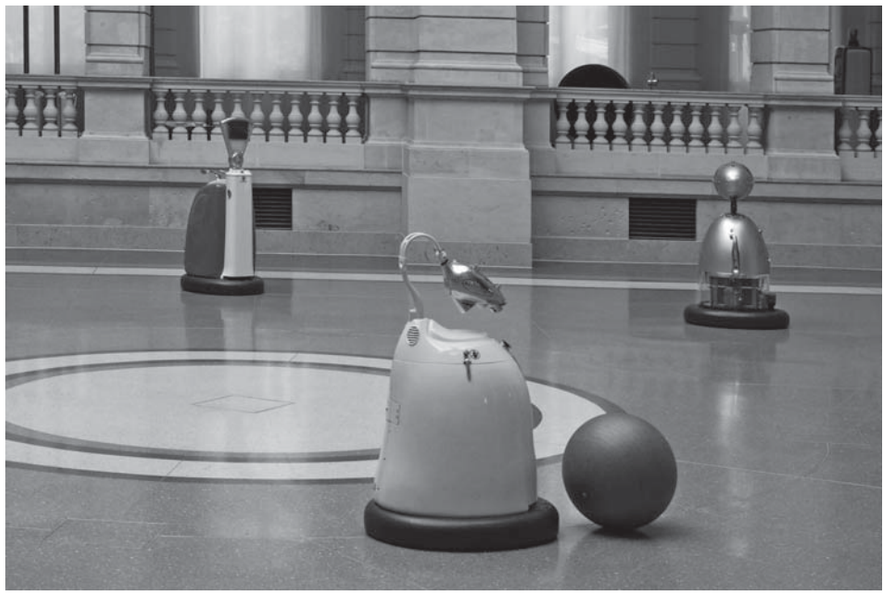
Aus der Sicht der Umweltverbände und sonstigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) des ökologischen Spektrums ist nun sehr spannend, wie man mit Uran-Minern, Öl (–sand) Firmen, Gentechnik-Konzernen, Palmöl-Plantagen-Betreibern, Atomkonzernen, der Automobil-Branche und Chemiefirmen kommunizieren soll. Es sollte wenigstens einige wenige Zielparallelitäten geben und ein beidseitiges Interesse an beispielsweise Umwelt- und Naturschutzthemen, die nicht eigentlicher Konzernzweck sind. Der substanzielle Änderungswille liegt anfangs einzig bei den Vertretern der Umweltbewegung, während die Industrie in der Regel gerne wie gehabt weitermachen würde. Auch wenn sich später oft zeigt, dass Unternehmen sehr wohl von Umweltengagement profitieren können.

Vielleicht sollte man sich erst einmal auf die halbwegs empfängliche Industrie stürzen, sie gegen die Genannten vereinigen und zeigen, wie erfolgreich der ökologische Weg ist. Diese Kommunikationsaufgabe ist groß genug für den Anfang. Man muss ja nicht bei den Bösesten anfangen.

„Jenseits der Kommunikation“

Der WWF hat sich das vorgenommen, sich in die Höhle des Löwen gewagt und ist grandios gescheitert. Die WWF-Affäre zeigt uns deutlich, dass man nicht zu sehr mit der Industrie kuscheln darf. Lügen und Verheimlichen hat nichts mit Kommunikation zu tun.

Genau das Gegenteil konnte man auf dem Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums“ Ende Mai in Berlin erleben. Auf dem Weltkongress der Bio-Ethanol-Industrie lagen beispielsweise genügend konträre Interessen zwischen WWF und der vertretenen Industrie vor. Doch der WWF ließ sich unterjochen. Auf Augenhöhe hat er sich definitiv nicht bewegt. Ist es nicht also besser, sich mit zwanzig Entscheidungsträgern an einen Tisch zu setzen, die eigentlich anders denken, als über tausend Gleichgesinnte zu versammeln und sich selbst zu feiern?



Echte Kommunikationsgenies: Die Roboter im Berliner Kommunikationsmuseum

Foto: dalbera-www.flickr.com

Der WWF hat auch einiges richtig gemacht. Er hatte beispielsweise keine Angst, sich von seinesgleichen zu unterscheiden und sich auch angreifbar zu machen. Sein Fehler war, dass er sich beinahe vollends vereinnahmen ließ. Er trat zu schwach auf! Ansonsten ist es das, was wünschenswert ist: ein Dialog. Den behaglichen Käfig des eigenen Soziotops zu verlassen, in dem man sich über Ziele weitestgehend einig ist, ist der richtige Weg. Nur so kann es zu einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion, zu dimensionsübergreifender Nachhaltigkeitskommunikation kommen. In diesem Fall haben sich alle Dimensionen massiv der ökonomischen untergeordnet.

Bei Unternehmen wie Monsanto oder Wilmar hat man aber auch einfach keine Chance! Das ist wie mit der Energiewende in Deutschland. Wenn alle Kohle- und Atomkraftwerke für immer abgeschaltet sind, verdienen RWE, E.on, Vattenfall und EnBW hierzulande nur noch einen Bruchteil; wie etwa Monsanto ohne Gentechnik. Natürlich haben sie kein Interesse an der Energiewende. Genauso haben Monsanto und Wilmar kein Interesse an Regenwaldschutz. Es nähme ihnen ebenfalls die Grundlage ihres derzeitigen Gewerbes. Das wäre unternehmerischer Suizid.

Ein Hauptfehler war vielleicht, dass der WWF alleine unter hunderten Unternehmen und Industrievertretern war. Sein Kompromiss war dann eben, um nur ein Beispiel zu nennen, von 14.000 Hektar Regenwald auf Borneo 80 Hektar zu retten und den Rest den Palmöl-Landwirten zu überlassen. Das ist schon fast ein Achtungserfolg bei diesem unmöglichen Vorhaben. Man hat sich krass überschätzt!

Tympanon Kommunikation errichten

Eine der großen Aufgaben ist es, ein verbindendes Tympanon auf die Säulen der Nachhaltigkeit zu setzen. Das kann das Medium Kommunikation leisten, dazu muss aber aufgehört werden verkrustete NGO-Debatten zu führen. Proletenhaft „auf die Tonne zu hauen“ bringt wenig. Das wird nicht ernstgenommen von empfänglichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern. Es lohnt sich nicht, nur um mit einer weißen „Ökoweste“ dazustehen, nicht von seiner Position abzurücken. Es ist unabdingbar, sich auch in die Interessen der Gegenseite hineinzudenken. Man macht sich angreifbar, erreicht aber auch mehr.

Es ist selbstverständlich unmöglich, hier umfassende Antworten zu geben. Negative Beispiele für Kommunikation gibt es zu Genüge. Die Rede ist exemplarisch von den Methoden des WWF, den herkömmlichen NGO-Debatten und den Greenwashing-Kampagnen der Industrie.

Netzwerke sind ein ganz zentrales Instrument, um die denkbare fünfte Säule der Nachhaltigkeit *„good communication“* zu etablieren. Traumhaft und umsetzbar wäre doch ein Entscheidungsprozess mit den Teilnehmern Gewerkschaft, NGOs, Unternehmen und Abgeordneten aller wichtigen Parteien in geeigneten Fragen. Diese Repräsentanten der vier Dimensionen der Nachhaltigkeit könnten aber auch nur eine nachhaltige Kommunikation erreichen, wenn jeder wiederum Sozialität, Demokratie, Ökologie und Wirtschaftlichkeit im Kopf hätte.

Wenige gute Beispiele

Wirklich gute Beispiele gelungener Kommunikation für einen Schulterschluss mit der Ökonomie zu finden, ist nicht leicht. Denn man kann sich bei keiner Kooperation sicher sein, dass das kommunikativ Ausgehandelte tatsächlich der Umwelt zu Gute kommt. Sind Kooperationen wie „Danone Ecosystem Fund“, „GOGREEN“ der Deutschen Post oder die des NABU mit Volkswagen oder E-Plus Greenwashing oder hilfreich?

Es gibt schon viele Projekte nach dem Motto: „Von jedem verkauften Produkt geht ein Cent an…“. Glaubt man wirklich daran, dass das Geld auch ankommt beziehungsweise nicht in der Verwaltung oder bei der Bank landet? Durch transparentere Kommunikation und eigeninitiierte Unternehmenseinblicke kann diesen Zweifeln begegnet werden.

Ein positives Beispiel für das Ausloten sinnvoller Allianzen ist Bündnis 90/Die Grünen. Die Grünen kommunizieren in dem Sinne gut, dass sie Teilerfolge feiern in Richtung gesellschaftlicher Transformation und trotzdem massiven Stimmzuwachs verzeichnen können. Das geht vielen aus der Umweltszene schon zu weit, denn die Grünen haben es geschafft, Mainstream zu werden. Sie haben sich eine einigermaßen komfortable Position geschaffen, um jetzt hoffentlich Vorhaben wie die Energiewende immer stimmgewaltiger vorantreiben zu können. Den Grünen ist der Schulterschluss mit der Wirtschaft weitestgehend gelungen, da sie mittlerweile als Verhandlungspartner auf Augenhöhe gelten und ernstgenommen werden.

Also Gründenkende, wo wollen wir mit - also mit - der Gesellschaft hin?

Felix Eick

Kongress „Jenseits des Wachstums!?“

Eindrücke und Gedanken aus den Diskussionen

Unterwegs zum von Attac-Deutschland organisierten Kongress Ende Mai in Berlin, wo ich an einer Podiumsdiskussion teilnahm, las ich einen Bericht in der Süddeutschen Zeitung (SZ), wo über Protestaktionen in Spanien berichtet wurde, die stark den Aktionen der ägyptischen Demokratiebewegung ähnelten. Der Kongress „Jenseits des Wachstums!?“ war schon seit etwa einem Jahr in Vorbereitung. Anlass war die globale, vielseitige Finanz- und Wirtschaftskrise und die Ökologiekrise mit der Klimakrise als der Spitze des Eisbergs. Aber auch die großen, teils gewalttätigen Proteste in Athen und London wirkten als ein Hintergrund. Die Protestaktionen in Spanien, besonders die in Madrid, kamen noch dazu.

Der Untertitel des Kongresses lautete „Ökologische Gerechtigkeit, Soziale Rechte, Gutes Leben“. Ich bekam nicht den Eindruck, dass sich die Kongressteilnehmer, inklusive der Organisatoren und Referenten, des Widerspruchspotentials zwischen den im Titel und Untertitel benutzten Begriffen bewusst waren. Denn es stellt sich die Frage, ob die sozialen Rechte, die bis vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Krise in Westeuropa gültig waren, und das heutige westeuropäische Verständnis eines guten Lebens ohne weiteres mit dem Prinzip der ökologischen Gerechtigkeit vereinbar sind? Diese Frage wurde aber auf dem Kongress gar nicht gestellt.

Der SZ-Reporter schrieb aus Madrid: es sind „gut bis exzellent ausgebildete Kinder des Bürgertums, 20-, 30-jährige Männer und Frauen…, die die Perspektivlosigkeit, die beruflichen Warteschleifen namens Praktika, die schlecht bezahlten Jobs, die unsicheren Renten“ und so weiter beklagten. Er berichtet: „Viele der jungen Leute mit Hochschuldiplom fühlen sich mit ihren 600-Euro-Jobs längst als Sklaven. … Fast jeder zweite junge Spanier ist ohne Job.“ Eine solche Lage stellt die totale Negation des Traums eines guten Lebens dar, den die jungen Spanier in Madrid, aber auch junge Griechen, Briten und Deutsche, hegen.

Auf dem Kongress berichtete Frau Martinez aus Ecuador, dass dort sowohl die Regierung als auch die Mehrheit des Volkes ein im Regenwaldgebiet neu entdecktes Ölfeld nicht ausbeuten wollen, um den Regenwald zu schützen und zur Begrenzung des CO2-Ausstoßes beizutragen. Wenn aber dieser Ölreichtum unausgebeutet einfach tief im Boden liegen bleibt, frustriert das natürlich viele exzellent ausgebildete, aber arbeitslose junge Ecuadorianer. Die Idee der Regierung, dass der reiche Westen im Namen der ökologischen Gerechtigkeit Ecuador für diesen Verzicht finanziell kompensieren solle, war von Anfang an illusorisch. Würde der Westen diese Forderung (und andere ähnliche) erfüllen, hätte er noch weniger Mittel für die Verwirklichung der Träume der Jugend in Madrid, Athen und London.

20.-22.Mai, TU Berlin: Gast aus Südamerika bei einer Podiumsdiskussion

Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ - spannende Debatten unter Bäumen

Fotos: Fiona Krakenbuerger

Nur vage Formulierungen

Die Formulierung „jenseits des Wachstums“ ist ziemlich vage. Es klingt, als bestünde ein Konsens darüber, dass es Grenzen des Wachstums gibt und dass diese schon erreicht oder gar überschritten sind. So einfach war es aber auf dem Kongress nicht. Auf den Veranstaltungen, bei denen ich anwesend war, wurde häufig die Meinung vertreten, dass es möglich sei, dank weiteren, umweltfreundlichen technologischen Fortschritts diese Grenzen nach oben zu verschieben. Oder man sagte, während einige Branchen schrumpfen müssten, müssten andere wachsen. Zur Begründung wurde zum einen die Überzeugung geäußert, dass durch Effizienzsteigerung Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden könne, so dass während die Wirtschaft weiterhin wachse, der absolute Ressourcenverbrauch sinke. Zum anderen ging man fest davon aus, dass in drei bis vier Jahrzehnten der gesamte Energiebedarf Deutschlands, gar der Welt, durch erneuerbare Energien gedeckt werden würde.

Um solche illusorischen Glaubensbekenntnisse zu hören, hätte man nicht zu diesem Kongress fahren müssen. Man hört und liest so was fast jeden zweiten Tag - besonders von Parteien, aber auch von großen Umweltverbänden. Der Haupttitel des Kongresses aber ließ erwarten, dass man da nach einer *neuen*, einer *anderen* Wirtschaftsform oder -richtung suchen will, weil weiteres Wirtschaftswachstum unmöglich geworden ist, nicht zuletzt wegen seiner hohen ökologischen Kosten. Insgesamt ist gar eine Schrumpfung der Wirtschaft absolut notwendig geworden. Diese letzte Meinung wurde zwar auch von zwei Referenten geäußert. Aber ich bekam nicht den Eindruck, dass sie ernst genommen wurde.

Der Kongress litt an einer Schwäche: er wurde nämlich von etablierten partei- und gewerkschaftsnahen Stiftungen gesponsert. Deren Vertreter sowie Vertreter von großen, etablierten Umweltorganisationen mussten halt die Positionen ihrer Partei bzw. Organisation vertreten. Diese glauben bekanntlich immer noch fest an die Möglichkeit eines nachhaltigen Wachstums. Ralf Füchs von der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung meinte sogar, es könnte bis 2050 möglich sein, dass die neun Milliarden Menschen, die dann auf der Welt leben würden, etwa den gleichen, aber bis dahin nachhaltigen Wohlstand genießen würden wie die Bevölkerung der westlichen Industriestaaten. Ich halte eine solche Hoffnung für lächerlich und auch gefährlich.

Bei solchen hoch optimistischen Zukunftsszenarien erübrigt sich natürlich die Frage, ob eine Überwindung des Kapitalismus notwendig ist. Zwei Referenten, die für eine Schrumpfung der hoch entwickelten Wirtschaften plädierten, beziehungsweise sie für unvermeidlich hielten, meinten, für einen solchen Prozess sei eine Art Sozialismus notwendig. Viele auf dem Kongress thematisierten die Frage gar nicht oder wichen ihr aus. Einige andere redeten einer „solidarischen Ökonomie“ das Wort, wobei unklar bleibt, ob eine solche Ökonomie nur ein Sektor innerhalb einer kapitalistischen Volkswirtschaft sein soll oder mehr.

Der Madrider SZ-Reporter zitierte aus einem Plakat: „Wenn ihr uns nicht träumen lässt, bringen wir euch um den Schlaf“. Aber die herrschende Klasse und ihre Parteien brauchen keine Angst zu haben. Denn „die Empörten“, wie sich die Demonstranten dort nennen, sind nur empört, sie sind keine Systemveränderer. Auf einem anderen Plakat steht: „Wir sind keine Systemfeinde - das System ist uns gegenüber feindlich“. So ist es, leider. *Saral Sarkar*

ak-oekopolitik.blogspot.com

Anzeige

Atomkonsens - halber Ausstieg?

Es bleibt noch viel zu tun, damit die Energiewende wirklich zum Erfolg wird

Der Atomausstieg bis zum Jahr 2022 wurde von Bundestag und Bundesrat Ende Juni/Anfang Juli mit großer Mehrheit von CDU/CSU FDP, SPD und Grünen (513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen) beschlossen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022. Damit wird als Folge der Katastrophe von Fukushima die erst im Herbst 2010 beschlossene AKW-Laufzeitverlängerung zurückgenommen. Mit schwarz-gelber Mehrheit beschloss der Bundestag außerdem ein umfangreiches Gesetzespaket zur Energiewende *(siehe Kasten)*.

Insgesamt ist Merkels Atomausstieg nicht optimal. Die Ausstiegsfrist läuft länger als nötig, und die AKW-Abschaltungen häufen sich am Ende (2021/2022). Das erschwert den Umstieg in die erneuerbaren Energien. Mit dem Atomausstiegsbeschluss ist nicht das Ende der energiepolitischen Debatte erreicht. Die Anti-Atom- und Umweltbewegung kann sich jetzt nicht bequem zurücklehnen und darauf vertrauen, dass die Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien schon anbrechen wird.

Netzausbau hat zentrale Bedeutung

Für den Erfolg der Energiewende in den nächsten Jahren ist unter anderem der Netzausbau von zentraler Bedeutung. Der Bundestag beschloss zwar auch dazu ein Gesetz. Doch zahlreiche Verbände kritisieren den mangelnden Bürgereinfluss.

Beim Ausbau der Stromnetze „sollte die Regierung neue Formen der Bürgerbeteiligung einführen“, sagt Michael Zschiesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU). Die Bundesregierung will die Beteiligung der Bürger im Vergleich zu bisherigen Praxis nicht einschränken, sondern leicht ausweiten. Das räumen auch Umweltverbände wie der BUND ein.

Doch ihnen geht die Bürgerbeteiligung nicht weit genug. Sie bemängeln unter anderem, dass für einen großen Teil des Genehmigungsverfahrens nur sechs Monate vorgesehen sind. „Angesichts der vermutlich großen Zahl der Einwendungen ist das kurz“, sagt Umweltjurist Zschiesche. Die Regierung müsse sicherstellen, dass die Einwendungen der Bürger nicht nur abgeheftet, sondern auch berücksichtigt würden. Zschiesche schlägt einen offiziellen Bürgerbeirat vor, der das Verfahren beim Netzausbau permanent begleitet.

Einfluss der Stromkonzerne

Eine weitere Frage ist: Wie viel Einfluss werden die Stromkonzerne in Zukunft noch haben? Zwar sinkt durch das Abschalten der großen AKW-Kapazitäten tendenziell der Einfluss von *Eon, RWE, EnBW* und *Vattenfall*, die bisher rund 80 Prozent der Elektrizität produzierten. Doch erstens räumen die Energiekonzerne ihr Terrain nicht kampflos, und zweitens beginnt nun der harte Kampf um die richtige Art der Energiewende.

Die Politik darf dem Druck der Konzerne nicht nachgeben. Sie muss dafür sorgen, dass klimafreundliche Erdgas- und nicht Kohlekraftwerke die Stromlücke nach der AKW-Abschaltung schließen.

Bei der aufstrebenden Branche der erneuerbaren Energien sollte strikt darauf geachtet werden, dass nicht aufgrund von Lobbydruck die falschen Strukturen entstehen. Genau das aber droht: So scheint die geplante großzügige Förderung der teuren Offshore-Windkraft ein milliardenschweres Trostpflaster für die Stromkonzerne zu sein, die hier investieren wollen, während die dezentrale Windkraft an Land eher gebremst wird.

Außerdem werden die Fehlentwicklungen bei der Biomasse-Verstromung, die Monokulturen fördern, nicht korrigiert. Und die höhere Energieeffizienz als Voraussetzung für einen CO_2-neutralen Atomausstieg wird vernachlässigt.

Atomausstieg-das Problem Atomüll bleibt

Foto: Bernd Wackerbauer

Es bleibt noch viel zu tun

Viel bleibt also noch zu tun, damit die Energiewende wirklich zum Erfolg wird. Es ist aber die Mühe wert. Denn die endgültige Stilllegung der acht ältesten Atomkraftwerke ist ein großartiger Erfolg, der seit über 30 Jahren aktiven Anti-Atom-Bewegung. Aber das ist eben erst der halbe Atomausstieg.

Ob die Abschaltung der anderen neun AKW nun möglichst schnell folgt und das Atommüll-Endlager im völlig ungeeigneten Salzstock Gorleben verhindert werden kann, hängt davon ab, wie viele Menschen jetzt bereit sind, die Hände nicht in den Schoß zu legen.

Alle Atomkraftgegner/-innen sollten unabhängig von parteipolitischen Interessen weiter dafür streiten, dass der vollständige Atomausstieg in Deutschland doch noch vor 2022 vollzogen wird.

Jochen Mühlbauer
www.ausgestrahlt.de

Das Atom- und Energiepaket

AKW-Abschaltungen: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C, 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.
Atommüll-Endlager: Eine gesetzliche Regelung bis Jahresende ist geplant. Neben der Erkundung des Salzstocks in Gorleben soll es weitere geologische Untersuchungen geben - womöglich bundesweit.
Brennelemente-Steuer: Die Steuer auf neue Brennelemente bleibt bis 2016. Sie bringt bei neun AKW nur noch 1,3 statt 2,3 Milliarden Euro jährlich. Pro AKW und Jahr müssen die Betreiber etwa 150 Millionen Euro zahlen.
Klimafonds: Ab 2012 fließen sämtliche Einnahmen aus dem Verkauf von CO_2-Zertifikaten in den dafür eingerichteten Fonds. Die Regierung rechnet nach Ausweitung des Handels mit Verschmutzungsrechten ab 2013 im Schnitt mit jährlich rund drei Milliarden Euro Einnahmen.
Kraftwerksneubau: Es sollen Kapazitäten von bis zu zehn Gigawatt gebaut werden, unter anderem mehr Gaskraftwerke.
Netzausbau: Bis 2020 müssen bis zu 4.450 Kilometer neue „Stromautobahnen“ gebaut werden. Der Bund will die Bau- und Planungszeiten von gut zehn auf vier Jahre verkürzen und die bisherigen Kompetenzen der Länder an sich ziehen.
Gebäudesanierung: Das Förderprogramm wird mit zinsgünstigen Krediten auf 1,5 Milliarden Euro ab 2012 aufgestockt. Rückwirkend ab 6. Juni können jährlich zehn Prozent solcher Sanierungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
Förderung erneuerbarer Energien: 2011 sind es rund 13 Milliarden Euro Subventionen. Bis 2020 soll es einen Ökostromanteil von mindestens 35 Prozent geben. Die Belastung für die Verbraucher soll nicht über die 2011 anfallenden 3,5 Cent pro Kilowattstunde (kWh) steigen.
Windkraftförderung: Für Windstrom an Land soll es jährlich 1,5 Prozent weniger geben. Derzeit sind es 9,02 Cent pro kWh Strom. 2012 gibt es nur noch 8,93 Cent/kWh. Für Windkraft auf See soll die Vergütung um zwei auf 15 Cent steigen - garantiert für zwölf Jahre. Vor den Küsten sollen bis 2030 Kapazitäten von 25.000 Megawatt entstehen.
Solarenergie: Die Solarförderung soll 2011 nicht weiter gekürzt werden. Ab 2012 gibt es aber mindestens neun Prozent weniger.
Biomasse: Große Anlagen sollen nicht einseitig bevorzugt werden. Sie erhalten zudem für die Vergärung von Gülle nur sechs statt acht Cent pro kWh. Kleine Anlagen bis 75 Kilowatt sollen künftig 25 Cent/kWh bekommen.
Baurecht: In allen Bundesländern soll es einheitliche Kriterien für Höhengrenzen und die Ausweisung geeigneter Flächen für Windräder geben.
Energieintensive Industrie: Für rund 4.000 mittelständische Betriebe soll es ab 2013 einen Ausgleich im Umfang von einer halben Milliarde Euro jährlich geben. Allerdings gibt es europarechtliche Bedenken.

(Quelle: dpa)

Keine Nachtflüge in Schönefeld

Volksbegehren für ein Nachtflugverbot in Berlin gestartet

Am 12. Juli begann die „Berliner Initiative für ein Nachtflugverbot“ am Flughafen Schönefeld mit dem Sammeln der Unterschriften in den vom Fluglärm besonders betroffenen Ortsteilen zwischen Wannsee und Müggelsee.

Zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International sind in der ersten Stufe des Volksbegehrens 20.000 Unterschriften aus Berlin erforderlich, die so schnell wie möglich gesammelt werden sollen.

Fluglärm bedroht Kleingarten-Idylle

Foto: www.bvbb-ev.de

Das Berliner Abgeordnetenhaus debattierte bereits intensiv über Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Nachtflüge, ohne allerdings eine Entscheidung zu treffen. Das Abgeordnetenhaus kann sich jederzeit - auch vor Abschluss des Volksbegehrens in beiden Ländern (Berlin und Brandenburg) - für die vorgeschlagene Gesetzesänderung aussprechen und den Senat auffordern, den Staatsvertrag gemeinsam mit Brandenburg zu überarbeiten.

Wir treten für eine Umkehr in der Flughafenpolitik ein und sind der Auffassung, dass die Brandenburgische Landesregierung bereits durch den eindeutigen Beschluss der Fluglärmkommission aufgefordert ist, den Planergänzungsbeschluss, in dem bis zu 113 Flüge in einer Nacht vorgesehen sind, zurückzunehmen.

Regierungen haben ihre Bürger/-innen vor Gesundheitsbeeinträchtigungen zu schützen. Es ist ein Armutszeugnis für beide Landesregierungen, dass die Flughafenpolitik im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) vereinbart wird und das Berliner Abgeordnetenhaus bisher keine Schritte unternommen hat, um den durch Nachtflug betroffenen Bürger/-innen und Bezirken entgegenzukommen.

Initiative für ein Nachtflugverbot
Dr. Stein, Prof. Irrlitz ,Christine Dorn und weitere Einzelpersonen
VUV, BI Gegen Fluglärm (Lichtenrade), Bündnis Südost und weitere Initiativen

Weitere Informationen:
Tel. 0177/ 4644817

Sammelstelle für Unterschriftslisten und -bögen:
Initiative für ein Nachtflugverbot
c/o GRÜNE LIGA Berlin
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin

Download für Unterschriftslisten und -bögen:
www.grueneliga-berlin.de

FÖJ-Kongress 2011

Was ist öko? - Kongress von Ökos für Ökos in Premnitz vom 7. bis 14. August!

Öko ist die Renaturierung der Havel, bei der etwa 100 Freiwillige mitarbeiten werden. Sie helfen dem NABU dabei, einen Altarm wieder anzuschließen und werden bis über beide Gummistiefel in der Erde stehen, mit der Schaufel schuften und das Gefühl haben, etwas richtig Gutes zu tun.

Öko ist das bunte Programm. Es gibt spannende Vorträge und Diskussionsforen zu aktuellen Themen wie erneuerbare Energien, Umweltethik, Klimaschutz, Biolandbau, Mülltrennung, Demokratie, Ökodörfer, Konsum- und Globalisierungskritik. Daneben werden Workshops angeboten, in denen ganz konkret Wissen angewendet wird: Wie baue ich mir mein Kompostklo für den Balkon? Wie lebe ich ohne Geld? Wie stelle ich Brotaufstriche her? Flöten bauen und Taschen filzen, der Umgang mit Gitarre, Stricknadeln und Origamipapier, das Töpfern und Massieren werden erklärt und gleich geübt. Am Abend werden Bands auftreten oder Filme gezeigt. Mit der Karte zum Kongress ist übrigens auch der Eintritt ins Freibad enthalten!

Diskussions-Workshop in idyllischer Natur

Foto: Sophie Swensson

Öko ist die Bilanz des Kongresses. Das Essen ist natürlich bio und vegan, der Müll wird getrennt, und die Anreise der Bahn wird durch das Kombi-Ticket möglich. So bleibt der Fußabdruck des Kongresses möglichst klein und durch die Renaturierung hinterlässt er einen bleibenden, aber natürlichen Eindruck in Premnitz.

Öko ist was für alle: Freiwillige des Ökologischen Jahres oder anderer Freiwilligendienste, Jugendliche und Erwachsene, die sich für Umwelt- und Naturschutz interessieren, Engagierte, die neben der harten Arbeit auch Spaß haben wollen! Für junge Eltern gibt es die Möglichkeit einer Kinderbetreuung, und natürlich sind Teilnehmende jeden Alters auf dem Kongress willkommen. Der Kongress bietet allen ein Forum, die sich über ein ökologisches Leben austauschen, gemeinsam lernen, arbeiten und den Sommer genießen wollen.

Öko ist übrigens auch die Organisation des Kongresses. Er wird auf die Beine gestellt von Freiwilligen des Ökologischen Jahres und Mitgliedern des FÖJ-AKTIV e.V. in Zusammenarbeit mit dem NABU.
Sei auch du *öko*! Komm im August auf den Kongress *Öko* ist!

Sophie Swensson
www.oeko-ist.de
foej-aktiv.de

Regionale Bio-Vielfalt kennenlernen

Der neue Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg 2011/2012

Die ganze Bandbreite an Bio-Einkaufsadressen führt der druckfrische Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg auf. Rund 350 Adressen in 14 Rubriken sind im kostenlosen Heft zu finden. Neben den bekannten Rubriken wie *Bio-Höfe mit Ab-Hof-Verkauf, Abokisten-Anbieter, Öko-Märkte, Bio-Gastronomie, Naturtextilien* und *Naturkostläden* ist in der aktualisierten Auflage die Rubrik *Umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen* hinzugekommen.

Michael Wimmer, Geschäftsführer der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg (FÖL), möchte mit dem Bio-Einkaufsführer auch die Botschaft verbunden wissen, dass Bio heute nicht mehr gleich Bio ist, und dass es auch im Bio-Bereich zunehmend in der Verantwortung des Verbrauchers liegt, saisonale und regionale Lebensmittel zu bevorzugen.

In den kommenden Wochen liegt der neue Bio-Einkaufsführer verschiedenen regionalen Zeitungen und Zeitschriften bei. Außerdem wird er über Fahrradläden, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie die „Bio-Brotbox-Aktion“ an alle Erstklässler verteilt. Der Einkaufsführer kann auch kostenlos in der **Geschäftsstelle der FÖL, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin-Mitte**, abgeholt werden.

Der nächste Bio-Einkaufsführer erscheint zur Grünen Woche 2013.

jm

Download der aktuellen Auflage und weitere Infos:
www.bio-berlin-brandenburg.de

Stinkende Sensation

Größte Blume der Welt blühte im Mai im Berliner Tropenparadies

Ort des Aufsehens: Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Großes Tropenhaus. Am 14. Mai konnten pünktlich um 12 Uhr alle aufatmen, um sich gleich darauf die Nasen zuzuhalten: *Amorphallus titanum*, in wörtlicher Übersetzung „unförmiges Gemächt“ oder Titanenwurz, hatte nach einem rasanten Wachstum bis auf fast zwei Meter erstmals seit 2009 wieder eine Blüte geöffnet, was von Natur aus mit einer intensiven Geruchsnote nach verwesendem Fleisch verbunden ist. Bis zuletzt konnte niemand vorhersagen, ob das exotische Gewächs tatsächlich blühen würde.

Ein paar Worte zur Geschichte: Im Jahre 1878 entdeckte ein florentinischer Botaniker, der sich auf einer Buschexpedition befand, dieses pflanzliche Fruchtbarkeitssymbol. Ob ein ausgeprägter Geruchssinn des Forschers hier die entscheidende Rolle spielte, ist nicht überliefert.

Berliner Tropen-Sensation

Foto: Niemann Buuts-www.flickr.com

So lockt der in den Tropen (Sumatra/Indonesien) beheimatete mächtige Pflanzen-Phallus mit intensivem Aasgeruch kleine Käfer und Fliegen an, um sich bestäuben zu lassen. Seine gewöhnungsbedürftige Geruchsnote verstärkt der Titanenwurz noch durch eine Erhöhung der Innentemperatur, so dass besonders der erste Tag der Blüte für menschliche Geruchsorgane eine Herausforderung sein kann. Die Botaniker sprechen in diesem Stadium sehr zutreffend von einer „Geruchsfackel“.

Der Titanenwurz, eine mehrjährige Pflanze aus der Familie der Aronstabgewächse, bildet zunächst eine unterirdische Knolle, die es auf ein erstaunliches Gewicht von bis zu 100 Kilogramm bringt. Erst nachdem Jahre ins Land gegangen sind, wächst aus der Knolle ein Blütenstand, der schon einmal die stattliche Länge von drei Metern erreichen kann.

Da der Titanenwurz heute in der Natur stark gefährdet ist, greift man bei Bedarf auf Nachzuchten zurück. So stammt die „Berliner Pflanze“ vom Palmengarten in Frankfurt am Main. Deren Gewächs lässt sich auf eine Wildherkunft aus Sumatra von 1992 zurückführen. Erstmals bildete der indonesisch-hessische Import im April 2009 einen Blütenstand aus. Als die unterirdische Knolle am 24. November 2010 gewogen wurde, erreichte sie bereits stolze 30,7 Kilogramm.

Eine so schnelle Blütenfolge wie in Berlin ist durchaus nicht die Regel: Im Botanischen Garten zu Basel blühte im April 2011 ein Titanenwurz. Davor hatte die spektakuläre Pflanze letztmalig vor 75 Jahren, also 1936, ihre Blüte geöffnet.

Auch aus diesem Grunde und aufgrund der Tatsache, dass bis zum Öffnen der Knospenblätter niemand vorhersagen kann, ob und wann es zum Blühen kommt, erwarteten die Fachleute des Botanischen Gartens Berlin-Dahlem zusammen mit vielen Interessierten das Ereignis mit großer Spannung. Sogar eine Live-Webcam wurde installiert, die jede Veränderung via Internet übertrug.

Am 2. Mai erreichte der Blütenstand bereits eine Höhe von 97 Zentimeter, am 5. Mai waren 1,71 Meter erreicht und am 14. Mai hatte *Amorphophallus titanum* stattliche 1,99 Meter!

Punkt 12 Uhr blühte die größte Blume der Welt und stank vor sich hin. Das Interesse war so riesig, dass die Live-Übertragung im Internet völlig überlastet war und schließlich zusammenbrach. So mussten die Mitarbeiter des Botanischen Gartens ersatzweise Zeitraffer-Aufnahmen ins Netz stellen. An diesem Tag und in der darauffolgenden Nacht führten Wissenschaftler Experimente und Messungen durch, wobei einerseits die Wärmeentwicklung mittels thermographischer Aufnahmen und andererseits die „Duftentwicklung“ mit Hilfe von Gasstoffwechselmessungen festgehalten wurden.

Übrigens konnten Besucher des Großen Tropenhauses, in dem die botanische Merkwürdigkeit zu sehen und zu riechen war, ab dem zweiten Tag ihren gepeinigten Riechorganen Entwarnung geben. Am dritten Tag begann das Hochblatt zu welken, während der Kolben entgegen aller Erwartungen sogar bis zum späten Abend des 17. Mai noch eine ungewöhnliche Standfestigkeit bewies, bis er schließlich doch abknickte.

Der Schauspieler und erfolgreiche Komiker Wilhelm Bendow hätte in diesem Zusammenhang geäußert: „Na ja, so `ne Pflanze ist auch nur ein Mensch!“

Christoph Vinz

Kafka in Grün

Ein Spaziergang der besonderen Art

Haben Pflaumenbäume Enkel? Sarah Mondegrin und Olaf Tetzinski sind davon überzeugt, botanisch und literarisch. Denn der Pflaumenbaum im Vorgarten der Gründerzeitvilla in der Steglitzer Grunewaldstraße 13 hat einen Vorfahren aus dem Jahre 1923. Auf zeitgenössischen Fotos ist der Baum zu sehen, der für kurze Zeit das Privileg hatte, in fünf Meter Entfernung zum Schriftsteller Franz Kafka zu stehen, der im ersten Stock des Hauses Texte schrieb, die erst Jahrzehnte nach seinem Tod Aufsehen erregten.

Foto: Olaf Tetzinski

Um Bäume als Zeitzeugen geht es bei dem Spaziergang „Kafka in Grün“, um eine imaginative Wanderung zwischen der Gegenwart Kafkas, der damals - kurz vor seinem Tod - endlich am Ziel seiner Träume angelangt war: in Berlin, mit Dora Diamant.

Die Autorin Sarah Mondegrin liest kurze Texte Kafkas und von Zeitzeugen an Originalschauplätzen von damals. Olaf Tetzinski, Heilpraktiker und Gärtnermeister, erzählt von Pflanzen, die den Spaziergängern begegnen. *jm*

„Kafka in Grün“ - Ein Spaziergang der besonderen Art!
14. August und 18. September
15 bis 17 Uhr
Kosten: 14 Euro
Start: Im Garten der Schwartzschen Villa
Grunewaldstraße 55
Berlin-Steglitz
Verkehrsverbindung: S-und -U-Bahnhof Rathaus Steglitz

Anmeldung bis zwei Tage vor dem Termin:
Olaf Tetzinski
Tel. 030/ 7874829 oder 0171/ 6261205
heilpraktiker@tetzinski.de
www.tetzinski.de

Anzeige

NATOUR
Reisen mit der GRÜNEN LIGA
Tel. 030 · 44 33 91-50/52
natour@grueneliga.de
www.grueneliga-berlin.de/natour

Schön, duftig und giftig

Die Moorlilie ist „Blume des Jahres 2011“

Für dieses Jahr wählte die Hamburger Stiftung Naturschutz die bundesweit als gefährdet eingestufte **Moorlilie** *(Narthecium ossifragum)* aus, die nach der Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt ist. Mit der Wahl dieser schon auf der Roten Liste aufgeführten Pflanzenart soll auch auf ihren gefährdeten Lebensraum, das Moor, hingewiesen werden.

Moore als nasse Lebensräume besitzen spezialisierte, charakteristische Pflanzenarten. Diese sind von allen Entwässerungsmaßnahmen (zum Beispiel bei der Torfgewinnung) bedroht, da ihnen mit dem Entzug vom lebensnotwendigen Nass die natürliche Grundlage genommen wird.

Die Moorlilie (seit langem auch als Beinbruch, Ährenlilie, Heid- oder Egelgras, Schusterknief und Stablilie bezeichnet) ist eine mehrjährige, ausdauernde 10 bis 30 Zentimeter hohe

Foto: Frank Vassen-www.flickr.com

Pflanze, die in der Blütezeit einen feinen, nelkenartigen Geruch verströmt. Ihr klebriger, rötlicher Stängel wächst starr aufrecht. Die unteren ungestielten Laubblätter sind schwertförmig, die Stängelblätter klein und den Tragblättern der Blüten ähnlich. Von Juli bis August bildet die Moorlilie 5 bis 8 cm lange traubige Blütenstände. Diese sorgen für den charakteristischen würzigen Duft.

Die langgestielten Blüten erreichen 1 bis 1,5 Zentimeter Durchmesser und besitzen sechs Blütenblätter (innen gelb, außen grünlich). Vor jedem Blütenblatt findet sich ein Staubblatt mit wollig -behaarten Stabfäden und einem ziegelroten Staubbeutel zur Anlockung von Insekten.

Moorlilien gehören zu den sogenannten Charakterpflanzen der nordwestdeutschen Heideflora. Sie wachsen auf sauren, torfigen Moorböden und benötigen niederschlagsreiches und mildes Klima.

Die Pflanze enthält allerdings auch Giftstoffe, die bei Schafen die Leberfunktion stören, aber auch für Menschen nicht ungefährlich sind.

Die typischen gelben Blüten von *Narthecium ossifragum* drohen - wie andere seltene Pflanzen auch - zu verschwinden, wenn weiterhin Moore durch menschlichen Eingriff entwässert werden.

Nicht unerwähnt sollte die Tatsache bleiben, dass Moore doppelt so viel Kohlenstoff speichern wie die Wälder. Entwässerung oder Bewirtschaftung solcher Feuchtgebiete lassen dagegen den Kohlenstoff als klimaschädliches Kohlendioxid in die Atmosphäre gelangen. Im Gegenzug schützen Renaturierungsmaßnahmen und Erhaltung nicht nur die ganz spezielle Schönheit eines Teils der Natur, sie sind auch aktiver Klimaschutz. *Christoph Vinz*

Nur keine Unruhe!

Passionsblume - Arzneipflanze des Jahres 2011

Der Würzburger „Studienkreis Entwicklungsgeschichte der Arzneipflanzenkunde“, dem Mediziner, Biologen und Apotheker angehören, kürte die **Passionsblume** *(Passiflora incarnata)* zur Arzneipflanze des Jahres.

Mit über 400 Arten ist dies meist kletternde Gewächs mit der Pracht vieler farbiger Blüten sehr beeindruckend. Und so kennen viele die Passionsblume nur als attraktive, üppig blühende Zimmerpflanze.

Der Würzburger Studienkreis will nun mit der Wahl der Passionsblume auf andere, nicht gleich ins Auge fallende Qualitäten hinweisen. Schon lange genießt *Passiflora incarnata* als Phytotherapeutikum eine große Wertschätzung. Denn die Blätter dieser Pflanze enthalten

Foto: Frank Vassen-www.flickr.com

Inhaltsstoffe wie Saponine, Alkaloide und Flavonoide. Diese werden extrahiert und sind in Form von Tabletten, Kapseln, Tropfen oder als Teemischungen erhältlich.

Zur Anwendung kommen die Präparate bei nervöser Unruhe, leichten Einschlafproblemen, nervösen Magen-Darm-Beschwerden; bei Rückenschmerzen, Verspannungen und sogar bei depressiven Verstimmungen. Nervlich bedingtes Herzrasen und –rhythmusstörungen können durch die angstlösende Fähigkeit des pflanzlichen Wirkungsspektrums abgemildert werden.

Die spezielle Wirkung der Passionsblume führt nicht zur Beeinträchtigung der sogenannten „Alltagstauglichkeit“, so dass ihre Anwendung auch tagsüber unbedenklich ist. Da bisher keine Unverträglichkeiten bekannt sind, wird dies Naturheilmittel auch für Kinder empfohlen.

Wenn bis heute noch nicht alle Inhaltsstoffe von *Passiflora incarnata* identifiziert werden konnten, so wird allgemein die Auffassung vertreten, dass die medizinische Wirkung von der Gesamtheit aller Inhaltsstoffe ausgeht. Daher ist die Passionsblume nicht nur ein farbenprächtiger Blüher, sondern auch ein erprobter Helfer der Naturheilkunde.

Nur keine Unruhe - und darauf einen Tee, gemischt mit Baldrian, Melisse, Johanniskraut oder Weißdorn!

Christoph Vinz

Mein kleiner, grüner Kaktus…

Kakteen-Gesellschaften wählten Prachtblüher

Die Kakteen-Gesellschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz riefen den sogenannten **„Blattkaktus“** *(Epicactus)* zum Kaktus des Jahres 2011 aus.

Epikakteen, in unseren Breiten auch gern „Phyllokakteen“ genannt, finden sich seit Jahrzehnten in vielen Haushalten auf Terrassen oder in Gärten, wo sie ihre stolzen Besitzer alljährlich durch eine reiche Blütenpracht in fast allen Farben erfreuen.

Ursprünglich stammen die beliebten Pflanzen aus Urwaldgebieten beziehungsweise Regenwäldern von Mexiko bis Brasilien, in denen sie als

Foto: Hellebardius-www.flickr.com

„Aufsitzer“ (Epiphyten) auf und mit Bäumen lebten.

Erst im 19. Jahrhundert sorgten zwei findige Sachsen, die Herren Nikolai und Knebel, durch Züchtung und wissenschaftliche Dokumentation für die bis heute andauernde große Beliebtheit dieser prächtig blühenden und dennoch anspruchslosen Pflanze.

Die umgangssprachliche Bezeichnung „Blattkaktus“ bürgert sich im deutschen Sprachraum ein, weil die Sprossen der Pflanze im hiesigen Klima eine abgeflachte, blattähnliche Form annehmen. Und aus den Einkerbungen dieser Flachtriebe entwickeln sich Blüten in vielen Farben - ein Hauptgrund für die große Beliebtheit bei vielen Pflanzenfreunden.

Sicher wird die Ausrufung zum „Kaktus des Jahres 2011“ die Popularität der dankbaren Pflanze weiter steigern.

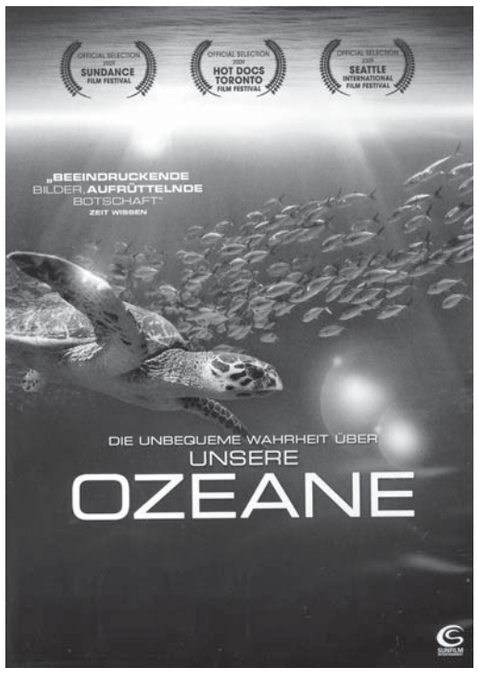
Christoph Vinz

Raubbau im Meer

"Die unbequeme Wahrheit über unsere Ozeane" - Dokumentarfilm von Rupert Murray

Der Titel ist wenig einladend. Wer will es schon unbequem? Auch wenn es Wahrheit ist? Zu Beginn sehen wir aber erst mal das Meeresleben, wie es sein soll. Phantastisch anmutende Wesen tief unten im Meer, Unterwassergetier in größter Vielfalt, wunderschön.

Dann aber wird angekündigt „der erfolgreichste Jäger, den die Meere je erlebt haben". Kurzes Rätselraten. Wer ist das? Als Täuschungsmanöver zeigt der Film zunächst Haie, bevor klar wird: gemeint ist der Mensch.



Zu viel Fangtechnik

Es geht um Überfischung. Der Film führt gängige Fischfangpraktiken vor und widmet sich im ersten Kapitel der Trollfischerei, einem Phänomen des industriellen Fischfangs. Der als Meeres-Aktivist engagierte Journalist Charles Clover vergleicht den Einsatz von Grundschleppnetzen ("Bottomtrollers") damit, als würde ein Feld sieben Mal im Jahr gepflügt. „Dann wächst da nichts mehr." Außerdem zerschneiden die Netze Fische, die weiter oben leben. „Ihr Einsatz", sagt einer der interviewten Professoren, „zerstört das Ökosystem der Meere".

Der Film liefert viele Informationen, fast zu viele. Technische Ausklügelung von Fangsystemen, stellt er fest, setzen herkömmliche Jagdgesetze außer Kraft. Elektronik auf den Schiffen ortet die Fische immer, egal, wie schnell sie sind oder wie gut sie sich verstecken. „Technisch gesehen hat da kein gejagtes Tier dieser Erde eine Chance." stellt ein Aktivist fest. Seit 1950, dem Beginn des industriellen Fischfangs, gibt es immer raffiniertere Hightechboote für immer noch dieselbe Anzahl von Weltmeeren. Ein großes Ungleichgewicht ist entstanden. Eindrucksvolle Zahlen belegen dies. Fangleinen könnten die Erde 550 Mal umrunden oder ein Großschleppnetz könnte 13 ausgewachsene Jumbojets in sich aufnehmen. Die eigene Fangtechnik ist dem Menschen über den Kopf gewachsen.

Thunfisch

Gut wird der Film da, wo er konkret wird. Ein ganzes Kapitel widmet er der Dezimierung des majestätischen Blauflossen-Thunfischs, der als Kultspeise in Sushi auf der ganzen Welt landet. Jetzt ist sein Bestand höchst gefährdet. Der Film zeigt einen Mann mit Fernglas, den "Informanten" Roberto Mielgo Bregazzi, ehemaliger Thunfisch-Taucher, jetzt Kämpfer gegen den Thunfischfang. Er sucht die Häfen nach Blauflossen-Fracht ab. Immer wieder findet er Hinweise auf Umgehung der Beschränkung des Thunfischfangs, die immer noch viel zu hoch ist. In einer Entscheidung der EU wurde zu viel Fangvolumen genehmigt, so dass sich die Bestände nicht mehr erholen. Die Ausrottung des Thunfischs wird mit eindrücklichen Bildern von Hunderten tiefgefrorener Kadaver in einer riesigen Halle konkretisiert. Bei Kaufinteresse werden die toten Fische mit einem Haken weg gezogen. Man möchte nie wieder Thunfisch essen.

Ortswechsel nach Senegal

Der Fischer Adamam Bergaul aus Dakar gehört zu einer ethnischen Gruppe, die traditionell von Fischfang lebt. Was er heute täglich verdient, reicht schon jetzt kaum zum Leben. Supertroller liegen als Konkurrenz vor dem Hafen, gegen die die kleinen Pirogen der einheimischen Fischer keine Chance haben. „Das ist nicht gut für uns und unser Meer", sagt der Taucher Haidar El Ali, das ist nur gut für die europäischen Fischer.

Die Konsequenz ist, dass es für Senegalesen keine Zukunft mehr in der eigenen Heimat gibt. Adamam überlegt, ob er unter Lebensgefahr nach Europa auswandert. Dass er seine Familie bald nicht mehr ernähren kann, belastet ihn sehr. Falls er Europa ereicht, wird Adamam dort Straßen kehren.

Appell an Verantwortung

Wie oft bei solchen Gelegenheiten, appelliert der Film an unser Verhalten und rät vom Kauf aus Fischzucht ab. Das Paradoxon der Fischzucht wird am Beispiel Peru gezeigt. Millionen Sardellen werden zu Fischmehl für die Lachszucht verarbeitet. Das rechnet sich nicht einmal. Fünf Kilo Sardellen ergeben ein Kilo Lachs. „Wie unsinnig", sagt ein Professor aus Peru, „Sardellen sind viel gesünder".

Letztendlich illustriert der Film mit der Fischindustrie ein altes Dilemma des Menschen: Das, was er wissenschaftlich-technisch zu vollbringen imstande ist, geht nicht einher mit der Fähigkeit zur Selbstkontrolle, mit der Wahrnehmung von Verantwortung, zu der Macht verpflichtet. Dieser Claim aus dem Spiderman-Comic ist die Botschaft. Auch, dass alles, was zum großen Geschäft wird, weder Moral hat noch rechtens ist, ist richtig. Der Film hätte es etwas unterhaltsamer, weniger belehrend, entspannter gestalten können.

Inhaltlich jedoch hat er leider Recht. *Angelika Nguyen*

Offizielle Filmseite (Englisch): endoftheline.com

Anzeige

Anzeige

Wildpflanzen

Gesundheit kostenlos

In der Menschheitsgeschichte wurde die Blume recht unterschiedlich genutzt. Mal war sie Symbol in Wappen, mal dem Patron des Feuers, dem St. Antonius geweiht, dann wieder Schutz vor Blitzschlag oder - in einem Säckchen als Halsschmuck - vor Mundfäule oder Zahnweh. Raffinierte sibirische Schamanen legten Fliegenpilze in den Pflanzensaft, um nach dem Genuss in Trance zu fallen, während Indianer Nordamerikas die gleiche Wirkung mit Rauchen und Räuchern des getrockneten Krauts erlebten. Praktiker wiederum flochten und webten aus den Samenhaaren allerlei nützliche Dinge, Kaufleute verfälschten grünen Tee mit der Pflanze namens

Wald- oder Schmalblättriges Weidenröschen,

(Epilobium angustifolium, nach Holub auch Chamerion angustifolium), ein Nachtkerzengewächs. Weitere Namen sind Antons-, Blitz-, Muttergotteskraut, Frauenblümchen, Trümmerblume, Stauden-Feuerkraut und Waldschlagweidenröschen.

Botanische Merkmale: Aus weitkriechenden, mehrjährigen Wurzelstöcken sprießen aufrechte, steife Stängel bis zu einer Höhe zwischen 0,50 und 1,70 m. Sie sind meist unverzweigt und rötlich. Die Blätter - alle schmal, lanzettartig, oben zugespitzt und fast ganzrandig - sind wechselständig angeordnet und kurz gestielt. Ihre Oberseite ist dunkelgrün, die Unterseite bläulich grün mit stark hervortretenden Adern. Ab Mai bis zum Oktober entwickelt sich der Blütenstand - er ist halb so hoch wie die Pflanze -in einer langen, endständigen Traube. 2 bis 3 cm große, rosa bis purpurlila Blüten entfalten sich in der Aufblühfolge von unten nach oben, so dass gleichzeitig Knospen, Blüten und Früchte zu bewundern sind. Dem Fruchtstand, einer langen, rötlichen Kapsel, entspringen nach dem Aufplatzen mehrere hundert Samen.

Foto: Reinhold Stanisch-www.flickr.com

Vorkommen: auf Lichtungen, Kahlschlägen, verbranntem Boden und Trümmergelände, an Wegen, felsigen Hängen, Böschungen und Dämmen - auf lehmigen Böden.

Ernte und Erntezeit: die Wurzeln von Herbst bis April, die zarten Triebe bis Juni, die Blätter bis Anfang August, die Knospen und Blüten bis Oktober.

Hauptinhaltsstoffe: Flavonoide, Tannine, Gerbstoffe, der sekundäre Pflanzenstoff Beta Sitosterin, Pektin, Schleimstoffe. In den grünen Teilen außerdem viel Chlorophyll, Vitamin C, Eisen, Kupfer, Mangan und andere Mineralstoffe.

Geschmack: die Wurzeln süßlich und leicht scharf, das Kraut nussig- süßlich mit einem ganz leicht säuerlichen Nachgeschmack, es soll an Feldsalat mit einer Note Löwenzahn erinnern.

Verwendung in der Küche: Die Blätter, Triebe, Knospen und Blüten eignen sich roh für Salate und Smoothies, frisch oder erhitzt für Spinat, Suppen, Gemüsegerichte und Kräutermischungen. Die Triebe (eventuell geschält) werden wie Spargel zubereitet. Bis Juli kann ein aromatischer, grüner Tee aufgebrüht werden. Die Wurzeln werden frisch gerieben an Salate gegeben oder erhitzt als Gemüse - wie Spargel oder Kohl - verarbeitet beziehungsweise fein geschnitten, dann getrocknet und zu Mehl vermahlen oder geröstet. Mancherorts wird daraus ein alkoholisches Getränk gewonnen. Brennnesseln, Lungenkraut, Sauerampfer, auch scharfe Zutaten wie Meerrettich, Ingwer oder Paprika runden Gerichte mit Weidenröschen geschmacklich sehr gut ab.

Gesundheitlicher Wert: Die Pflanze wirkt innerlich und äußerlich zusammenziehend, entzündungshemmend, erweichend, wundreinigend und blutstillend. Sie wird in der Volksmedizin zur Linderung von Durchfall oder Verstopfung, bei Blasenleiden, bei Magen-, Darm- und Mundschleimhautentzündungen, Nierenerkrankungen und gutartiger Vergrößerung der Prostata, sowie zur Unterstützung der Wundheilung empfohlen. Der frische Tee gilt als Wohltat bei Schlaflosigkeit oder Kopfschmerzen. Die Erkenntnis der Indianer, dass Wald-Weidenröschen bei Prostatakrebs helfen, ist von Wissenschaftlern vor etwa 30 Jahren bestätigt worden. Heute werden sie unter ärztlicher Betreuung in der Therapie ab und an eingesetzt. Vor zu langer Anwendung von Aufgüssen wird gewarnt - es kann zu Magen-Darmbeschwerden führen.

Elisabeth Westphal

Die Autorin ist Ernährungsberaterin und Marktleiterin auf dem Ökomarkt der GRÜNEN LIGA (Donnerstag 12 -19 Uhr Kollwitzplatz, Berlin-Prenzlauer Berg), Tel. 030/ 44339148

Scheiterhaufen

Süßes aus Großmutters Küche

Im späten August fallen Äpfel und Pflaumen von den Bäumen und sind zum Wegwerfen zu schade. Dieses ungarische Rezept erinnert an Zeiten, in denen Großmutter in der Küche stand und auch aus scheinbarem „ Abfall “ Köstlichkeiten zauberte.

Zutaten

6 altbackene Brötchen
0,6 l Milch
4 Eier
200 g brauner Zucker
75 g Butter
30 g Vollkornpaniermehl
500 g Äpfel beziehungsweise Pflaumen
1 Messerspitze Naturvanille
1 TL Zimt
5 cl Rum
150 g Fruchtaufstrich oder Marmelade, zum Beispiel Aprikosen

Eigelb und Eiweiß trennen. Die Brötchen in Scheiben schneiden.

Die Milch erwärmen und mit dem Eigelb, der Hälfte der Butter, 100 Gramm Zucker und der Vanille verrühren. Äpfel waschen, Kerngehäuse und schlechte Stellen ausschneiden und in dünne Streifen schneiden. Eine Backform fetten und mit Vollkornpaniermehl ausstreuen. Abwechselnd mit Brötchenscheiben und Apfelstreifen auffüllen, wobei mit einer Schicht Brötchen begonnen wird. Danach mit der Eiermilch übergießen. Marmelade und Rum verrühren und damit den Scheiterhaufen bestreichen. Bei 200 Grad eine knappe halbe Stunde backen.

Das Eiweiß mit dem restlichen Zucker sehr steif schlagen und diesen Schaum vorsichtig auf dem Auflauf verteilen. Zimt darüber verteilen und noch einmal fünf bis zehn Minuten backen, bis der Eischnee anfängt hellbraun zu werden und heiß servieren.

Der Rum kann problemlos weggelassen werden, wenn Kinder mitessen sollten.

Anzeige

Löwenzahn-Champignon-Salat

Gesundes aus kalter Küche

Zutaten

1 Handvoll Löwenzahnblätter
1-2 Knoblauchzehen
50 g Wallnusskerne
100 g Champignons
4 EL Olivenöl, kaltgepresst
Saft einer Zitrone
Meersalz
Muskat, gerieben
etwas frischer Ingwer
1 TL Honig, kaltgeschleudert
1 EL Crème fraiche

Löwenzahn in feine Streifen schneiden. Die Knoblauchzehen in der Presse zerkleinern, mit den grob gehackten Wallnüssen kurz anrösten und zum Löwenzahn geben. Olivenöl und Zitrone verquirlen, Ingwer in die Sauce reiben und mit den restlichen Gewürzen abschmecken.

Die Champignons in feine Streifen schneiden und sofort zur Sauce geben.

Nun die Sauce über den Salat verteilen, dabei gut vermischen.

Vor dem Servieren mit einigen zarten Löwenzahnblätter und/oder -blüten und Crème fraiche garnieren.

Wie alle Salate lässt sich auch dieser wunderbar erweitern zum Beispiel durch hartgekochte Eier oder Rote Beete.

Guten Appetit!
Inez Wolfgramm

Baden kann gefährlich sein

Informiert euch, wo ihr badet

Und damit ist nicht gemeint, dass man ertrinken kann und ihr daher vorsichtig sein solltet.
Es geht hier vielmehr um hohe Wassertemperaturen, Schad- und Nährstoffeintrag, über Düngemittel aus der Landwirtschaft und Schadstoffe aus der Kanalisation und den Flüssen. Vielleicht habt ihr schon einmal etwas von Blaualgen gehört (Cyanobakterien). Diese bilden sich genau unter diesen Bedingungen. Im Sommer, wenn es heiß ist und ihr euch beim Baden erfrischen wollt, wird auch das Wasser sehr warm. Das lieben die oft fälschlicherweise als Algen bezeichneten Cyanobakterien. Es kommt zu einem Bakterienmassenwachstum.
Die Bakterien vermehren sich sehr schnell und entziehen dem Wasser beim Sterben viel Sauerstoff. Für Fische ist das tödlich, weil sie ersticken. Für den Menschen ist es immerhin gesundheitsschädigend. Die Giftstoffe, die einige diese Bakterien produzieren, können Erbrechen, Übelkeit und Atemnot hervorrufen. In Verbindung mit der Hitze am sonnigen Strand kann das also ganz schön unangenehm werden.
Was das Wasser zusätzlich verunreinigen kann, sind sogenannte Starkregenfälle. Das viele Wasser spült zwar die Straßen schön sauber, aber sämtliche Schadstoffe und viel Müll gelangen entweder direkt in Flüsse und Seen oder in die Kanalisation.
Es gibt Grenzwerte und Wasserqualitätskontrollen. In Berlin kümmert sich das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) um die Einhaltung der Grenzwerte und informiert die Berliner, wo sie baden gehen können und wo nicht. Das könnt ihr jederzeit im Internet nachschauen unter:
www.berlin.de/badegewaesser/detail/index.html

Was kann man selbst tun, damit man bedenkenlos baden gehen kann?

Um es allgemein auszudrücken: Man muss natürlich vermeiden, Schadstoffe in die Kanalisation und das Grundwasser einzuleiten. Das kann sehr gefährlich sein, weil auch Klärwerke nicht alles filtern können. Dieser „Dreck“ landet dann nicht nur im Badesee, sondern auch im Leitungswasser, mit dem ihr euch die Zähne putzt oder das ihr vielleicht auch trinkt.
Im Einzelnen kann man darauf achten, keine Medikamente, kein Benzin, keine Lösungsmittel und keine festen Abfälle von Ohrenstäbchen über Windeln bis hin zu Zigaretten in die Toilette oder den Gulli zu kippen und zu werfen. Viele lösen Abflussverstopfungen mit Chemikalien. Das ist ebenfalls sehr schädlich. Oft reicht auch schon ein Gummisaugnapf
Es gibt sicherlich noch viele weitere Dinge, auf die man achten kann, aber das sind Hinweise, die einfach zu berücksichtigen und effektiv sind.

Felix Eick

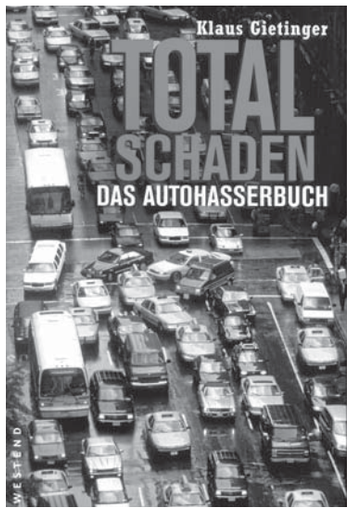
Totalschaden

Ein „Autohasserbuch“

Der „Tatort“-Autor und Historiker Klaus Gietinger veröffentlichte mit „Totalschaden“ ein nicht nur ungemein informatives, sondern auch unterhaltendes und mit viel beißender Ironie geschriebenes „Autohasserbuch“. Als Literat gelingt Gietinger das Kunststück, seine Wut mit Sachlichkeit, vielen erstaunlichen Fakten und Humor zu kreuzen, um sie mit verstörenden Geschichten und pointierten Anekdoten aus dem eigenen Leben und über den Auto-Tod prominenter Persönlichkeiten zu spicken.

In dem Kapitel „Der Gang in die Innenstadt“ zeigt er am eigenen Beispiel detailliert den Irrsinn der autogerechten Stadt, die als Nebenprodukt den autogerechten Fußgänger hervorbringt. Dieser benötigt für seine Wege doppelt so viel Zeit als eigentlich nötig, die er nunmehr vor Ampeln verbringt, um die von anderen verursachte Raserei zu überleben. Er veranschaulicht am Beispiel seines eigenen Sohnes, wie wir von Kind an zu autozahmen Ampelstehern dressiert werden und dass die Beschleunigung der Autos absurderweise die Verlangsamung der Fußgänger bedeutet.

Besonders interessant ist auch das Kapitel „Die Unrechtsordnung“ von



Markus Schmidt zum Beispiel, das deutlich macht, wie der Autowahnsinn juristisch „legitimiert“ wird. Bei vielen Beispielen reibt sich der Leser ungläubig die Augen, wenn Schmidt zum Beispiel eine Tabelle des ADAC wiedergibt, aus der abzulesen ist, dass für die Beleidigung eines Polizisten („Mieses Miststück“) eine höhere Strafe vergeben wird (2.500 Euro), als für das Überfahren eines alten Mannes bei überhöhter Geschwindigkeit. Bei einem Unfall mit Todesfolge ist auch im Schuldfall eine Freiheitsstrafe extrem selten. Zu beachten ist lediglich, dass man zu seinem „Mord“ stehen muss und den Tatort nicht verlässt, bevor die Polizei kommt und somit Fahrerflucht begeht.

Mit „Totalschaden“ gewinnt Gietinger, stellvertretend für alle Nicht-Motorisierten, die moralische Deutungshoheit über unsere Mobilitätsbedürfnisse und ihre Auswirkungen zurück, indem er das System „Motorisierter Individualverkehr“ (MIV) als eine der großen sozialen Zumutungen entlarvt, die unser ökonomisches und ökologisches Überleben bedrohen. Das Buch berührt und macht fassungslos. Dass es trotz seines Sachbuch-Hitpotentials beim Auto-hörigen „SPIEGEL“ und anderen auflagenstarken Zeitschriften nicht besprochen wurde, darf nicht verwundern. Die von Gietinger aufgezeigten Wahrheiten, die Leser (und Shareholder) verschrecken könnten, will niemand verbreiten, der eine PS-strotzende Autokolumne betreibt.

Wer aber noch ein Gewissen hat und nicht verdrängen möchte, was uns Gietinger vor Augen führt, zum Beispiel, dass JEDEN TAG auf den Straßen der Welt so viele Menschen durch Autos sterben wie bei 10 Jumbo-Jet-Abstürzen, oder alternativ so viele wie im World Trade Center am 11. September 2001, oder jährlich drei Mal so viele wie durch Kriegshandlungen, der wird dieses Buch zumindest all den Freund/-innen schenken, die schon jetzt mit dem Auto hadern, sei es aus ökologischen oder finanziellen Gründen.

Nur EINE wichtige Zahl fehlt in diesem Buch, die für viele Steuerzahler aber vielleicht den Ausschlag geben könnte: Jedes Jahr kostet der motorisierte (fossile) Straßenverkehr die Deutschen Steuerzahler (NACH Umwelt- KFZ- und sonstigen Steuern) 60 Milliarden Euro! Diese Zahl findet man in einer Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums „Daten zum Verkehr 2009“. *Frank Möller*

„Totalschaden“
Klaus Gietinger (unter Mitarbeit von Markus Schmidt)
Westend Verlag
Frankfurt/Main 2010
315 Seiten, 16,95 Euro
ISBN 978-3-938060-47-6

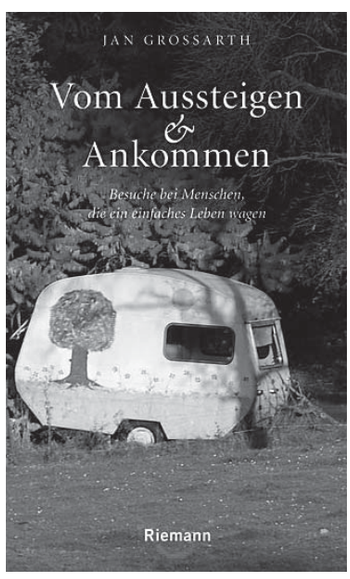
Vom Aussteigen und Ankommen

Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen

Ein Wirtschaftsredakteur der FAZ macht sich auf, alternative Lebensformen kennenzulernen. Er sucht Menschen, die - aus seiner Sicht - ausgestiegen sind. Und er findet allerhand: Ein Leben ohne Geld, Selbstversorger, ein Ökodorf, alternative Währungen und Tauschwirtschaft, spirituelle Gemeinschaften und vieles mehr.

Jan Grossarth nimmt den Leser mit auf eine Reise durchs Kuriositätenkabinett der Unangepassten. Was sie alle eint, ist der Wunsch nach dem einfachen Leben. Manchmal kommt gelebte Gesellschaftskritik hinzu, am Kapitalismus oder am Lebenswandel der Stadtbürger, die als satt und entfremdet wahrgenommen werden. Immer aber bedeutet der Ausstieg die Hoffnung, man selbst zu werden und sich von Zwängen zu befreien.

Auch wenn Grossarth mit den meisten Aussteigern mehrere Tage verbringt, gut kennen lernt der Leser sie nicht. Denn bei 13 Lebensentwürfen auf gut 300 Seiten bleibt nicht viel Platz für komplexe Betrachtungen. Im Schnelldurchlauf erfährt der Leser von Siedlern in der Uckermark, trifft auf Schwestern und Brüder eines Klosters in Köln, besucht ein mittelalterliches Gehöft, lernt einen Blaubeer-Bauern kennen und landet bei einem ausgestiegenen Banker im Alpendorf. Fundamental



Neues begegnet einem dabei nicht. Im besten Fall fühlt man sich von der kurzweiligen Lektüre gut unterhalten, weil sie den eigenen Voyeurismus bedient. Schließlich gibt es Merkwürdiges zu bestaunen: unterirdische Tempel, Menschen, die auf Bäumen leben, Hühner, die mit menschlichen Exkrementen gefüttert werden und Mahlzeiten aus dem Müllcontainer.

Der Autor findet diese Lebensentwürfe fremd und interessant, bisweilen auch amüsant oder verrückt. Vorsichtshalber hat er sich zum Lesen Foucault eingepackt, dessen Lektüre ihn stets aufs Neue ermutigt, mit den Wahnsinnigen zu kommunizieren. Offensichtlich ist Grossarth vor seiner Reise vom Ärgsten ausgegangen, denn sein Fazit lautet ganz ernsthaft: „Es war gar nicht so schlimm“. Das gilt auch für sein Buch. Es beschreibt genau das, was es ankündigt: „Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen“. Nicht weniger, aber leider auch nicht mehr.

Christiane Naumann

Jan Grossarth: Vom Aussteigen und Ankommen
Besuche bei Menschen, die ein einfaches Leben wagen
Riemann-Verlag, München 2011
316 Seiten, 18,95 Euro
ISBN 978-3-570-50123-8

Umweltbibliothek

Die Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA Berlin verfügt über mehr als 2000 Bücher, darunter Öko-Literatur aus der 1998 aufgelösten oppositionellen Ost-Berliner Umweltbibliothek. Auch die meisten der im RABEN RALF vorgestellten Bücher sind dort kostenlos ausleihbar. Dazu kommen rund 70 Zeitschriftentitel, eine Videothek und weitere Informationen zu allen Öko-Themen - von Naturschutz über “Anders Leben” bis Widerstand.

Umweltbibliothek
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. (030) 443391-0, Fax -33

UB Umweltbibliothek der GRÜNEN LIGA

Post-Oil City

Spaziergang durch die Stadt von morgen

Wie sehen Städte aus, oder wie könnten sie aussehen, wenn dereinst der Ölhahn zu bleibt? Die März-Ausgabe der „politischen ökologie“ widmet sich dem hochinteressanten Thema des Städteumbaus mit insgesamt 14 unterschiedlichen Beiträgen namhafter Autor/-innen.

Planfeststellungsverfahren

In der Eingangsarbeit zu dieser Kapitelüberschrift plädiert Sophie Wolfrum für die Betrachtung der Stadt als komplexes System räumlicher Ordnung. Entsprechend zwiespältig fällt ihre Kritik an Masdar City, „the world’s first zero carbon and zero waste city“, mit dem Flughafen Abu Dhabi im Hinterland aus (S. 24 ff.).

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem demografischen Wandel unserer (west-)europäischen Städte und dem hier stattfindenden Gentrifizierungsprozess, das heißt der im eigentlichen Sinn „durch immobilienwirtschaftliche oder politische Aufwertungsprogramme bewirkten Verdrängung ärmerer Haushalte aus den Stadtvierteln“ - oft kaschiert als ökologischer Umbau.

Grundrisse

Die Konsumparty ist vorbei. Suffizienz, also das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und

Energieverbrauch, und Subsistenz als urbane Selbstversorgung sind gefragt. Wie diese beiden Kernelemente der Postwachstumsökonomie in unserer modernen Gesellschaft funktionieren könnten, zeigen Björn und Niko Paech in ihrem Beitrag (S. 54 ff.): Versorgungssysteme, Lebensstile und gegebenenfalls institutionelle Arrangements seien dazu gefordert. An diese Stichworte knüpfen nahtlos Beiträge über die Transition-Town-Bewegung und neue Formen der urbanen Landwirtschaft an. Letztere werden eindrücklich am Vorreiterbeispiel Kubas beschrieben.

Rohbau

Unter dieser Kapitelüberschrift geht es um neue Stadtentwürfe oder, mit den Worten von Herbert Girardet, die Wandlung der Stadt „von der Petropolis zur Ökopolis“ (S. 84 ff.). Der Leser lernt neben dem bekannten Menschenschlag der LOHAS („Lifestyle of Health and Sustainability“, in etwa für linksaufgeklärtes Ökomilieu einer solventen Mittelschicht - nach positiven Schätzungen immerhin etwa 30 Prozent der Stadtbevölkerung in westlichen Ländern) endlich auch die LOVOS („Lifestyle of Voluntary Simplicity“) kennen, also die Verbraucher, die **bewusst** zum Schutz der Umwelt auf manchen Konsum verzichten. Auch Masdar City kommt ein weiteres Mal vor und diesmal besser weg.

Schließlich gewährt uns Michael Adler auf unterhaltsame Art Einblick in den Alltag des vierzigjährigen Milleniumskindes Niklas Müller, der auf dem Weg zur Arbeit die Wahl zwischen windschnittiger E-Tram, E-Bike und E-Car hat - letzteres selbstredend geshared (S. 103 ff.).

Rubriken

Spektrum Nachhaltigkeit liefert den siebten Teil zur Beitragsreihe über die internationalen Klimaverhandlungen, und Martin Jänicke spricht Klartext zum Thema „Wachstum zwischen Illusion und Realität“ (S. 138 ff.). Außerdem gibt es eine Analyse des Schlichtungsverfahrens Stuttgart 21 und eine Einschätzung des Stromnetzausbaukonflikts. Die zwischengeschalteten ***Impulse*** enthalten, wie immer, eine Medienschau und Kontaktadressen.

Die „politischen ökologie“ ist also wieder einmal ihr Geld wert! Übrigens kommt die Zeitschrift im neuen Erscheinungsbild daher: kleineres Format und Aufgabe der bisherigen Durchnummerierung der Hefte - Willkommen als Buch!

Darüber hinaus wird das Quartalsperiodikum fortan nicht mehr nur im Abonnement sondern, in Vertriebspartnerschaft mit dem renommierten Münchner Hanser Verlag, auch in Buchhandlungen angeboten.

Jörg Parsiegla

Post-Oil City
Die Stadt von morgen
politische ökologie, März 2011
oekom-verlag, München 2011
146 Seiten, 16,90 Euro
ISBN 978-3-86581-255-1

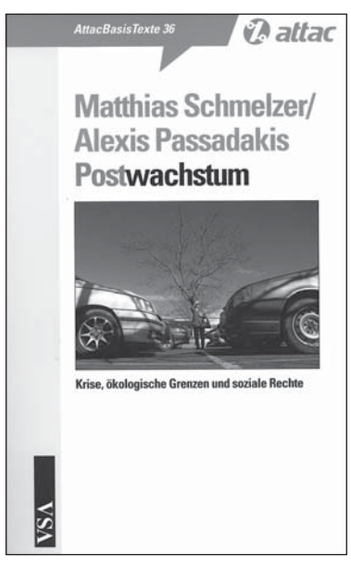
Postwachstum

Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte

Wachstumskritik erlebt 2011 eine Renaissance: Die Kombination von Finanzmarkt-Kapitalismus, Klima- und Energiekrise wirft die Frage auf, ob jenseits der Konzepte des „nachhaltigen“ Wachstums nicht die Abkehr von einer auf Wachstum fixierten Wirtschaftspolitik nötig ist.

In dem kleinen Bändchen „Postwachstum“ geben Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis eine Einführung in die Diskussion über Grenzen des Wachstums und analysieren die Triebfedern kapitalistischer Expansion. Sie ordnen unterschiedliche wachstumskritische Positionen ein und skizzieren Alternativen zur dominierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

In acht Kapiteln entwickeln die Autoren ihr Konzept einer „Solidarischen Postwachstumsökonomie“. Die Grundlagen für diese Theorie sind einerseits die „globale soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit“ (S. 11) und andererseits eine Kritik des Wachstumsparadigmas, das für sie das „grundlegende hegemoniale Projekt kapitalistischer Entwicklung überhaupt“ (S. 20) darstellt. Schmel-



zer und Passadakis grenzen sich von nahezu sämtlichen ökonomischen Theorien von der Neoklassik über den (Post-)Keynesianismus bis hin zum öko-keynesianischen „Green New Deal“ (S. 58 ff.) ab.

Ihr zentraler Ansatzpunkt ist die Begrenztheit der Ressourcen wie zum Beispiel die „Peak-Oil-Theorie“ (S.41 ff.) und besonders die Notwendigkeit zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes. Die Antwort auf diese Probleme heißt „Décroissance“ (Ent-Wachstum), also eine grundlegende Alternative zu Wachstum und Kapitalismus.

Die Theorie der „Solidarischen Postwachstumsökonomie“ (S. 67 ff) beinhaltet unter anderem eine entsprechende Investitionslenkung, die Schrumpfung und Regulierung der Finanzmärkte und weniger beziehungsweise andere Arbeit (21 Stunden pro Woche). Eine demokratische Wirtschaftspolitik, die grundlegende Umverteilung und damit die „Transformation der Sozialsysteme“, bis hin zum bedingungslosen Grundeinkommen und schließlich eine „Dezentralisierung und Deglobalisierung“ sind weitere Elemente dieses Konzepts (S. 84 ff).

Außerdem müssten lebensnotwendige Güter, zum Beispiel, dem Markt und der staatlichen Verwaltung entzogen und kollektiv und solidarisch verwaltet werden. Gefordert wird eine Veränderung der Lebensgestaltung, in der Lebensbereiche wie Ernährung, Wohnen, Arbeit, Einkauf und Konsum in einer solidarischen Weise organisiert werden. Auf globaler Ebene bedürfe es darüber hinaus einer übergeordneten wirtschaftlichen Transformation, damit die „Volkswirtschaften im Norden“ zugunsten des „Südens“ tatsächlich schrumpfen.

Insgesamt gibt es also keine fertige Lösung für ein Wirtschaftssystem jenseits der kapitalistischen Wachstumsideologie. Aber dennoch ist „Postwachstum“ ein lesenswertes Buch, das viele Anregungen zur weiteren Diskussion liefert.

Jochen Mühlbauer

Matthias Schmelzer
Alexis Passadakis
Postwachstum
Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte
AttacBasisTexte 36
VSA-Verlag, Hamburg 2011
96 Seiten, 6,50 Euro
ISBN 978-3-89965-429-5

So 7.8.

Der Griff in die Schatzkiste der Natur
12-18 Uhr
Bunte Sommeraktion für kleine und große Naturkünstler – Wer hat Lust auf kreatives Gestalten und traditionelles Handwerk? Es gibt jede Menge Spaß bei der Arbeit mit Naturmaterialien. Kosten pro Werkstück: 4 bis 6 Euro
Naturschutzzentrum Ökowerk, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin, Tel. 030/ 3000050
info@oekowerk.de
www.oekowerk.de

Do 11.8.

Naturschutzgebiet „Fauler See“
11-13 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Tomas Blasig.
Treffpunkt: Haupteingang zum Naturschutzgebiet „Fauler See“ Eingang Stadion Buschallee, Suermondtstraße, 13088 Berlin
Verkehrsverbindung: Tram 27
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Fledermäuse im Plänterwald
19-22 Uhr
Mit einer Taschenlampenführung im nachgestalteten „Waldstück“ (Diorama) und einem kurzen Dia-Vortrag stellen wir einige Fledermausarten und andere Nachttiere vor. Anschließend suchen wir unseren Fledermausgarten auf. Danach begeben wir uns ausgerüstet mit Bat-Detektoren in den Wald und an die Spree, um die fliegenden Kobolde hören und sehen zu können.
Anmeldung: Tel. 030/ 53000970
Kosten: Kind 2,50 Euro; Erwachsene 4 Euro
Ort: Treptow, Dammweg 1b 12437 Berlin

Sa 13.8.

Fahrradtour mit dem ADFC Berlin
11 Uhr
Vom Märchenland am Nordgraben entlang und weiter am Tegeler Fließ zum Flughafensee und zum Tegeler See. Am Ufer der Havel entlang nach Heiligensee. Auf dem Mauerradweg um Frohnau bis nach Schönfließ. Länge: 80 km
Kontakt: Tel. 0160/ 98541432, carsten.petersohn@adfc-berlin.de
Kosten:Erwachsene 6 Euro, Kind 3 Euro,
Treffpunkt: Brücke, S-Bahnhof Berlin-Hohenschönhausen

50 Jahre Mauerbau: MENSCHENKETTE – Wir wollen den Mauergrünzug GRÜNE LIGA
16-16.30 Uhr
Die GRÜNE LIGA Berlin ruft zur Teilnahme an der Menschenkette auf.
Ort: vom Park am Nordbahnhof zum Volkspark Schönholzer Heide.
Veranstalter: Berliner Netzwerk für Grünzüge
www.gruenzuege-fuer-berlin.de

Sa 20.8.

Solarer Sonnabend in der Rummelsburger Bucht
13-19 Uhr
Neben vielen spannenden Aktivitäten für Groß und Klein rund um die Sonne wird auch die UmweltKontaktstelle Lichtenberg mit einem Aktionsstand vertreten sein.
Ort: 24 h Anleger, Rummelsburger Bucht, Paul-und-Paula-Ufer, 10245 Berlin

So 21.8.

Naturschutz im Garten
12-17 Uhr
Ein schöner Garten und Naturschutz ist kein Widerspruch. Wie wildlebende Tiere und Pflanzen in den Garten Einzug halten, wollen wir an diesem Tag erläutern.
Kosten: Erwachsene 5 Euro, Kind 3 Euro für den Vortrag und Eintritt in den Britzer Garten
Ort: Freilandlabor Britz, Sangerhauser Weg 1, 12349 Berlin
Tel. 030/ 703 30 20, Freilandlabor-britz@t-online.de
www.freilandlabor-britz.de

Mit dem Waldökologen auf Expedition
12.30-15 Uhr
15.30-18 Uhr
Wir entdecken die Vielfalt des Lebens auf den alten Baumriesen im Grunewald.
Kosten: Familie 6 Euro
Erwachsene 3 Euro, Kind 2 Euro
Naturschutzzentrum Ökowerk Teufelsseechaussee 22-24
14193 Berlin, Tel. 030/ 3000050
info@oekowerk.de
www.oekowerk.de

Di 23.8.

A 100 - Sagen sie Ihre Meinung als Betroffene!
19-21 Uhr
Diskussion mit den Wahlkreiskandidaten. Bürgerinitiative Stadtring Süd und BUND lehnen den Weiterbau der A 100 von Neukölln nach Treptow ab. Viele Bürger haben sich gegen die Autobahn ausgesprochen. Die Wahlkreiskandidaten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke und FDP sollen mit den Betroffenen diskutieren, warum sie gegen oder für den Weiterbau sind.
Ort: Im Cabuwazi, Boucharstr. Berlin-Treptow

Do 25.8.

Rund um`s Wasser
9.30-16.30 Uhr
Bei dieser Fortbildung wird das Element Wasser in all seinen Facetten erforscht und erfühlt. Es werden Spiele und Experimente vorgestellt, ausprobiert und weiterentwickelt.
Kostenlos - nur der Eintritt in den Britzer Garten und die Kosten für Kopien sind zu entrichten.
Ort: 12349 Berlin-Neukölln, Treffpunkt wird noch bekanntgegeben
Anmeldung: Tel. 030/ 7033020
freilandlabor-britz@t-online.de

Park am Weißen See
11-13 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Tomas Blasig.
Treffpunkt:Verkehrsverbindung: Tram M4, M13, 12, 27 und Bus 255, 259
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

So 28.8.

Massentierhaltung - Bedrohung für Umwelt und Artenvielfalt
11.30-18 Uhr
Mit diesem Thementag wollen wir die weitreichenden Auswirkungen der Massentierhaltung auf die Umwelt, die biologische Vielfalt und die menschliche Gesundheit aufzeigen.
Kosten: Familie 6 Euro, Erwachsene 3 Euro, Kind 1 Euro
Ort: Naturschutzzentrum Ökowerk, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin, Tel. 030/ 3000050
info@oekowerk.de
www.oekowerk.de

Auf diesen Seiten stehen Berliner Umwelt-Termine (im weiteren Sinne). GRÜNE LIGA-Termine sind mit dem Logo gekennzeichnet (grau: Mitarbeit).
Wir möchten besonders auch Termine kleinerer Umweltgruppen und BIs veröffentlichen und bitten um rechtzeitige Information bis zum 15. des Vormonats.
Die Redaktion

Adressen: Seite 31

Guter Garten Bösebrücke
15-18 Uhr
Die NAJU - AG „Guter Garten Bösebrücke“ trifft sich zum Pflegeeinsatz
Kontakt: Tel: 0171/1728013,
Ort: Naturerlebnisgarten Bösebrücke, S-Bahnhof Bornholmer Straße, 10439 Berlin

Di 30.8.

Botanischer Volkspark Pankow
10.10-13 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow mit Dipl.-Ing. Tomas Blasig.
Treffpunkt: In der botanischen Anlage auf dem Hauptweg zur Gewächshausanlage Blankenfelder Chaussee 5 13159 Berlin
Verkehrsverbindung: Bus 107, 124
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Do 1.9.

Berliner Baumforum: Ausstellung - Referate - Diskussionen
8-16.15 Uhr
Neueste Erkenntnisse zum Thema Baum stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung.
Anmeldung: www.baumforen.de
Ort: FU Berlin - Institut für Biologie (Gebäude Pflanzenphysiologie) Königin-Luise-Str. 12-16, 14195 Berlin- Zehlendorf

Sa 3.9.-So 4.9.

Berliner Staudenmarkt im Botanischen Garten
jeweils 9-18 Uhr
Eintritt: Erwachsene 3 Euro
Ort: Botanisches Museum und Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6-8
14195 Berlin
Infos: Tel. 030/ 27878331 oder 0176/ 22333559
clara.luckmann@gmx.de
www.bgbm.org

Sa 3.9.

Wir entdecken Natur in der Stadt
13-17 Uhr
Eine Radtour vom „Parlament der Bäume“ zum Teufelssee.
Treffpunkt: Spreeufer am Reichstag, zwischen Ebertstraße und Wilhelmstraße,
Kosten: Erwachsene 5 Euro, Kind 2 Euro
Veranstalter: Naturschutzzentrum Ökowerk, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin, Tel. 030/ 3000050, info@oekowerk.de
www.oekowerk.de

So 4.9.

„Tiefe Ökologie in sich entdecken“ - Deep Ecology Workshop mit Inna Alex
10-17Uhr
Gemeinsam erforschen wir neue Perspektiven auf den Wandel zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Eine bewegende Arbeit, die uns alle angeht!
Kosten: 25 bis 50 Euro (nach Selbsteinschätzung), Anmeldung: deepecology.berlin@gmail.com
Ort: W60, Winsstr. 60
10405 Berlin

So 11.9.

Detektivische Spurensuche im Grunewald
14-15.30 Uhr
16-17.30 Uhr
Auf einem detektivischen Rundgang durch den Wald begeben wir uns auf Spurensuche und erfahren jede Menge Interessantes über die Bewohner des Waldes.
Entgelt: Familie 5 Euro, Erwachsene 2 Euro, Kind 1 Euro
Ort: Naturschutzzentrum Ökowerk Teufelsseechaussee 22-24
14193 Berlin, Tel. 030/ 3000050
info@oekowerk.de
www.oekowerk.de

Mo 12.9.

Stadtgespräch: „Bürgerschaftliche Mitverantwortung ernst nehmen“
18 Uhr
Zur Frage ernsthafter Mitverantwortung von Bürgern an der Entwicklung ihrer Stadt haben wir ein Papier entwickelt, das wir mit allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien erörtern wollen. Mit den Parteien diskutieren: Volker Hassemer, Sven Iversen, Andreas Kleine-Kraneburg, Urs Kohlbrenner und Stefan Richter.
Moderation: Lea Rosh.
Ort: dbb-Club im dbb Forum, ehemaliges „Haus der Demokratie“, Friedrichstraße 169/170, Berlin-Mitte
Infos: stadtgespraech-berlin.de/home

Sa 17.9.

Kartoffelfest der Domäne Dahlem
10-19 Uhr
Beim Kartoffelfest kann jeder mit zupacken und anschließend die ersten Kartoffeln im Feuer rösten.
Infos: www.domaene-dahlem.de/programm/veranstaltungskalender.html

„Tiefe Ökologie in sich entdecken“ - Deep Ecology Workshop mit Inna Alex
11-18Uhr
Gemeinsam erforschen wir neue Perspektiven auf den Wandel zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Eine bewegende Arbeit, die uns alle angeht!
Kosten: 38 Euro, ermäßigt 28 Euro, Anmeldung: Tel. 030/ 3000050
Ort: Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin

So 18.9.

Bio-Hoffest am Potsdamer Platz
11-18 Uhr
Rund 30 Bio-Betriebe aus der Region feiern ein großes gemeinsames Bio-Hoffest, zu dem die ganze Familie bei freiem Eintritt eingeladen ist.
Infos: www.bio-berlin-brandenburg.de/index.php?id=87

Eichen sollst du weichen, Buchen sollst du suchen
12-13.30 Uhr
14-15.30 Uhr
16-17.30 Uhr
Wir ordnen den Blättern die richtigen Früchte zu, arbeiten wie ein Baum, ertasten „unseren“ Baum und versuchen uns an einem Baumquiz. Ein Naturerlebnisprogramm für die ganze Familie.
Kosten: Familie 5 Euro, Erwachsene 2 Euro, Kind 1 Euro
Ort: Naturschutzzentrum Ökowerk Teufelsseechaussee 22-24
14193 Berlin, Tel. 030/ 3000050
info@oekowerk.de
www.oekowerk.de

Mi 21.9.

Stadtgespräch Wasser
17-20 Uhr
Thema: Wassersport, Tourismus, Naturerhaltung - Konflikte oder Potenziale?
Ort: Berliner Landesruderverband Regattastrecke Berlin-Grünau
Infos: stadtgespraech-berlin.de/home

Di 27.9.

Solarthermie
19-21.15 Uhr
Auf deutschen Dächern gibt es bereits rund 9 Millionen Quadratmeter thermische Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung. Ein Fachmann der Verbraucherzentrale Berlin erklärt, wie die Technik funktioniert, was sie leisten kann, wie viel es kostet und wie Sie für Ihre neue Anlage an öffentliche Zuschüsse kommen.
Ort: Volkshochschule Treptow-Köpenick, Raum 110, Baumschulenstraße 79 - 81
12437 Berlin-Köpenick

Auswärts

Sa 6.8.-So 7.8.

21. Linumer Storchenfest
jeweils 10-18 Uhr
Eintritt in die Ausstellungen der Storchenschmiede: Erwachsene 1 Euro, Familien mit Kind(ern) 1,50 Euro, für Kinder unter 12 Jahre kostenlos.
Ort: Storchenschmiede Linum, Nauener Str. 54, 16833 Linum
Infos: Tel. 033922/ 50500
storchenschiede@nabu-berlin.de
berlin.nabu.de/naturerleben/storchenschmiede

So 7.8.-So 14.8.

Klima- und Energiecamp in der Lausitz
Das Klimacamp ist ein Raum für Vernetzung, Wissensaustausch und Diskussion sowie widerständige Praxis und direkte Aktion. Das Schwerpunktthema ist die Nutzung der Braunkohle.
Ort: Jänschwalde bei Cottbus
Programm und Infos: www.lausitzcamp.info

Sa 13.8.

Die ehemaligen Rieselfelder Großbeeren
9-13 Uhr
Naturkundliche Exkursion mit Lothar Gelbicke, NABU Berlin
Verkehrsverbindung: Der Bus710 fährt ab S-Bhf. Buckower Chaussee (S2) nach Großbeeren
Treffpunkt: Zentraler Platz am Befreiungsdenkmal Großbeeren

Demonstration: Unsere Energie ist nicht eure Kohle!
14 Uhr
Für Klimagerechtigkeit, gegen neue Tagebaue und CCS!
Treffpunkt: Hauptbahnhof Cottbus
Infos: www.lausitzcamp.info

Di 16.8.-Mi 17.8.

Informationstour zur biologischen Vielfalt
jeweils 9-18 Uhr
Veranstalter: „Aktion Europa“, die Verwaltungspartnerschaft zur Europakommunikation der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und der Bundesregierung
Ort: Biosphäre Potsdam
Georg-Herrmann-Allee 99
14469 Potsdam

Sa 20.8.

Große Tümpeltour in Schöneiche
9-13.30 Uhr
Exkursion mit Gerda Wendehack, Naturschutz-aktiv Schöneiche
Radwanderung (Länge, 12,5 km) von Schöneiche nach Rüdersdorf (Kreuzung Friedrichshagener/ Rahnsdorfer/Puschkinstraße), bitte Ferngläser mitbringen.
Kosten: Erwachsene 2,50 Euro Kinder 1,25 Euro
Treffpunkt: Am Pyramidenplatz, Haltestelle Rahnsdorfer Straße (Tram 88), S-Bhf. Friedrichshagen Berlin-Köpenick

13. Naturparkfest – Naturpark Barnim in Hobrechtsfelde
14-23 Uhr
Im Mittelpunkt des Festes wird der riesige alte Hobrechtsfelder Kornspeicher stehen.
Eintritt: Erwachsene 4 Euro, Kinder 2 Euro.
Verkehrsverbindung: Ab S-Bhf. Zepernick (S 2) mit dem Bus 891.
Ort: Historischer Speicher an der Hobrechtsfelder Dorfstraße, Hobrechtsfelde, 16341 Panketal

Sa 3.9.

Seminar: Obstbaum-Sommerschnitt
11-18 Uhr
Der physiologisch günstigste Zeitpunkt für den Erhaltungsschnitt an allen Obstbaumarten sind die Monate August und September.
Kosten: 12 Euro
Ort: ÖkoLeA-Bildungswerk, Hohensteiner Weg 3, 15377 Oberbarnim OT Klosterdorf, Anmeldung: Tel: 03341- 3593930, Infos: www.bildungswerk.oekolea.de

Ausstellungen

3.5.-31.12.

Wege zum Menschen - Hominiden Evolution
Di-Fr 9.30-18 Uhr
Sa-So 10-18 Uhr
Die Hominidenausstellung aus dem Hessischen Landesmuseum Darmstadt ist u.a. aus Reportagen der Zeitschrift „Geo“ bekannt.
Eintritt: Erwachsene 5 Euro
Ermäßigt: 3 Euro,
Ort: Museum für Naturkunde Invalidenstr. 43, 10115 Berlin

20.5.-26.2.2012

Die Welt der Palmen
Täglich 10 – 18 Uhr
Sonderausstellung im Botanischen Museum und Botanischen Garten in Kooperation mit den Royal Botanics Gardens, Kew/London, Großbritannien.
Eintritt: Botanischer Garten und Museum, 6 Euro, ermäßigt 3 Euro nur Museum 2,50 Euro ermäßigt 1,50 Euro
Ort: Botanisches Museum und Botanischer Garten Berlin-Dahlem Königin-Luise-Str. 6-8
14195 Berlin, www.bgbm.org

16.6.–18.9.

Was die Technik von Pflanzen lernen kann – Bionik in Botanischen Gärten
Täglich 10 – 18 Uhr
Galerieausstellung im Botanischen Museum und Lehrpfad im Botanischen Garten Berlin-Dahlem im Rahmen der bundesweiten Woche der Botanischen Gärten.
Eintritt: Botanischer Garten und Museum, 6 Euro, ermäßigt 3 Euro, nur Museum 2,50 Euro, ermäßigt 1,50 Euro
Ort: Botanisches Museum und Botanischer Garten Berlin-Dahlem Königin-Luise-Str. 6-8
14195 Berlin, www.bgbm.org

1.8.-31.8.

Fotoausstellung: „Botanische Gärten in Europa – Göteborg (Schweden)“
Mo-Do 10-15 Uhr
Fr 10-12 Uhr
Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin
Tel.: 92091007 oder 92090480, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Verkehrsverbindung: Tram M4, 27 und Bus 156, 259
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Mineralien aus Afrika, Europa und Südamerika
Mo-Do 10-15 Uhr
Fr 10-12 Uhr
Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin
Tel.: 92091007 oder 92090480, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Verkehrsverbindung: Tram M4, 27 und Bus 156, 259
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Ein Herbarium - Samen und Früchte der Bäume der Welt
Mo-Do 10-15 Uhr
Fr 10-12 Uhr
Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin
Tel.: 92091007 oder 92090480, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Verkehrsverbindung: Tram M4, 27 und Bus 156, 259
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Regelmäßig

Montags

VoKü und Treffen der Transition Town Initiative Friedrichshain-Kreuzberg
Mo 19.30 Uhr
Ort: Nachbarschaftstreff K19
Kreutzigerstr. 19, info@soned.de
Tel. 2945401

Vegetarischer Runder Tisch
2. Mo 18 Uhr
Seerose, Mehringdamm 47
Kreuzberg, U Mehringdamm
Tel. 3218184

Dienstags

Attac Berlin Regiongruppentreffen
3. Di, 19 Uhr
Haus d. Demokratie, Greifswalder Str. 4, Prenzlauer Berg
Tel. 6946101

Verkehrs-Rechtsberatung
Di, 19-20 Uhr
ADFC, Brunnenstr. 28
Mitte; Tel. 4484724
nur Mitglieder

Grüne Radler Versammlung
1. Di, 19 Uhr
Crellestr. 43, Baubüro, Schönebg

Grüner Dienstag
19.30 Uhr
Veranstaltungsreihe im Kinderbauernhof Görlitzer Park, Offenes Treffen der Transiton- Town Energie-u. Kulturwende-initiative in Kreuzberg SO36
www.Kiezwandler.de

Mittwochs

VCD Nordost Aktiventreffen
3. Mi, 18.30 Uhr
VCD LV Nordost
www.vcd-nordost.de

per pedes e.V. - Treffen
1. Mi, 19 Uhr
Parochialstr.1-3, Raum 203, Mitte

BISS-Treffen
2. Mi, 19 Uhr
Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS), Plesserstr. 4, Treptow
www.stop-A100.de

Anti Atom Berlin
1. Mi, 20 Uhr
Warschauer Str. 23
Friedrichshain, Tel. 61201791
www.antiatomberlin.de

Donnerstags

Ökomarkt am Kollwitzplatz GRÜNE LIGA
12-19 Uhr
Kollwitz-/Wörther Str.
12-19 Uhr Ernährungsberatung, Pilzberatung, Tel. 443391-48

Sonntags

ZDF-Umwelt
So, 13.30 Uhr
umwelt.zdf.de

Radtour zu verkehrspolitischen Schwerpunkten
1. So, 14 Uhr
Rotes Rathaus; Tel. 81887615
www.gruene-radler-berlin.de

Naturschutzjugend-Treff
letzter So, 15 Uhr
Naturerlebnisgarten, am S-Bhf. Bornholmer Str., Bösebrücke Wedding; Tel. 51067134

Öko-Märkte

Dahlem, Domäne
Mi 12-18, Sa 8-13 Uhr
Königin-Luise-Str. 49
Info-Tel. 666 300 24

Kreuzberg, Chamissoplatz
Sa 8-14 Uhr
Info-Tel. 843 00 43

Kreuzberg, Lausitzer Platz
Fr 12-18/18.30 Uhr
Info-Tel. 394 40 73

Kreuzberg, Zickenplatz
Di 12-18/18.30 Uhr
Hohenstaufenplatz/Schönleinstr.
Info-Tel. 394 40 73

Mitte, Zionskirchplatz
Do 12-18.30 Uhr
Kastanienallee/Veteranenstr.
Info-Tel. 394 40 73

Moabit, Thusneldaallee
Mi 12-18 Uhr
gegenüber dem Rathaus Tiergarten
Info-Tel. 39 03 04 77

Prenzlauer Berg Kollwitzplatz GRÜNE LIGA
Do 12-19 Uhr
Kollwitz-/Ecke Wörther Str.
Info-Tel. 44 33 91 48

Zehlendorf, Kastanienhof
Sa 8.30-13 Uhr
Mi 12-17 Uhr (Kl. Markt)
Clayallee/Propst-Süßmilch-Weg
Info-Tel. 394 40 73

Ökomarkt im Hansaviertel
Freitags von 12-18.30 Uhr
Altonaer Str./Ecke Klopstockstr.
Info-Tel. 0170/4832058
www.ökomarkt-im-hansaviertel.de

Anzeige

Kleinanzeigen

Private Kleinanzeigen kosten nicht die Welt, sondern 0,55 Euro pro Zeile (ca. 30 Zeichen), bitte Vorkasse (Briefmarken, bar). Für 0,50 Euro zusätzlich schicken wir ein Belegexemplar. Redaktionsadresse siehe Impressum.

Mehrgenerationenhaus: umweltbewusstes, sozialintegriertes und generationsübergreifendes Zusammenleben/ bedarfsgerechter Grundriss für jede Haushaltsgröße und selbstgewählte Wohnform, multifunktionale Gemeinschaftsräume. Bei Interesse Kontakt unter: Tel: 4276792

Verbrauchergemeinschaft zur Eigenversorgung mit ökol. Obst, Gemüse, Bio-Fleisch/ Förderung der ökologischen Landwirtschaft in der Region Berlin/Brandenburg. Auch durch Gemeinschaftshöfe,-gärten, nachhalt. Kreislaufwirtschaft. Bei Interesse Kontakt unter: Tel: 4276792

„Lust auf Land?“ Wir suchen Familie für 2-Zi-Wohnung (65m²) mit großem Garten und Laube, 180 Euro + BK, ca. 60km nördlich von Berlin im Naturpark Uckermärkische Seen. steffjoe@web.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Landesgeschäftsstelle:
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33
berlin@grueneliga.de

Projekte (Durchwahl, E-Mail):
Umweltbibliothek: -30
DER RABE RALF: -47
raberalf@grueneliga.de
Ökomarkt/Ernährungsberatung: -48,-58
oekomarkt.kollwitzplatz@...

Presse/Öffentlichkeitsarbeit: -49
NATOUR Reisen: -50, Fax -53
natour@grueneliga.de
Lokale Agenda 21 Berlin: -65
berliner.agenda21@...
Beratung/Hofbegrünung: -49
hofberatung.berlin@...
Artenschutz an Gebäuden: -49
International: -70,
internationales@...

IMPRESSUM

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg (Tram M2 Metzerstr.; U2 Senefelderpl.)
Tel.: (030) 44 33 91-47, -0, Fax -33
E-Mail: raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
ISSN: 1438-8065
V.i.S.d.P.: Leif Miller
Redaktion: Jochen Mühlbauer
Matthias Bauer, Vincent Nörig, Felix Eick, Christoph Vinz
Satz/Layout: Evelin Bulling
Karikaturen: Freimut Woessner
Vertriebsleitung: Vincent Nörig
Webseite: Jochen Mühlbauer

Post-Bezug: siehe Abo-Coupon im Heft
Konto: Nr. 306 05 02
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Adressenänderung bitte melden!

Erscheinen: zu Beginn gerader Monate
Redaktionsschluss: 5. des Vormonats, Anzeigen und Termine bis 15. des Vormonats

Anzeigenvertretung:
GRÜNE LIGA Berlin e. V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin,
Tel.: 030/443391-0, Fax: -33
raberalf@grueneliga.de
Grundpreis: 0,60 Euro je Spalte und mm (netto)
Kleinanzeigen: über die Redaktion, je 30 Zeichen 55 Cent, nur Vorkasse (Briefmarken, bar)

Auflage: 10.000
Druck: Union Druckerei, Berlin

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Die Redaktion behält sich das Bearbeiten von Beiträgen vor. Für unverlangt eingesandte Texte und Materialien keine Haftung. Beiträge bitte möglichst per E-Mail senden. Nachdruck nach Rücksprache gestattet und erwünscht, bitte Quelle angeben, Belegexemplar schicken.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Herausgeber zurück zu senden.

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Umweltfestival

Anfrage von dpa

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) wollte am 26. Juli wissen, ob das *Umweltfestival* der GRÜNEN LIGA in ihre Terminvorschau für das kommende Jahr aufgenommen werden kann.
Das gezeigte Interesse eines Marktführers für alle Medien des In- und Auslandes, der sich selbst als unparteiisch, unabhängig und hochaktuell versteht, zeugt von der positiven Ausstrahlung der eingeführten „Marke Umweltfestival".
DER RABE RALF freut sich mit allen Mitarbeiter/-innen der GRÜNEN LIGA! cv

Unter Strom

Elektroautos fördern nicht den Klimaschutz, sondern vor allem die Autoindustrie

So ein hübsches kleines Elektroauto hat seine Vorteile: es stinkt nicht, macht keinen Lärm und verbreitet keinen Feinstaub. Und es verbraucht kein Erdöl. Aber den einen Vorteil, mit dem die Politik wirbt, den hat es gerade nicht: es kann auf absehbare Zeit nicht den Klimaschutz fördern, sondern allenfalls die Autoindustrie. Deren Interesse dürfte wohl auch der Grund dafür sein, dass die Bundesregierung eine halbe Milliarde Euro investieren will, damit bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren. Heute sind es ganze 2.300 von 45 Millionen PKW. Dazu wurde eigens eine „Nationale Plattform Elektromobilität" (NPE) gegründet. Offiziell soll der ganze Aufwand natürlich der Nachhaltigkeit dienen und CO_2 vermeiden. Berlin ist auf den Zug aufgesprungen und hat gleich ein „Aktionsprogramm Elektromobilität Berlin 2020" vorgelegt.

Ätsch, bätsch! Trotzdem Kohleauto!

Foto: Vattenfall-www.flickr.com

Schaufenster Berlin?

Hier sollen - auch bis 2020 - hunderttausend Autos mit Strom fahren und Berlin zum „Schaufenster Elektromobilität" machen. Vom Klimaschutz ist allerdings nur am Rande die Rede, umso mehr von „Kompetenzzentrum" und industrieller Wertschöpfung. Und - seltsam genug - Renate Künast von den Grünen fordert gar eine Kaufprämie von 5.000 Euro pro E-Mobil. Abwrackprämie und die Folgen schon vergessen?

Anders als die Politik erklären alle Umweltverbände und der VCD einhellig, dass sie in dem neuen Trend keinen Vorteil für das Klima sehen, jedenfalls nicht, solange die Batterien mit dem Strommix aus der Steckdose aufgeladen werden. Kommt der Strom hauptsächlich aus konventionellen Kraftwerken, dann ist die CO_2-Bilanz schlechter als bei einem Benzinmotor. Die Tatsache, dass BMW und Daimler bei Tests mit Vattenfall und RWE zusammenarbeiten, spricht dafür, dass das Elektroauto zum Kohleauto werden könnte.

Klimafreundlich wäre das Ganze nur, wenn der Strom an den Tankstellen aus zusätzlichen erneuerbaren Quellen käme, also nicht aus denen, die ohnehin durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden. Ein Schritt in diese Richtung wurde kürzlich in Berlin getan: auf einem Gewerbehof in Wedding wurde die erste kommerzielle Solartankstelle für Autos eröffnet, aber es dürfte noch sehr lange dauern, bis die angestrebten hunderttausend E-Mobile auf diese Weise aufgeladen werden können. Und - wegen der geringen Reichweite - werden sie wohl hauptsächlich als Zweit- und Drittautos durch die Stadt fahren und die Straßen weiter verstopfen.

Alibi für Autobauer

Seit Jahren vernachlässigt die deutsche Autoindustrie das Ziel der EU, die durchschnittlichen CO_2-Emissionen bis 2020 zu halbieren. Nach Aussage des BUND könnten die Elektroautos höchstens zwei Prozent dazu beitragen. Die jahrelang vom Staat geförderte Brennstoffzellen-Technologie war ein Schlag ins Wasser, ebenso wie die sogenannten Biokraftstoffe. Japanische und französische Firmen bauen längst sparsamere Autos, während man bei uns - trotz schwindender Ölreserven und steigender Benzinpreise - an den schweren Spritschluckern festhält. Die Kampagne für das Elektroauto könnte davon ablenken.

Noch gibt es Elektroautos nur in kleinen Serien und 10.000 bis 20.000 Euro teurer als vergleichbare Benziner. Ihre Reichweite liegt bei 100 bis maximal 200 Kilometern. Im Winter, wenn die Heizung eingeschaltet ist, sinkt sie noch weiter. Es dürfte viele Jahre dauern, bis dank der massiven Förderung wirklich brauchbare Fahrzeuge entstehen. Die Kritiker fordern von der Regierung, statt der einseitigen Kampagne für das Elektroauto alle Fahrzeuge zu fördern, die wenig CO_2 emittieren - unabhängig von der Art des Antriebs. Dafür sollen die großen Spritverschwender eine Verschmutzungsabgabe zahlen: ein Bonus-Malus-System, das es in Frankreich schon gibt. Aber einen mächtigen Industriezweig so sehr zu ärgern - das wäre in unserer Lobbykratie wohl kaum denkbar. *Marianne Weno*

Marianne Weno greift monatlich aktuelle Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz auf und kommentiert sie auf www.stiftung-naturschutz.de.

Anzeigen

So viel Auto wie ich will

Die clevere Alternative zum eigenen Auto in Kreuzberg, Schöneberg und in Prenzlauer Berg.

cambio CarSharing
www.cambio-CarSharing.de
030 - 91 20 67 91

Aus Platzgründen kann hier nur ein Auswahl von Umwelt-Adressen in Berlin und Umgebung veröffentlicht werden. Die grau unterlegten Adressen sind Mitglieder der GRÜNEN LIGA.

ADFC - Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Brunnen- 28, 10119 (Mitte) T 4484724, F 44340520 www.adfc-berlin.de

AG Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land c/o FU Inst. für Soziologie http://userpage.fu-berlin.de/~garten

Agenda-Agentur Berlin Runge- 22-24 10179 (Mitte) T 6128087-1/-2/-3, F -4 www.agenda-agentur.de

Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck c/o Büro Rheinlaender, Crelle- 43, 10827 (Schöneberg) T 7883396, F 7811059 Matthias Bauer, T 2151135 www.gleisdreieck-blog.de

Aktion Tier - Menschen für Tiere e.V. Kaiserdamm 97, 14057(Charlottenburg), T 30103831, F -34

A-Laden Brunnen- 7, 10119 (Mitte) T 0176-20459418, www.a-laden.org

Anti-Atom-Plenum Waldemar- 46 10999 (Kreuzberg) www.squat.net/aap-berlin

Anti Atom Berlin c/o Stadtteilladen Friedrichshain Warschauer- 23 10243 (Friedrichshain), T 61201791 www.antiatomberlin.de

Arbeitskreis Igelschutz Berliner - 79a 13467 (Hermsdorf) www.igelschutzberlin.de

Arbeitskreis Nordkaukasus c/o Vitali Kovaljov, Str. d. Pariser Kommune 11 10243 (Friedrichshain), T 4286925, F 42851659, vitalij.kovalev@nabu.de

Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972 www.umkehr.de

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. Kopenhagener- 71 10437 (Prenzl. Berg), T 44013028 www.asfrab.de

Arche Plesser- 4, 12435 (Treptow), T 5337104, www.bekenntniskirche.de

Arge Autofrei Wohnen in Berlin c/o Markus Heller, T/F 2807940 www.autofrei-wohnen.de

Attac Gneisenau- 2a, 10969 (Kreuzberg) T 69517791, F 6926590 www.attacberlin.de

autofrei leben! e.V. Koppenplatz 12 10115 (Mitte), T 23135674 www.autofrei.de

BANA mobil Projektbüro im Kotti e.V. Sibylle Trage, Adalbert - 95a, 10999 (Kreuzberg), T 8514783 bana-mobil@web.de

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Breitscheid- 43a 16321 Bernau, T/F 03338/5590 www.dosto.de/gengruppe

B.A.U.C.H. e.V. Verein für Umweltchemie, Wilsnacker - 15, 10559 (Moabit) T 394-4908, F -7379 bauch@alab-berlin.de

BauFachFrau e.V. *Ökolaube, Komposttoilettenausstellung* Lehder- 108 13086 (Weißensee), T 92092176 www.baufachfrau-berlin.de

Baumschutzgemeinschaft c/o A. Solmsdorf, Windscheid- 40 10627 (Charlottenb.), T 0170/2147676 kontakt@bmsgb.de

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg) T 4285-1587 www.ber-landesnetzwerk.de

Berlin 21 Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 420823-63, Fax -80 www.berlin21.net

Berliner Tierbefreiungsaktion www.tierbefreier.de berlin@die-tierbefreier.de

B.F.S.S. Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH Müller- 155 13353 (Wedding), T 4617771 www.bfss-berlin.de

BI Berliner Luft + Fahrgastbeirat Hohenschönhausen Ahrenshooper- 5/ Zi. 1, 13051, T/F 9621033

BI FREIe HEIDe c/o Benedikt Schirge Dorf- 27, 16831 Zühlen, T/F 033931-2338, www.freie-heide.de

BI Müggelsee c/o Thomas Kasper, Bruno-Wille- 9, 12587 (Friedrichshgn.) T 6457673 (Rita Abert) jukunda@yahoo.de

BI „Nein zum Kohlekraftwerk“ Alte Schmiede, Spitta- 40, 10317 (Lichtenberg), www.kraftwerksneubau.de

Biochemischer Verein Greifswalder - 4 10405 (Prenzl. Berg), T 2044599 www.biochemischerverein-berlin.de

BIP - Biomasse in Pankow Gundolf Plischke, Duncker- 46, 10439 (Prenzl. Berg), T 747682-36, F -37 www.biomasse-in-pankow.de

BI Rettet die Marienfelder Feldmark M. Delor, Marienfelder- 85, 12309 bimfeldmark@aol.com

Bürgerberatung Energie und Umwelt, Berliner Energietelefon 3016090 Gesellschaft für Lärmbekämpfung e.V. Sauerbruch-23, 14109 (Zehlendorf) T-3016090, F 80602497, kostenloses Auskunftstelefon Di, Do 10-14 Uhr

Bürgerinitiative (BISS) Plesser- 3 12435 (Treptow), Bürgertel: 70121004 (AB) www.stop-A100.de

BI Westtangente (BIW) Crelle- 43 10827 (Schöneberg), T 7883396 F 7811059, www.bi-westtangente.de

B-Laden Lehrter - 27-30 10557 (Moabit), T/F 3975238

BLN - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz Potsdamer - 68 10785 (Tiergarten), T 2655-0864 -0865, F -1263, www.bln-berlin.de

BLUE 21 - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung c/o FDCL, Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg), T 6946101 F 6926590, www.blue21.de

Botanischer Verein Königin-Luise- 6 14195 (Dahlem), T 7748437, www.botanischer-verein-brandenburg.de

Britzer Umweltforum Fulhamer Allee 53, 12359, T 6079338

BUND Crelle- 35, 10827 (Schöneberg) T 787900-0, F -18 www.bund-berlin.de

BUNDjugend *LandesGSt* Erich-Weinert- 82, 10439 (Prenzl. Berg) T 392-8280, F -7997 *BundesGst* Am Köllnischen Park 1 10179 (Mitte), T 275865-0, F -55 www.berlin.bundjugend.de

Bundesumweltministerium Alexanderstr. 3, 10178 (Mitte), T 18305-0 F -4375, www.bmu.de

Bündnis 90/Die Grünen *Landesverb., Bereich Umwelt* Kommandanten- 80 10117 (Mitte), T 615005-0, F -99, *Grüne Jugend* -43, www.gruene-berlin.de *Abgeordnetenhaus* Niederkirchner- 5 10111 (Mitte), T 232524-00, F -09 *Umwelt* -06/-62, *Verkehr -12 Bundestag*, *Bereich Umwelt*, Luisen- 32-34, 10117 (Mitte), T 2275-8939 F -6911, ak2@gruenefraktion.de

Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) *gegen Flughafen Schönefeld* Wilhelm-Grunewald- 48-50, 15827 Blankenfelde, www.bvbb-ev.de

Cöllnische Heide e.V. c/o Dr. Erxleben Steinbach- 11, 12489 (Adlershof) T 67198381

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) c/o BamM (Buchladen Schwarze Risse) Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg), www.dfg-vk.de

Deutsche Umwelthilfe (DUH) Hackescher Markt 4, 10178 (Mitte) T 2400867-0, F -19, www.duh.de

Deutscher Bahnkundenverband (DBV) Kurfürstendamm 11, 10719 (Charlottenburg), 634970-76, F -99 www.bahnkunden.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) Marien-19/20, 10117 (Mitte) T 6781775-70, F -80, www.dnr.de

Diözesanrat der Katholiken, Sachausschuss Eine Welt und Bewahrung der Schöpfung, Niederwall- 8/9 10117 (Mitte), T 32684-206, F -203 www.dioezesanrat-berlin.de

ecovillage e.V. c/o H.-R. Brinkmann Diepholzer - 2, 49088 Osnabrück T/F 0541/445941, www.ecovillage.de

European Network for Mobility and Local Agenda 21, Benda-15 12051(Neukölln) info@mobilocal21.org

Fachverband Biogas c/o Roland Schnell, Graefe- 14, 10967 (Kreuzbg.) T 707198-60, F -62, www.graskraft.de roland@graskraft.de

FIAN - Food First Information and Action Network Ute Stephani, T 51635868 www.fian-berlin.de

Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau (FÖL) e.V. Marien- 19-20 10117 (Mitte), T 28482440, F -48 www.bio-berlin-brandenburg.de

Förderverein Naturpark Südgelände c/o Hans Göhler, Sophie-Charlotten- 59, 14057 (Charlottenb.), T 3217731

Förderverein Landschaftspark Nordost Dorf- 4a (Dorfkate Falkenberg) 13057, T/F 9244003 www.dorfkate-falkenberg-berlin.de

Forum Umwelt Entwicklung Marien-19-20, 10117 (Mitte) T 6781775- 89, -74 info@forumue.de, www.forumue.de

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS), Schweden- 15a 13357 (Wedding), T 7623991-30 F -59, foes@foes.de, www.foes.de

FUSS e.V. - Fußgängerschutzverein, Exerzier- 20, 13357 (Wedding) T 4927-473, F -972, www.fuss-ev.de

Future-on-Wings e.V. c/o Afrikahaus Bochumer - 25, 10555 (Moabit) T 3928567, www.future-on-wings.net

Gen-ethisches Netzwerk (GeN) Brunnen- 4, 10119 (Mitte) T 6857073, F 6841183 www.gen-ethisches-netzwerk.de

Germanwatch Schiffbauerdamm 15 10117 (Mitte), T 288835-60, F -61 www.germanwatch.org

Gesellschaft für Ausbildung, innovativen Landbau und Arbeit - GAIA e.V., Plauener - 160, 13053 (Hohenschönhausen), T 981992-0, F -37 www.gaia.de

Gesellschaft Naturforschender Freunde c/o Inst. f. Zoologie der FU Königin-Luise- 1-3, 14195 (Dahlem) T 8383917, F -16

Gesundheitsladen Veteranen- 21 10119 (im ACUD), T 6932090 www.gesundheitsladen-berlin.de

Graswurzelrevolution c/o BAOBAB Christburger - 38, 10405 (Prenzl. Berg), T 4426174, F 44359066 gwrbln@mailandnews.com

Greenhouse Infopool Duncker- 14 10437 (Prenzl. Berg), www.jpberlin.de/greenhouse

Greenpeace Chaussee- 131 10115 (Mitte), T 283915-50, F -51 www.greenpeace-berlin.de

GRÜNE LIGA e.V. *BundesGSt., Red. ALLIGATOR* Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044-745, F -468 www.grueneliga.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. *LandesGSt.* Prenzlauer Allee 8, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-0 www.grueneliga-berlin.de

Grüne Radler Crelle- 43, 10827 (Schöneberg), Klaudia Kristine Schmidt T 81887615, Dieter Hertwig, T 6236833, www.gruene-radler-berlin.de

Grünes Haus für Hellersdorf Boizenburger - 52-54, 12619, T 56298081 F 56499950 www.gruenes-haus-hellersdorf.de

Habitat-Informationsbüro Greifswalder - 33 A, 10405 (Prenzl. Berg) T 428515-85, F -86 habitat-infobuero@berlinet.de

Haus der Natur Potsdam Linden- 34 14467 Potsdam, T 0331/20155-25, F-27, www.hausdernatur-brandenburg.de
Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) T -15, F -16
Arbeitskreis Naturschutzgeschichte T -25, F -27
ARGUS *Umweltbiblioth.*, T -11, F -12
Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz (FÖN) T -35, F -36
GRÜNE LIGA Brandenburg T -20 F -22
Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände T -50, F -55
NaturFreunde Brandenburg T -40 F -44
Naturschutzbund NABU *LV Brandenburg* T -70, F -77
Naturschutzjugend *LV Brandenburg* T -75, F -78
VCD - Verkehrsclub Deutschland *LV Brandenburg T -60, F -66*
HOLON e.V. *F*riedrich-Engels- 26 15711 Königs Wusterhausen T/F 03375/294636

HU-RefRat *Referat Ökologie und Umwelt*, Unter den Linden 6, 10099 (Mitte), T 2093-2603, -2614, -1749 F -2396, www.refrat.hu-berlin.de/oeko

IUGR e.V. *Studienarchiv Umweltgeschichte*, Brodaer - 2, 17033 Neubrandenburg, T 0395/5693-224, -255 F -299, www.iugr.net

IGEB e.V. Fahrgastverband S-Bhf. Lichtenberg, Weitling- 22, 10317 (Lichtenberg), T 787055-11 F -10, www.igeb.org

IG Saubere Energie Berlin, Haupt- 72 10317 (Lichtenberg) kontakt@ig-biomasse.de www.ig-biomasse.de

IG Wuhletal c/o Angele Schonert, Sewan- 181, 10319 (Friedrichsfelde) T 5122816

Infrastrukturelles Netzwerk Umweltschutz (INU) Dorf- 36, 13057 (Falkenberg), T 934427-10, F -29 www.inu-ggmbh.de

Initiative gegen die Verletzung ökologischer Kinderrechte Wundt- 40 14057 (Charlottenburg), T 3257443

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Potsdamer - 105 10785 (Tiergarten), T 884594-0 F 8825439, www.ioew.de

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Schopenhauer- 26, 14129 (Nikolassee) T 803088-43, F -88, www.izt.de

Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (inWent) *Abt. Umwelt, Energie, Wasser* Lützow- 6-9, 10785 (Tiergarten), T 25482-101 F -103, www.inwent.org

IPPNW *Ärzte gegen Atom* Körte- 10 10967 (Kreuzberg), T 6980740 F -8166, www.ippnw.de

Jugendfarm Moritzhof Schwedter- 90 10437 (Prenzl. Berg) T 44024220 F -22, www.jugendfarm-moritzhof.de

Jugendnaturschutzakademie Brückentin, 17237 Dabelow, T/F 039825/20281, www.brueckentin.de

KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung Greifswalder - 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 440531-10, F -09 www.kate-berlin.de

Kerngehäuse Architektenbüro *Ökologische Bauberatung* Kastanienallee 25, 10435 (Pankow) T 47374642 www.kerngehaeuse-architekten.de

Kinderbauernhof „Pinke Panke“ Am Bürgerpark 15-18, 13156 (Pankow), T 47552593 www.kinderbauernhof-pinke-panke.de

KMG *Gestaltung nachhaltiger Entwicklung* Reichenberger - 150, 10999 (Kreuzberg), T 293679-40, F -49 www.kmgne.de

Kunst-Stoffe-Berlin Berliner -17, 13189 Berlin T 0049(0)30-34089840

Linkspartei Kl. Alexander- 28 10178 (Mitte) *Ökologische Plattform* T 24009542, F 2411046 www.oekologische-plattform.de *Abgeordnetenhaus, AG Umwelt* c/o Marion Platta MdA, Niederkirchner- 5 10111 (Mitte), T 232525-50, F -39 platta@linksfraktion-berlin.de

Lokale Agenda 21 *siehe Berlin 21 und GRÜNE LIGA Berlin* www.agenda21berlin.de

LÖPA - Linksökologische pazifistische Anarchisten c/o M99 Manteuffel- 99, 10999 (Kreuzberg) www.geocities.com/theloepa

Mahlsdorfer Schulbildungsverein c/o Lutz Reineke, Stepenitzer Weg 45 12621 (Kaulsdorf), T 5662477

Messzelle e.V. *(Umweltanalytik)* Müller-Breslau- 10, 10623 (Charlottenburg) T 3142-5806, F -6863 www.tu-berlin.de/~messev

Moabiter Ratschlag e.V. Rostocker - 32, 10553, T 390812-0, F -29 www.moabiter-ratschlag.de

NaturFreunde Deutschlands e.V. Warschauer- 58a, 10243 (Friedrichshain) T 29773260, F -80 www.naturfreunde.de info@naturfreunde.de

Naturfreundejugend Berlin e.V. Gryphius- 23, 10245 (Friedrichshain) T 325327-70 F-71 www.naturfreundejugend-berlin.de info@naturfreundejugend-berlin.de

Naturschutz- und Grünflächenämter *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

Umweltbeauftragter der ev. Kirche Pfr. Reinhard Dalchow, Pufendorf- 11 10249 (Friedrichshain), T 526802128 F -29, rdalchow@t-online.de

Umweltberatungsstelle Berlin e.V. Nikolsburger Pl. 6, 10717 (Wilmersdorf) T 8618778, F 8621885

Umweltbüro Berlin Pankow Hansa- 182A, 13088 (Weißensee) T 92091007 oder 92090480 F 92093007, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de

Umweltforum Berlin Auferstehungskirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 5268021-0, F -10 www.besondere-orte.de

Umweltforum Karlshorst c/o Warnheim, Heiligenberger - 12, 10318 T 5083266

UmweltKontaktstelle Lichtenberg am Interkulturellen Garten, Liebenwalder Str. 12-18, 13055 (Lichtenberg) T 818590-98, F -97, umwelt@sozdia.de, www.umwelt.sozdia.de

Umweltladen Lichtenberg Markt- 7 10317, T 55669587

Umweltladen Mitte Karl-Marx-Allee 31, 10178 (Mitte) T 901822081 - 22082 F 9019 - 48822081 www.berlin.de/ba-mitte/org umweltamt.uwl@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Urgewald e.V. Marien- 19/20 10117 (Mitte), T 28482271 www.urgewald.de

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LandesGSt* Yorck- 48 10965 (Schöneberg) T 4463-664 F -703 www.vcd-nordost.de *BundesGSt* Koch- 27, 10969 (Kreuzberg), T 280351-0, www.vcd.org

Vegetarische Alternative c/o Ingo Seubert, Mehringdamm 47 10961 (Kreuzberg), T 34389159 www.vega-vebu-berlin.de

Verbraucher Initiative Elsen- 106 12435 (Treptow), T 536073-3, F -45 www.verbraucher.org

Verbraucherzentrale Berlin Hardenbergplatz 2, 10623 (Charlottenb.) T 214850, F 2117201 www.vz-berlin.de

Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend), T 84107131 F 83229321, www.vbnev.de

WEED *Weltwirtschaft, Ökologie Entwicklung* Eldenaer- 60 10247 (Friedrichshain), T 275-82163 F -96928, www.weed-online.org

Wurzelwerk e.V. *Food-Coop* Oder- 10 10247 (Friedrichshain), T/F 2941216

WWF Reinhardt- 14, 10117 (Mitte) T 308742-0

www.solarverein-berlin.de

Stiftung Naturschutz Berlin Potsdamer - 68, 10785 (Tiergarten) T 26394140, F 2615277 www.stiftung-naturschutz.de

Tauschring Friedrichshain Boxhagener - 89, 10245, T 44359575 www.tauschringe-berlin.de

Tierschutzverein - Tierheim Berlin Hausvaterweg 39, 13057 (Falkenberg), T 76888-0 www.tierschutz-berlin.de

Tierversuchsgegner Dahlmann- 16 10629 (Wilmersdorf), T 3418043 info@tierversuchsgegner-berlin-brandenburg.de

TU-Energieseminar March- 18, 10587 (Charlottenb.), T 314-25280, F -73379 www.tu-berlin.de/fb6/energieseminar

TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen - kubus Franklin- 28-29, 7. OG, TUB Sekr. FR 7-1 10587 (Charlottenburg), T 314-24378 F -24276, www.tu-berlin.de/zek/kubus

Dr. Turgut Altug, Leiter des Umweltzentrums, Prinzen- 23, 10969(Kreuzberg), T 69535293, F 56935889 Träger des Umweltzentrums: Türkisch-Deutsches Zentrum e.V.

Ufa-Fabrik/id22 Victoria- 10-18, 12105 (Tempelhof), T 75503-0, F -110 www.ufafabrik.de

UMKEHR e.V. *siehe ArbeitskreisVerkehr*

Umsonstladen Brunnen- 183, 10119 (Mitte), www.umsonstladen.info

UfU - Unabhängiges Institut für Umweltfragen Greifswalder - 4 10405 (Prenzl. Berg), T 428499332 F 42800485, www.ufu.de

Umwelt und Bildung e.V. Storkower - 36, 15537 Gosen, T/F 03362/8432 www.umbi.de

Umweltämter der Bezirke *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

Umweltbeauftragter der ev. Kirche Pfr. Reinhard Dalchow, Pufendorf- 11 10249 (Friedrichshain), T 526802128 F -29, rdalchow@t-online.de

Umweltberatungsstelle Berlin e.V. Nikolsburger Pl. 6, 10717 (Wilmersdorf) T 8618778, F 8621885

Umweltbüro Berlin Pankow Hansa- 182A, 13088 (Weißensee) T 92091007 oder 92090480 F 92093007, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de

Umweltforum Berlin Auferstehungskirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 5268021-0, F -10 www.besondere-orte.de

Umweltforum Karlshorst c/o Warnheim, Heiligenberger - 12, 10318 T 5083266

UmweltKontaktstelle Lichtenberg am Interkulturellen Garten, Liebenwalder Str. 12-18, 13055 (Lichtenberg) T 818590-98, F -97, umwelt@sozdia.de, www.umwelt.sozdia.de

Umweltladen Lichtenberg Markt- 7 10317, T 55669587

Umweltladen Mitte Karl-Marx-Allee 31, 10178 (Mitte) T 901822081 - 22082 F 9019 - 48822081 www.berlin.de/ba-mitte/org umweltamt.uwl@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Urgewald e.V. Marien- 19/20 10117 (Mitte), T 28482271 www.urgewald.de

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LandesGSt* Yorck- 48 10965 (Schöneberg) T 4463-664 F -703 www.vcd-nordost.de *BundesGSt* Koch- 27, 10969 (Kreuzberg), T 280351-0, www.vcd.org

Vegetarische Alternative c/o Ingo Seubert, Mehringdamm 47 10961 (Kreuzberg), T 34389159 www.vega-vebu-berlin.de

Verbraucher Initiative Elsen- 106 12435 (Treptow), T 536073-3, F -45 www.verbraucher.org

Verbraucherzentrale Berlin Hardenbergplatz 2, 10623 (Charlottenb.) T 214850, F 2117201 www.vz-berlin.de

Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend), T 84107131 F 83229321, www.vbnev.de

WEED *Weltwirtschaft, Ökologie Entwicklung* Eldenaer- 60 10247 (Friedrichshain), T 275-82163 F -96928, www.weed-online.org

Wurzelwerk e.V. *Food-Coop* Oder- 10 10247 (Friedrichshain), T/F 2941216

WWF Reinhardt- 14, 10117 (Mitte) T 308742-0

Fehler gefunden?
Bitte melden!
Tel. 44 33 91-47,-0
Fax -33
raberalf@grueneliga.de

Das war das

UMWELTFESTIVAL 2011

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Fotos: 2, 3, 4, 6, 7, 10_S. Szepansky; 1, 5, 8, 9_GRÜNE LIGA